HINTER DEM SCHLEIER DER POPULARITÄT:
REPRESSION UND RÜCKSCHRITTE BEI DEN MENSCHENRECHTEN IN EL SALVADOR

AMNISTÍA INTERNACIONAL

Amnesty International ist eine Bewegung mit 10 Millionen Menschen, deren Sinn für Menschlichkeit die Organisation belebt. Sie setzt sich für Veränderungen ein, die es möglich machen, dass alle Menschen in den Genuss ihrer Menschenrechte kommen.

Unsere Vision ist eine Welt, in der die Regierenden ihre Versprechen einhalten, das Völkerrecht respektieren und Rechenschaft darüber ablegen.

Wir sind unabhängig von Regierungen, politischen Ideologien, wirtschaftlichen Interessen oder religiösen Überzeugungen und finanzieren unsere Arbeit hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Wir glauben, dass wir unser Gesellschaft verbessern können, wenn wir aus Solidarität und Mitgefühl für Mitmenschen auf der ganzen Welt handeln.

Index: AMR 29/7423/2023
Veröffentlichung: Dezember 2023
Original in Spanisch
https://www.amnesty.org/es/documents/amr29/7423/2023/es/
© Amnesty International 2023
amnesty.org

Unverbindliche Übersetzung mit kleinen Ergänzungen: El Salvador-Koordinationsgruppe Amnesty International Deutschland
Sofern nicht anders angegeben, ist der Inhalt dieses Dokuments unter einer Creative Commons Attribution, Non-Commercial, No Derivative Works, International 4.0 License lizenziert. Siehe https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de
Material, das anderen Rechteinhabern als Amnesty International zugeschrieben wird, ist nicht durch die Creative-Commons-Lizenz geschützt.
Für weitere Informationen besuchen Sie bitte die Seite "Permissions" auf der Website von Amnesty International.

INHALT

1. ZUSAMMENFASSUNG 4

2. METHODIK 8

3. KONSOLIDIERUNG EINES STRAFENDEN STAATSMODELLS 10

3.1. VERZICHT AUF EINEN GANZHEITLICHEN ANSATZ IN DER ÖFFENTLICHEN SICHERHEIT 10

3.2. DIE AUSSETZUNG VON RECHTEN: DAS NEUE LEITMODELL FÜR DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT 15

3.3. HÄUFIGE MUSTER VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN 22

4. EINSCHRÄNKUNGEN DES BÜRGERLICHEN RAUMES UND ANGRIFFE AUF GRUNDFREIHEITEN 42

4.1. ANGRIFF AUF DIE MEINUNGSFREIHEIT 45

4.2. EINSCHRÄNKUNGEN DER VERSAMMLUNGSFREIHEIT 53

4.3. EINSCHRÄNKUNGEN DER INFORMATIONSFREIHEIT 60

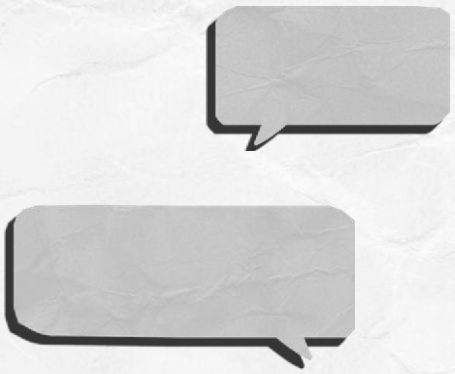
4.4. EINSCHRÄNKUNGEN DES RECHTS AUF VEREINIGUNG UND VERTEIDIGUNG VON RECHTEN 67

4.5. GESETZE UND PRAKTIKEN, DIE DIE PRESSEFREIHEIT EINSCHRÄNKEN UND EIN FEINDLICHES UMFELD FÜR DEREN AUSÜBUNG SCHAFFEN 71

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN 79

6. EMPFEHLUNGEN 81

1. ZUSAMMENFASSUNG



Nayib Bukele ist seit dem 1. Juni 2019 Präsident von El Salvador. Er erhielt 53% der Stimmen.[1] Sein Wahlkampf war geprägt von Versprechungen, die wichtigsten Probleme und Frustrationen der salvadorianischen Bevölkerung wirksam anzugehen, einschließlich einer umfassenden Menschenrechtsagenda, die das Leben der Menschen verändern sollte.[2]

Nach dem Amtsantritt war seine Regierungsführung jedoch durch eine übertriebene Betonung der eigenen Person des Präsidenten, durch die Verabschiedung von Maßnahmen, die eine offene und umfassende Debatte über Themen von öffentlichem Interesse einschränken, und durch die Einmischung in die reguläre Arbeit anderer staatlicher Organe gekennzeichnet.[3]

Dieser Bericht zeigt anhand einer Systematisierung von 83 Zeugenaussagen und der Dokumentation von 62 Fällen von Menschenrechtsverletzungen sowie der Überprüfung und Analyse weiterer relevanter Informationen, wie sich nach mehr als vier Jahren die Darstellungen, Strategien und Maßnahmen der Bukele-Regierung von ihrer ursprünglichen Verpflichtung zur Achtung und Förderung der Menschenrechte entfernt hat.[4] Stattdessen hat sie einem Diskurs den Vorzug gegeben, der falsche Dilemmata aufzeigt, wie etwa die angebliche Notwendigkeit, bestimmte Rechte einzuschränken, um in den Genuss anderer Rechte zu kommen; Institutionen und Kontrollmechanismen abbauen oder reformieren zu müssen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung effizient zu befriedigen; und die Macht konzentrieren zu müssen, um die Regierbarkeit des Landes angeblich zu erleichtern.

Der Bericht zeigt auf, wie staatliche Maßnahmen, die durch diese Botschaften gefördert und unterstützt wurden, in der vergangenen Amtszeit einen Kontext geschaffen haben, dessen Hauptmerkmale folgende sind: Die Vertiefung einer strafenden und repressiven Haltung der öffentlichen Sicherheit; die Verabschiedung eines Rechtsrahmens, der ordnungsgemäße Verfahren gefährdet; die systematische Anwendung von Folter und anderen Misshandlungen von inhaftierten Personen in Gefängnissen; und die Einführung einer Reihe von Maßnahmen, die den zivilen Handlungsspielraum einschränken. In diesem Sinne weist der Bericht auf einen erheblichen Rückschlag im Bereich der bürgerlichen und politischen Rechte hin, d.h. der Rechte, die die individuellen Freiheiten schützen und die Teilnahme der Menschen am öffentlichen Leben des Landes garantieren.

Amnesty International hat auch die Vorherrschaft von Faktoren festgestellt, die die Schutzlosigkeit der Menschen verstärken, wie z.B. die Schwächung der Unabhängigkeit der Justiz; der Missbrauch von Strafverfahren; das Verschweigen von öffentlichen Informationen und die Ineffizienz der Mechanismen

[1] Tribunal Supremo Electoral, "Informe elecciones 2018-2019" (Oberstes Wahltribunal: „Bericht über die Wahlen 2018 – 2019"). Juli 2019. Siehe: https://info2024.tse.gob.sv/documentos/memoria-de-elecciones/informe-elecciones-2018-2019.pdf

[2] Im Mai 2019, einen Monat vor der Amtsübernahme von Präsident Nayib Bukele, ergab eine Umfrage in der Bevölkerung, dass – im Großen und Ganzen – die Sicherheit (58.3%) und die Wirtschaft (34.2%) die wichtigsten Probleme des Landes waren. Quelle: LPG DATOS. Siehe: https://infogram.com/opinion-sobre-la-situacion-general-del-pais-1g0gmj1v969om1q

[3] El Faro. Bukele mete al Ejército en la Asamblea y amenaza con disolverla dentro de una semana (El Faro. Bukele holt die Streitkräfte ins Parlament und droht, es innerhalb einer Woche aufzulösen). 10. Februar 2020. Siehe: https://elfaro.net/es/202002/el_salvador/24008/Bukele-mete-al-Ej%C3%A9rcito-en-la-Asamblea-y-amenaza-con-disolverla-dentro-de-una-semana.htm

[4] Amnistía Internacional. El Salvador: Presidente Bukele se compromete a respetar los derechos humanos (Amnesty International. Präsident Bukele verpflichtet sich, die Menschenrechte einzuhalten). 24. Juni 2019. Siehe: https://www.amnesty.org/es/latest/news/2019/06/el-salvador-amnistia-internacional-se-reune-con-presidente-bukele-2/

zur Rechenschaftslegung und Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen, die von Staatsbediensteten begangen wurden.

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit untersucht der Bericht die Veränderungen in der Gesetzgebung, in den Praktiken und der daraus resultierenden Politik während der letzten Amtszeit des Präsidenten und analysiert sie. Die Untersuchung führt zu dem Schluss, dass die salvadorianischen Behörden kontinuierlich einen strafenden und repressiven Ansatz zur Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität bevorzugen. Zu den Hauptmerkmalen dabei gehören die Verstärkung der Militarisierung, die Aussetzung von Rechten und Verfahrensgarantien, die Masseninhaftierung der Bevölkerung und die Verschlechterung der Haft-bedingungen von Gefangenen.

Der Bericht deckt den Zeitraum bis zum 30. November 2023 ab. Er enthält auch ein Kapitel, in dem die 21 Monate eingehend analysiert wurden, in denen der Ausnahmezustand[5] galt und verschiedene Muster von Menschenrechtsverletzungen mit sich brachte, die im Laufe von Verhaftungen, Strafverfahren und Inhaftierungen festgestellt wurden. Die wesentlichen Erscheinungsformen dieser Muster waren willkürliche Massenverhaftungen, erzwungenes Verschwindenlassen, Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung und Bestrafung von Personen in Haftanstalten und Todesfälle von Personen in staatlichem Gewahrsam - davon einige aufgrund von Gewalt infolge von Folter und andere aufgrund mangelnder rechtzeitiger medizinischer Versorgung.

Amnesty International hat bei der Anwendung des Ausnahmezustands, der nach internationalen Menschenrechtsstandards außergewöhnlich und zeitlich begrenzt sein muss, drei alarmierende Merkmale festgestellt: 1) die Massivität, mit der seitdem Menschenrechtsverletzungen begangen wurden, 2) das hohe Maß an staatlicher Koordination bei der Planung und Umsetzung dieser Menschenrechts-verletzungen und 3) eine staatliche Reaktion, die diese Fakten versucht zu verbergen, zu minimieren und abzustreiten, indem sie sich weigert, die Verstöße anzuerkennen und sorgfältig zu untersuchen.

Der Bericht weist auf die Gefahren hin, die diese dauerhaften Gesetzesreformen darstellen, die unter dem Vorwand eingeführt worden sind, die Umsetzung des Ausnahmezustands zu erleichtern. Sie ermöglichen die Aussetzung einer Reihe von Rechten und Garantien für ordnungsgemäße Verfahren und geben ihm den Anschein der Legalität.[6]

Zu den wichtigsten Änderungen gehören: Die Verschleierung der Identität von Richtern; die automatische Anwendung der Vorbeugehaft auf Straftaten, die mit Banden in Verbindung gebracht werden, ohne dass im Einzelfall geprüft wird, ob eine solche Maßnahme erforderlich ist, zum Beispiel um das Begehen einer schweren Straftat oder die Fluchtgefahr zu vermeiden; die Abschaffung der zeitlichen Begrenzung von Untersuchungshaft für Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen oder illegalen Vereinigungen. Letzteres ermöglicht die Anwendung von Untersuchungshaft auf unbestimmte Zeit und untergräbt das Recht auf ein Gerichtsverfahren oder Freilassung innerhalb einer angemessenen Frist. In diesem Zusammenhang warnt Amnesty International, dass die Gefahr einer Verschärfung der Menschenrechts-krise und der Schutzlosigkeit der Bevölkerung fortbestehen wird, wenn die Reformen, die die Garantien für ein ordnungsgemäßes Verfahren untergraben, nicht rückgängig gemacht werden, selbst wenn das Parlament beschließt, den Ausnahmezustand nicht zu verlängern.

Das Dokument zeigt auch auf, wie sich die Notstandsregelung unverhältnismäßig stark auf Menschen ausgewirkt hat, die in Armut leben, insbesondere solche mit niedrigem Bildungsniveau, prekärer Beschäftigung und die in Gegenden leben, die durch Ausgrenzung oder Bandenkontrolle stigmatisiert sind.

Andererseits betont der Bericht, wie ineffektiv die Verfahren für Ermittlungen, Kontrolle und Rechenschaftslegung sind und wie sie die Straflosigkeit für Handlungen unterstützen, die zu den schweren Menschenrechtsverletzungen in diesem Kontext führen.

Was schließlich die Auswirkungen des Ausnahmezustands auf die Menschenrechte betrifft, kommt der Bericht zu dem Schluss, dass alle oben beschriebenen Bedingungen das Wiederaufleben eines neuen

[5] Im März 2022 verhängte das Parlament auf Antrag von Präsident Bukele eine Ausnahmeregelung, die bestimmte verfassungsmäßige Rechte außer Kraft setzte. Dazu gehörte das Recht auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, das Recht auf Schutz der Privatsphäre, das Recht auf Information über den Grund einer Festnahme sowie die Verpflichtung, die festgenommene Person innerhalb von 72 Stunden nach der Festnahme einem Richter vorzuführen. Diese Regelung ist seit 21 Monaten und bis auf Weiteres in Kraft.

[6] Seit dem 27. März 2022 hat das Parlament im Rahmen der Umsetzung des Ausnahmezustands 23 Beschlüsse gefasst, mit denen es Artikel verschiedener Gesetze - meist in Straf- und Strafprozessangelegenheiten - dauerhaft dahingehend geändert hat, dass sie gegen das Recht auf ein faires Verfahren verstoßen.

Gewaltkreislaufs begünstigen. Diesmal geht die Gewalt von einem Staat aus, in dem das Recht auf Zugang zur Justiz und die staatliche Verpflichtung, schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, kaum gewährleistet sind.

Hinsichtlich der Bedingungen im zivilen Raum stellt der Bericht eine Zunahme staatlicher Eingriffe in die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit fest. Der Bericht dokumentiert Fälle, in denen die Ausübung des Rechts auf friedliche Versammlung, auf Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten und auf Zugang zu Informationen behindert wurde.

Zu den wichtigsten Taktiken, die die Behörden zu diesem Zweck eingesetzt haben, gehören:

- die Verwendung eines staatlichen Mediendiskurses, der darauf abzielt, die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte und deren Transparenz zu stigmatisieren;
- Schikanen gegenüber Journalist*innen und jeder Form von Dissens oder Kritik;
- die Verheimlichung und Manipulation von offiziellen Informationen;
- die Verwendung vager Straftatbestände, die Menschenrechtsverteidiger*innen und/oder Journalist*innen gefährden könnten;
- die Berufung auf Gründe der öffentlichen Ordnung oder der nationalen Sicherheit, um die Ausübung von Menschenrechten zu verletzen oder zu behindern;
- und die Instrumentalisierung der Befugnisse einiger Ministerien und die Anwendung übermäßiger Kontrollen von Kommunikationsmedien und Organisationen der Zivilgesellschaft.

Diese Taktiken richten sich im Wesentlichen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, unabhängige Medien und Journalist*innen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Mitarbeiter*innen der Justiz, die ihre Unabhängigkeit und die Einhaltung der Grundsätze der Legalität und der Rechtsstaatlichkeit unter Beweis gestellt haben. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass diese Strategien unterschiedliche Auswirkungen haben, insbesondere auf Frauen und führende Persönlichkeiten in den Gemeinden. In den extremsten Fällen wurden sie durch die Anwendung des Ausnahmezustands kriminalisiert. Bisher am stärksten betroffen sind diejenigen, die mit der Verteidigung von Land, Landbesitz, natürlichen Ressourcen, Arbeitsrechten und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts auf Gemeindeebene befasst sind.

All diese Elemente haben ein Umfeld geschaffen, das institutionelle Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt als Reaktion auf abweichende Meinungen und eine Zunahme der Desinformation begünstigt und fördert. Darüber hinaus nehmen die Selbstzensur und das Selbstexil derjenigen zu, die als Opfer von Rechtsverletzungen in den staatlichen Institutionen keine Unterstützung finden, um ihren Schutz zu gewährleisten. In diesem Sinne enthält der Bericht auch Stellungnahmen lokaler Organisationen, die darauf hinweisen, dass die mangelnde Unabhängigkeit zwischen den staatlichen Organen und anderen Einrichtungen, wie der Generalstaatsanwaltschaft (Fiscalía General de la República - FGR)[7] und dem Ombudsbüro für Menschenrechte (Procuraduría para la Defensa de los Derechos Humanos - PDDH)[8], unter den Bedingungen, die zum Vertrauensverlust in die Institutionen beigetragen haben, besonders hervorsticht.

In diesem Zusammenhang weisen sie insbesondere auf die Unfähigkeit der Justiz hin, Entscheidungen zu treffen, ohne von außen beeinflusst oder kontrolliert zu werden. Dies wurde durch ihre

[7] Bei den Wahlen am 28. Februar 2021 gelang es der Partei "Neue Ideen" (Nuevas Ideas - NI), die von einer von Präsident Bukele angeführten Bewegung gegründet worden war, mit 56 Abgeordneten die absolute Kontrolle über das Parlament zu erlangen.
Am 1. Mai desselben Jahres, während der ersten Plenarsitzung der neuen Legislative, wurden fünf Richter des Obersten Gerichtshofs und der Generalstaatsanwalt der Republik rechtswidrig entlassen. Als Reaktion auf diese Maßnahmen verurteilten verschiedene internationale Menschenrechtsmechanismen diesen Akt und forderten den salvadorianischen Staat auf, die Richter und den Staatsanwalt wieder einzusetzen. Einige Beispiele für diese Erklärungen sind:
Alta Comisionada de Naciones Unidas para los Derechos Humanos. El Salvador: destitución de la Sala de lo Constitucional y del fiscal general socava gravemente el Estado de derecho – Bachelet (UN-Hochkommissarin für Menschenrechte. El Salvador: Entlassung der Verfassungskammer und des Generalstaatsanwalts untergräbt ernsthaft die Rechtsstaatlichkeit – Bachelet). 4. Mai 2021. Siehe: https://www.oacnudh.org/el-salvador-destitucion-de-la-sala-de-lo-constitucional-y-del-fiscal-general-socava-gravemente-el-estado-de-derecho-bachelet/
Relator Especial sobre la Independencia de los Magistrados y Abogados. El Salvador: Experto de la ONU condena la destitución de principales magistrados y del fiscal general (Sonderberichterstatter für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten. El Salvador: UN-Experte verurteilt Entlassung von Spitzenrichtern und Generalstaatsanwalt). 4. Mai 2021. Siehe: https://www.oacnudh.org/el-salvador-experto-de-la-onu-condena-la-destitucion-de-principales-magistrados-y-del-fiscal-general/

[8] In Bezug auf das Ombudsbüro für Menschenrechte PDDH haben internationale Menschenrechtsbeobachtungsmechanismen den fortschreitenden Verlust der Unabhängigkeit der Institution festgestellt und sich besorgt über die mangelnde Reaktion der PDDH auf Menschenrechtsverletzungen geäußert. Comité de Derechos Económicos, Sociales y Culturales. Observaciones finales sobre el sexto informe periódico de El Salvador (Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Abschließende Beobachtungen zum sechsten periodischen Bericht von El Salvador). 9. November 2022. Siehe:
https://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=4sIQ6QSmlBEDzFEovLCuW%2FH%2F4vptEr4hUabmo93cgAjz7LVpr9z26A9Rc%2FsizOREIhUCbF%2BWp%2BHgNKqdIw15euiJSzjq5xej%2Bz5vjUqjsK%2FwKkAKSQ8cROXw1YpGCKSP

Umstrukturierung[9] und die Schaffung eines Rechtsrahmens, der internationalen Menschenrechts-standards widerspricht, noch verstärkt, was zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten führte, die die Garantien für ordnungsgemäße Verfahren und den Grundsatz der Rechtmäßigkeit beeinträchtigt haben.

Vor diesem Hintergrund lenkt Amnesty International die Aufmerksamkeit auf die Menschenrechtskrise in El Salvador, das sich wahrscheinlich an einem der kritischsten Punkte seit dem Ende des internen bewaffneten Konflikts befindet. Unter diesen Umständen ist eine internationale Kontrolle unabdingbar, um die nationalen Behörden dazu zu bringen, auf einen Weg zurückzukehren, der die Achtung der Menschenrechte und die Wiederherstellung von Bedingungen garantiert, die einen bürgerlichen Freiraum ohne Einschränkungen fördern.

In ihren Empfehlungen fordert Amnesty International den salvadorianischen Staat auf, die repressive Sicherheitspolitik zu beenden. Dazu gehören die Beendigung der Menschenrechtsverletzungen, die aus der Anwendung des Notstandsregimes resultieren, und die Aufhebung der Gesetzesreformen, die gegen ordnungsgemäße Verfahren verstoßen und gerichtliche Garantien außer Kraft setzen. Amnesty International erinnert die salvadorianischen Behörden daran, dass nach den internationalen Menschenrechtsstandards das Recht auf Leben, das absolute Verbot von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe sowie das Recht auf Freiheit und persönliche Unversehrtheit, wie auch einige weitere Rechte niemals außer Kraft gesetzt werden dürfen. Die Organisation empfiehlt außerdem, einen geordneten Rückzug der Streitkräfte aus dem Bereich der öffentlichen Sicherheit zu gewährleisten und Kapazitäten der nationalen Zivilpolizei zu stärken.

Amnesty International erinnert den Staat an die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass die Justizorgane in voller Unabhängigkeit und Autonomie arbeiten können, das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung zu gewährleisten und jede Form der Einschränkung, Stigmatisierung oder Kriminalisierung kritischer und abweichender Meinungen zu beenden.

Die Organisation fordert die internationale Gemeinschaft auf, eine entschlossene und nachhaltige Haltung gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in El Salvador einzunehmen und die Behörden aufzufordern, sich an die Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und anderer Sondermechanismen der Vereinten Nationen zu halten und die Arbeit dieser Mechanismen bei der Überwachung der Lage im Land zu erleichtern.

[9] Im September 2021 hat das Parlament das Gesetz über die richterliche Laufbahn reformiert und die Entlassung eines Drittels der Richter*innen und Staatsanwält*innen des Landes erzwungen. Internationale Mechanismen verurteilten die Reform: CIDH y Experto de la ONU rechazan reformas legislativas que destituyen jueces y fiscales en El Salvador y llaman a respetar las garantías para la independencia judicial (IACHR und UN-Sachverständige lehnen Gesetzesreformen zur Absetzung von Richtern und Staatsanwälten in El Salvador ab und fordern die Einhaltung der Garantien für die Unabhängigkeit der Justiz). 7. September 2021. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/jsForm/?File=/es/cidh/prensa/comunicados/2021/234.asp

2. METHODIK

Für die Erarbeitung dieses Berichtes führte ein Team von Amnesty International zwischen Mai 2022 und Juli 2023 drei Ermittlungsreisen durch und identifizierte und dokumentierte 62 Fälle von Menschen-rechtsverletzungen und andere symptomatische Ereignisse, wie z. B. den Trend zur Einschränkung ziviler Handlungsspielräume.

Die Ergebnisse des Berichts beruhen auf 83 persönlichen Interviews, in Präsenz oder Remote, mit Opfern des Ausnahmezustands und ihren Familien sowie mit Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und ehemaligen Justizmitarbeiter*innen.

Darüber hinaus wurden verfügbare Gerichtsakten geprüft sowie nationale Gesetze und andere offizielle Informationen, die Amnesty International mit Hilfe von Anträgen auf Zugang zu diesen Informationen erhalten hat. Auch Datenbanken salvadorianischer Organisationen der Zivilgesellschaft wurden analysiert. Die Organisation konsultierte auch andere einschlägige Veröffentlichungen und führte eine systematische Beobachtung sozialer Medien[10] und Pressequellen durch.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Möglichkeiten von Amnesty International, einige der in diesem Bericht behandelten Themen zu vertiefen und mit aus anderen Quellen stammenden Informationen zu vergleichen, in gewissem Maße eingeschränkt waren. Es fehlten offizielle Daten mit grundlegenden Aufschlüsselungen, es gab unvollständige oder abschlägige Antworten auf Anträge auf Zugang zu Informationen[11] und eine mangelnde Bereitschaft von Institutionen und Staatsbediensteten, sich mit der Organisation zu treffen.[12] Trotz dieser Bedingungen erlaubt uns die von dem Team angewandte Methodik, mit Hilfe der dokumentieren Fakten zu schlüssigen Ergebnissen zu kommen.

Amnesty International bedankt sich bei den Personen und Organisationen, die Informationen für diese Untersuchung zur Verfügung gestellt haben. Einige von ihnen haben aus Angst vor Repressalien darum gebeten, ihre Identität nicht preiszugeben.[13] Die Organisation erkennt insbesondere die enorme Arbeit an, die von Menschenrechtsverteidiger*innen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Opferbewegungen, Journalist*innen und unabhängigen Medien in einem widrigen, stark herabwürdigenden und

---

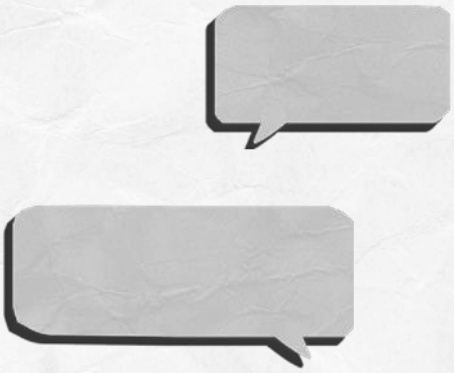
[10] Bei der Beobachtung wurden folgende Accounts einbezogen:
Regierungsvertreter: 1) Nayib Bukele, Präsident der Republik, @nayibbukele; 2) Felix Ulloa, Vizepräsident der Republik, @fulloa51; 3) Gustavo Villatoro, Sicherheitsminister, @Vi11atoro; 4) René Francis Merino Monroy, Verteidigungsminister, @merino_monroy; 5) Rodolfo Delgado, Generalstaatsanwalt, @FiscalGeneralSV; 6) Mauricio Arriaza Chicas, Polizeidirektor, @Director_PNC; 7) Ernesto Castro, Parlamentspräsident, @EcastroES; 8) Christian Guevara, Fraktionsvorsitzender der NI (Partei Nuevas Ideas [Anm.d.Ü.]), @ChrisGuevaraG; 9) Osiris Luna Meza, Gefängnisdirektor, @osirislunameza.
Öffentliche Einrichtungen: 1) Präsidialamt der Republik, @presidenciaSV; 2) Amt des Vizepräsidenten der Republik, @VcpresidenciaSV; 3) Parlament, @AsambleaSV; 4) Sicherheitsministerium, @SeguridadSV; 5) Verteidigungsministerium, @DefensaSV; 6) Generalstaatsanwaltschaft, @FGR_SV; 7) Nationale Zivilpolizei, @PNCSV. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich von Juni 2019 bis Oktober 2023.

[11] Die Organisation hat im Mai 2022 und im September 2023 Auskunftsersuchen an die folgenden Institutionen gerichtet: Nationale Zivilpolizei, Verteidigungsministerium, Generalstaatsanwaltschaft, Oberster Gerichtshof, Procuraduría PGR [Staatsanwaltschaft für Belange von Familien, Kindern und anderen verletzlichen Gruppen; Anm.d.Ü.], Generaldirektion der Strafvollzugsanstalten und den Beauftragten für den Schutz der Menschenrechte.

[12] Am 24. März 2023 ersuchte Amnesty International schriftlich um ein Treffen mit Angestellten der Generalstaatsanwaltschaft, der Procuraduría PGR und des Büros der Beauftragten für Menschenrechte PDDH. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts lag noch keine Antwort der Behörden vor.

[13] Die Personen, die anonym bleiben wollten, wurden im Bericht mit einem Sternchen kenntlich gemacht, um die Verwendung eines Pseudonyms anzuzeigen.

feindseligen Umfeld geleistet wird, in dem es nur wenige oder gar keine wirksamen nationalen Mechanismen zum Schutz und zur Gewährleistung ihrer Menschenrechte gibt.



3. KONSOLIDIERUNG EINES STRAFENDEN STAATSMODELLS

3.1. VERZICHT AUF EINEN GANZHEITLICHEN ANSATZ IN DER ÖFFENTLICHEN SICHERHEIT

a) Vorausgehende Zusammenhänge

Mehr als zwei Jahrzehnte lang verfolgten die Regierungen El Salvadors einen vorwiegend strafenden Ansatz zur Bekämpfung von Unsicherheit und Kriminalität, insbesondere der Bandenkriminalität. Dieser Ansatz brachte Maßnahmen mit sich, die gegen internationale Menschenrechtsstandards verstoßen, wie z.B.:

- Die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit: Seit 1993 haben die Streitkräfte El Salvadors (FAES) ihre Beteiligung an Aufgaben der öffentlichen Sicherheit schrittweise ausgeweitet, was im Widerspruch zu ihrer verfassungsmäßigen Rolle steht, die auf den Bereich der Landesverteidigung beschränkt ist.[14] In diesem Zusammenhang hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (im Folgenden IACHR) festgestellt, dass die Beteiligung von Militärangehörigen an Maßnahmen der öffentlichen Sicherheit begrenzt werden muss, wobei er unter anderem argumentierte, dass die Ausbildung der Angehörigen der Streitkräfte auf die Bekämpfung des Feindes und nicht auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz der Zivilbevölkerung abzielt, eine Ausbildung, die den Polizeikräften vorbehalten ist.[15]
- Übermäßige Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte: Staatliche Bedienstete setzten die Bevölkerung häufig grausamer und unmenschlicher Behandlung, Verletzungen und sogar außergerichtlichen Hinrichtungen aus, wie die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen bei ihrem Besuch in El Salvador im Jahr 2018 feststellte.[16] In diesem Zusammenhang hat der Interamerikanische Gerichtshof die Staaten aufgefordert, Gewalt *"im Einklang mit den Grundsätzen der Legalität, der absoluten Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit"* anzuwenden.[17]

---

[14] Plataforma por la Seguridad Ciudadana. Plan Control Territorial: Los peligros de la militarización de la seguridad pública (Plattform für Bürgersicherheit. Plan Territoriale Kontrolle: Die Gefahren der Militarisierung der öffentlichen Sicherheit). 26. Juli 2021. Siehe: https://www.dplf.org/es/news/plan-control-territorial-los-peligros-de-la-militarizacion-para-la-seguridad-ciudadana-en-el

[15] Corte IDH. Cfr. Caso Montero Aranguren y otros (Retén de Catia) Vs. Venezuela. Excepciones Preliminares, Fondo, Reparaciones y Costas (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte. Fall Montero Aranguren et al. (Retén de Catia) gegen Venezuela. Vorläufige Beschwerdepunkte, Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten). Urteil vom 5. Juli 2006, Absatz 78; *"Die Beteiligung der Streitkräfte an Sicherheitsaufgaben muss außerordentlich, vorübergehend, untergeordnet und ergänzend zur Arbeit ziviler Körperschaften sein*." Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_150_esp.pdf;
IACHR, Informe sobre Seguridad Ciudadana y Derechos Humanos (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR, Bericht über Bürgersicherheit und Menschenrechte). 2009. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/docs/pdfs/seguridad%20ciudadana%202009%20esp.pdf

[16] Informe de la Relatora Especial sobre las ejecuciones extrajudiciales, sumarias o arbitrarias acerca de su misión a El Salvador (Bericht der Sonderberichterstatterin über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen über ihre Mission in El Salvador). 7. Dezember 2018. Siehe: https://www.ohchr.org/es/documents/country-reports/ahrc3844add2-report-special-rapporteur-extrajudicial-summary-or-arbitrary

[17] Extracto de CIDH. Caso Nadege Dorzema y otros Vs. República Dominicana. Fondo, Reparaciones y Costas. (Auszug aus Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte IACHR. Fall Nadege Dorzema et al. gegen Dominikanische Republik. Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten) Urteil vom 24. Oktober 2012, Absätze 85 – 90. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_251_esp.pdf
Siehe auch: Principios Básicos sobre el Empleo de la Fuerza y de Armas de Fuego por los Funcionarios Encargados de Hacer Cumplir la Ley (Grundprinzipien für den Einsatz von Gewalt und Schusswaffen durch Strafverfolgungsbeamte). 7. September 1990. https://www.ohchr.org/es/instruments-mechanisms/instruments/basic-principles-use-force-and-firearms-law-enforcement

- Verabschiedung eines Rechtsrahmens, der ein ordnungsgemäßes Verfahren gefährdet: Seit 2006[18] wurden Rechtsvorschriften geschaffen, die die Anwendung weit gefasster und vager Straftatbestände zur Verfolgung von Handlungen krimineller Gruppen zulassen und die bloße Mitgliedschaft bestrafen. Mit anderen Worten, sie konzentrieren sich darauf, Menschen für das zu verfolgen, was sie sind, und nicht für die Taten, die sie begangen haben.[19] Allein die Anwendung solcher Straftatbestände führt zu wiederholten Verstößen gegen das Recht auf persönliche Freiheit und das Recht auf ein faires Verfahren.
- Der Einsatz von Massenverhaftungen und -inhaftierungen sowie die Verschlechterung der Haftbedingungen: Dadurch wurden die Gefangenen Bedingungen ausgesetzt, die ihre Würde und Gesundheit beeinträchtigten und ein signifikantes Hindernis für Maßnahmen zu ihrer Wiedereingliederung und Wiederaufnahme in die Gesellschaft darstellten.[20]

Mit der Umsetzung von Maßnahmen, die sich in erster Linie auf die Verfolgung und Bestrafung von Straftaten konzentrierten, vernachlässigten die Regierungen die Entwicklung von Strategien zur Beseitigung der eigentlichen Ursachen von Gewalt. Dazu hätte die Bewältigung struktureller und systemischer Probleme beitragen können, die z. B. in der begrenzten Schaffung von Arbeitsplätzen, in hohen Schulabbrecher- und Jugendarbeitslosenquoten, in fehlenden Ressourcen und Fachkenntnissen bei der Polizei und in der Überlastung des Justizsystems bestehen.[21] Dies führte letztlich zu einem Wiederaufleben der Gewalt und zur Stärkung krimineller Strukturen.[22]

Organisationen der Zivilgesellschaft und Sicherheitsexperten haben gewarnt und dokumentiert, dass Strategien mit solchen Charakteristika nur begrenzt wirksam und nachhaltig sind und zudem zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen führen.[23] Die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) hat bekräftigt, dass Staaten international dazu verpflichtet sind, die Menschenrechte angesichts von Gewalt und Kriminalität zu schützen. Ihre Verantwortung liegt in der Entwicklung, Umsetzung und ständigen Überprüfung staatlicher Maßnahmen, die umfassend und nachhaltig sind und sich auf den Schutz der Rechte aller Menschen konzentrieren.[24]

b) Die Regierung von Nayib Bukele

In seinem Wahlkampf 2018 schien Bukele diese Analysen und Empfehlungen zumindest theoretisch berücksichtigt zu haben, als er ankündigte, dass seine Regierung die Gewalt, insbesondere die Bandengewalt, durch die Umsetzung eines umfassenden Konzepts für die öffentliche Sicherheit bekämpfen werde.

---

[18] 2006: Ley Especial contra Actos de Terrorismo (Sondergesetz gegen terroristische Handlungen), siehe: https://www.asamblea.gob.sv/sites/default/files/documents/decretos/171117_073006228_archivo_documento_legislativo.pdf, Artikel 4: *"durch die Art der Ausführung, die eingesetzten Mittel und Methoden die Absicht erkennen lässt, in der Bevölkerung einen Zustand der Beunruhigung, der Angst oder des Terrors hervorzurufen"*. Ermöglicht es den Behörden, bestimmte Handlungen als terroristische Handlungen zu verfolgen, die darauf abzielen, Ängste zu schüren, aber ansonsten versehentlich oder fahrlässig begangen worden sein könnten.
2010: Ley de Proscripción de Maras, Pandillas, Agrupaciones, Asociaciones y Organizaciones de Naturaleza Criminal (Gesetz über das Verbot von Maras, Banden, Gruppen, Vereinigungen und Organisationen mit kriminellem Charakter). Siehe: https://sv.vlex.com/vid/proscripcion-maras-pandillas-organizaciones-431490805. Verbot von Banden und Gruppen, Vereinigungen und Organisationen mit kriminellem Charakter.
2015: Der Oberste Gerichtshof entschied, dass MS-13, Barrio 18 und andere Maras als "Terroristen" eingestuft werden, so dass das Sondergesetz gegen terroristische Handlungen auf Personen angewandt werden kann, die der Mitgliedschaft in einer Bande verdächtigt werden.

[19] Cristosal: La excepción se volvió la norma. Una mirada a las reformas penales y su impacto en las garantías ciudadanas (Cristosal: Die Ausnahme wurde zur Regel. Ein Blick auf die Strafrechtsreformen und ihre Auswirkungen auf die Garantien der Bürger). Oktober 2023. Siehe: https://cristosal.org/ES/la-excepcion-se-volvio-la-norma-una-mirada-a-las-reformas-penales-y-su-impacto-en-las-garantias-ciudadanas/

[20] Reglas Mínimas de las Naciones Unidas para el Tratamiento de los Reclusos (Reglas Nelson Mandela) (Standard-Mindestregeln der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln)): Regel 4: *"Freiheitsentziehende Strafen und Maßnahmen sollen die Gesellschaft vor Verbrechen schützen und die Rückfälligkeit verringern."* https://www.unodc.org/documents/justice-and-prison-reform/Brochure_on_the_The_UN_Standard_Minimum_the_Nelson_Mandela_Rules-S.pdf

[21] Informe de la Relatora Especial sobre las ejecuciones extrajudiciales, sumarias o arbitrarias acerca de su misión a El Salvador (Bericht der Sonderberichterstatterin über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen über ihre Mission in El Salvador). 7.Dezember 2018. Siehe: https://www.ohchr.org/es/documents/country-reports/ahrc3844add2-report-special-rapporteur-extrajudicial-summary-or-arbitrary

[22] Jeannette Aguilar y la Fundación Heinrich Böll Stiftung, *Políticas de seguridad pública en El Salvador.* (Jeannette Aguilar und die Heinrich-Böll-Stiftung, Politik der öffentlichen Sicherheit in El Salvador). Januar 2019. Siehe: https://sv.boell.org/sites/default/files/las_politicas_de_seguridad_publica_en_el_salvador_2003-2018.pdf; Sonja Wolf, *Mano Dura: The Politics of Gang Control in El Salvador.* (Sonja Wolf, Mano Dura: Die Politik der Bandenkontrolle in El Salvador.) Austin: University of Texas Press, 2017. Siehe: https://www.academia.edu/21840856/Mano_Dura_The_Politics_of_Gang_Control_in_El_Salvador

[23] CIDH, 174º período extraordinario de sesiones, Audiencia Violencia y Seguridad Ciudadana en El Salvador (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR, 174. Sondersitzungsperiode, Anhörung zu Gewalt und Bürgersicherheit in El Salvador). 11. November 2019. Siehe: https://www.youtube.com/watch?v=RRRawidrIEE

[24] Comisión Interamericana de Derechos Humanos. Informe sobre Seguridad Ciudadana y Derechos Humanos. (Interamerikanische Menschenrechtskommission. Bericht über Sicherheit der Bürger und Menschenrechte) OEA/Ser. L/V/II. Doc. 57. 31. Dezember 2009. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/docs/pdfs/seguridad%20ciudadana%202009%20esp.pdf

> **“Wir werden zuerst an der Prävention arbeiten … Wir werden mit Kunst, Kultur, Sport, Bildung und Stipendien arbeiten. Und Wiedereingliederung … Wir werden die Bedingungen in den Gefängnissen verbessern, damit sie nicht unmenschlich werden.”**
>
> Nayib Bukele als Präsidentschaftskandidat während der Präsentation des Plan Cuscatlán. 2018[25]

Später, im Jahr 2019, nach seinem Amtsantritt als Präsident der Republik, bekräftigte er gegenüber der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR während ihres Besuchs vor Ort seine Vorliebe für diese Art von Ansatz. Damals berichtete er über die Schaffung des "Plans zur territorialen Kontrolle "[26], einer aus sieben Phasen bestehenden Strategie, die nach den wenigen öffentlich zugänglichen Informationen den Anschein erweckte, sich von dem rein strafenden und repressiven Ansatz der Vergangenheit zu distanzieren.

Während desselben Besuchs griff die IACHR jedoch in ihrem vorläufigen Bericht die von zivilgesellschaftlichen Organisationen geäußerte Besorgnis darüber auf, dass ihrer Ansicht nach ein repressives Sicherheitskonzept fortbesteht, dessen erster Ausdruck der verstärkte Einsatz von Militärkräften bei öffentlichen Sicherheitsaufgaben sei.[27]

Amnesty International bestätigte den Einsatz von bewaffneten Soldaten bei den Operationen zur Eindämmung des Virus während der COVID-19-Pandemie. Dieser Einsatz führte zu zahlreichen Anzeigen wegen übermäßiger Gewaltanwendung und wegen unrechtmäßigen Verhaftungen unter Beteiligung von Mitgliedern der Streitkräfte.[28]

Der Interamerikanische Gerichtshof hat festgestellt, dass *"die Aufrechterhaltung der inneren öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Bürger in erster Linie den zivilen Polizeikräften vorbehalten sein sollte".* Daher sollte die Beteiligung der Streitkräfte an Sicherheitsaufgaben grundsätzlich nur in Ausnahmefällen erfolgen und von kompetenten, unabhängigen und technisch fähigen zivilen Stellen geregelt, ergänzt und überwacht werden.[29]

---

[25] Siehe: https://www.facebook.com/nayibbukele/videos/plan-cuscatl%C3%A1n/517516945402322/?locale=es_LA, 14. Januar 2019

[26] Im November 2022 hatte die Regierung über die Umsetzung von 5 Phasen des Plans berichtet: Phase 1 "Vorbereitung", Phase 2 "Chancen", Phase 3 "Modernisierung", Phase 4 "Einsatz", Phase 5 "Ausbau". Siehe: https://www.presidencia.gob.sv/en-el-tiempo-que-lleva-el-gobierno-del-presidente-nayib-bukele-el-plan-control-territorial-es-la-mejor-defensa-del-pueblo-ante-la-agresion-de-las-pandillas/. Am 15. September 2023 kündigte Bukele den Beginn der Phase 6 "Integration" an. Siehe: https://www.seguridad.gob.sv/presidente-nayib-bukele-anuncia-fase-vi-del-plan-control-territorial/

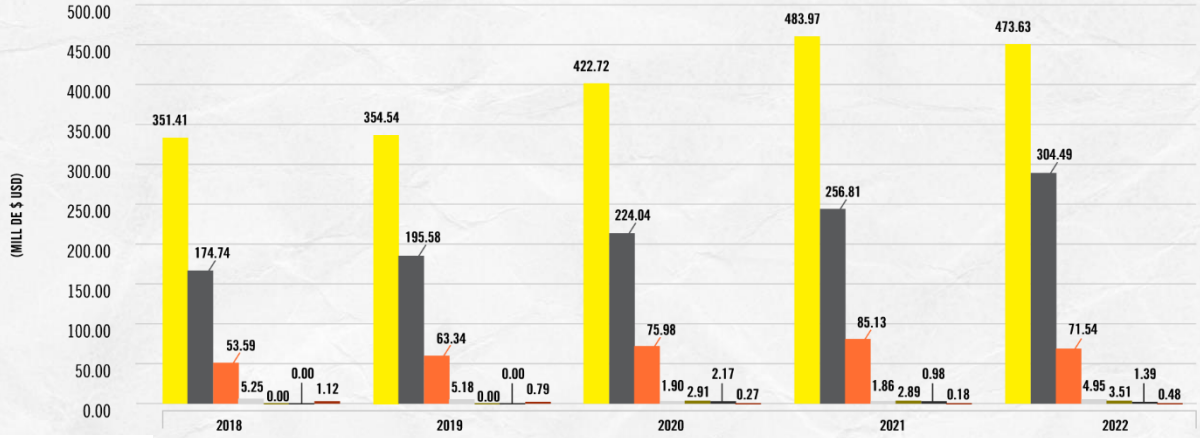
[27] Die Organisationen äußerten sich auch besorgt über fehlende Information, Transparenz, Rechenschaftspflicht und ihre fehlende Beteiligung an der Gestaltung des territorialen Kontrollplans. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR legt vorläufige Beobachtungen ihres Vor-Ort-Besuchs in El Salvador am 27. Dezember 2019 vor. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2019/335.asp

[28] Amnistía Internacional. Nada nuevo bajo el sol: represión y militarización de la seguridad pública en El Salvador (Amnesty International. Nichts Neues unter der Sonne: Repression und Militarisierung der öffentlichen Sicherheit in El Salvador). 5. Oktober 2020. Siehe: https://www.amnesty.org/es/latest/news/2020/10/represion-militarizacion-seguridad-publica-el-salvador/

[29] Corte IDH. Caso Alvarado Espinoza y otros Vs. México. Fondo, Reparaciones y Costas (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte, Fall Alvarado Espinoza et al. gegen Mexiko. Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten). Urteil vom 28. November 2018, Absätze 178 und 182. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_370_esp.pdf

Die derzeitige Regierung hat jedoch entscheidende Schritte zur weiteren Militarisierung der öffentlichen Sicherheit unternommen, was sich nicht nur in den öffentlichen Äußerungen des Präsidenten,[30] sondern auch in der Entwicklung des Haushalts des Verteidigungsministeriums zeigt.

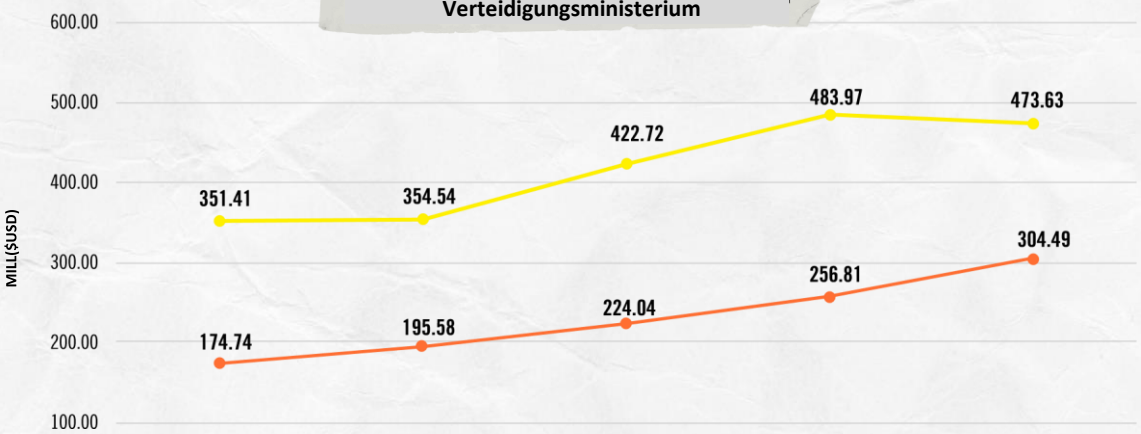
Tabelle 1: Verteilung des Haushalts für Verteidigung und öffentliche Sicherheit (in Mill. US$)



	2018	2019	2020	2021	2022
Polizei	351.41	354.54	422.72	483.97	473.63
Verteidigungsministerium	174.74	195.58	224.04	256.81	304.49
Gefängniswesen	53.59	63.34	75.98	85.13	71.54
Prävention	5.25	5.18	1.90	1.86	4.95
Jugendstrafvollzug	0.00	0.00	2.91	2.89	3.51
Sozialwesen	0.00	0.00	2.17	0.98	1.39
Opferbetreuung	1.12	0.79	0.27	0.18	0.48

*Eigene Ausarbeitung auf der Grundlage der veröffentlichten Gesamthaushaltspläne 2018-2022

Tabelle 2: Haushalt von Polizei und Verteidigungsministerium



	2018	2019	2020	2021	2022
POLIZEI	351.41	354.54	422.72	483.97	473.63
VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUM	174.74	195.58	224.04	256.81	304.49

* Eigene Ausarbeitung auf der Grundlage der veröffentlichten Gesamthaushaltspläne 2018-2022

Diese Gegenüberstellung verzeichnete ein allmähliches und nachhaltiges Wachstum, das sich prozentual als Anstieg von 57% zwischen 2018 und 2022 zusammenfassen lässt. Gleichzeitig hat sich die Differenz zwischen den für die Nationale Zivilpolizei (PNC) und das Verteidigungsministerium bereitgestellten Mitteln verringert. Während 2018 das Budget des Verteidigungsministeriums etwa die

[30] Ministerio de Justicia y Seguridad Pública. Presidente Nayib Bukele anuncia IV Fase del Plan Control Territorial "Incursión" (Ministerium für Justiz und öffentliche Sicherheit. Präsident Nayib Bukele kündigt Phase IV des Plans zur territorialen Kontrolle "Incursion" an): "Um dieses Ziel zu erreichen, kündigte der Präsident an, dass die Zahl der Militärangehörigen, die derzeit bei über 20.000 liegt, auf 40.000 verdoppelt werden soll." 19. Juli 2021. Siehe: https://www.seguridad.gob.sv/presidente-nayib-bukele-anuncia-iv-fase-del-plan-control-territorial-incursion/

Hälfte des Budgets der PNC betrug, stieg es bis 2022 auf etwa 65 % des Budgets der PNC. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass die Strategie der Regierung zur Bekämpfung von Kriminalität und Gewalt - zumindest kurzfristig - keinen schrittweisen und geordneten Übergang weg von der Beteiligung der Streitkräfte an Aufgaben der öffentlichen Sicherheit vorsieht (Abbildung 1 und 2).

Andererseits zeigt eine Bewertung der staatlichen Investitionen in Strafmaßnahmen im Vergleich zu denen in Gewaltprävention, Rehabilitation und Betreuung der Opfer, dass die derzeitige Regierung von ihren ursprünglichen Verpflichtungen abgewichen ist und den repressiven und strafenden Ansatz tatsächlich vertieft hat. Dabei begeht sie weiterhin den Fehler, die Ursachen des Problems der Gewalt und Kriminalität zu vernachlässigen, und hat wesentliche Strategien der Prävention, Wiedereingliederung und Rehabilitation außer Kraft gesetzt.

Presseberichten zufolge enthält der Haushaltsvorschlag für 2024 keine Wiedereingliederungs- und Rehabilitationsprogramme, wohl aber einen Fonds zur Terrorismusbekämpfung, was darauf schließen lässt, dass der Schwerpunkt im Bereich der Sicherheit weiterhin ausschließlich auf repressiven Maßnahmen liegen wird.[31]

> **"Die massenhafte Inhaftierung mutmaßlicher Bandenmitglieder, die Normalisierung von Notstandsverordnungen, die Verhängung außerordentlicher Sicherheitsmaßnahmen sowie die Anwendung von Anti-Terror-Gesetzen auf Bandenaktivitäten werden die Ursachen von Bandengewalt und Bandenexistenz wohl kaum beseitigen und auch nicht dem offensichtlichen Bedürfnis nach Rechenschaftspflicht nachkommen".**
>
> Sonderberichterstatterin über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen über ihre Mission in El Salvador. 7. Dezember 2018.

[31] LPG.Gobierno salvadoreño vuelve a crear fondo para combatir el terrorismo (La Prensa Gráfica LPG: Salvadorianische Regierung richtet Fonds zur Terrorismusbekämpfung neu ein). 18. Oktober 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Gobierno-salvadoreno-vuelve-a-crear-fondo-para-combate-al-terrorismo-20231017-0093.html

3.2. DIE AUSSETZUNG VON RECHTEN: DAS NEUE LEITMODELL FÜR DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Während der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 griff die Regierung von Nayib Bukele zum ersten Mal auf die Notstandsregelung als Instrument zur Bewältigung einer außergewöhnlichen Situation zurück. Die Umsetzung des Gesetzesdekrets[32], mit dem diese Maßnahme eingeführt wurde, führte zur Einschränkung und Verletzung von Rechten, die nach internationalen Standards[33] unter keinen Umständen eingeschränkt werden dürfen, wie das Recht auf Leben, das Verbot von Folter und Misshandlung, das Legalitätsprinzip und der Grundsatz der Nichtdiskriminierung.[34]

Damals erinnerten Organisationen wie die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR die Staaten an ihre Verpflichtung, Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie zu konzipieren und umzusetzen, bei denen in jedem Moment die volle Achtung der Menschenrechte der Bevölkerung gewährleistet wird.[35]

Zwei Jahre später, im März 2022, griff der salvadorianische Staat erneut auf das Modell des Ausnahmezustands zurück, als Mechanismus zur Bewältigung der Situation nach einem drastischen Anstieg an Morden, bei dem an einem einzigen Wochenende 87 Menschen getötet wurden[36] - aufgrund des mutmaßlichen Scheiterns eines vermuteten Pakts der Regierung mit den Banden[37].

Da jedoch aufgrund der Zusammensetzung[38] die Exekutive die absolute Kontrolle über das Parlament ausüben konnte, entsprach das Dekret[39] schon in seinem Wortlaut nicht den Standards, die in den internationalen Menschenrechtsinstrumenten für diese Art von Maßnahmen festgelegt sind. Dieses Dekret erlaubt die Aussetzung von Bestandteilen ordnungsgemäßer Verfahren und gerichtlicher Garantien wie zum Beispiel die Verlängerung der Frist für Verwaltungshaft und das Recht auf

---

[32] Asamblea Legislativa de la República de El Salvador. Decreto no. 594 (Parlament der Republik El Salvador. Dekret Nr. 594). 14. März 2020. Siehe: https://www.transparencia.gob.sv/system/documents/documents/000/355/172/original/Decreto_Legislativo_N%C2%B0_594_Coronavirus_14_03_2020.pdf?1585091424

[33] Artikel 4 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), siehe: https://www.ohchr.org/es/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rights. Artikel 27 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention (ACHR), siehe: https://www.oas.org/dil/esp/1969_Convenci%C3%B3n_Americana_sobre_Derechos_Humanos.pdf

[34] Öffentlichen Angaben zufolge wurden im Rahmen der während der Gesundheitskrise von COVID-19 durchgeführten Maßnahmen Hunderte von Personen rechtswidrig inhaftiert, häufig unter Anwendung übermäßiger Gewalt und nach subjektiven Kriterien, wie dem Nichttragen von Masken oder Mundschutz.
Das Ombudsbüro für Menschenrechte PDDH zählte 1.637 Fälle im Zusammenhang mit den Notfallmaßnahmen, davon 622 mögliche Verstöße gegen das Recht auf Freiheit wegen Nichteinhaltung der Quarantäne.
Nach Angaben der Zivilgesellschaft befanden sich am 28. August 2020 16.780 Personen aus unterschiedlichen Gründen unter staatlicher Aufsicht in Quarantäne, unter anderem wegen Rückkehr aus dem Ausland und wegen Kontakt mit COVID-19-Kranken. IACHR. Situación de Derechos Humanos en El Salvador (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Situation der Menschenrechte in El Salvador). 14. Oktober 2021. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/2021_ElSalvador-ES.pdf

[35] CIDH, Comunicado de Prensa, 76/20 – La CIDH llama a los Estados de la OEA a asegurar que las medidas de excepción adoptadas para hacer frente a la pandemia por el COVID-19 sean compatibles con sus obligaciones internacionales (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR, Pressemitteilung, 76/20 - IACHR fordert die OAS-Staaten auf, dafür zu sorgen, dass die zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie getroffenen Sofortmaßnahmen mit ihren internationalen Verpflichtungen in Einklang stehen). Washington, D.C., 17. April 2020, siehe: https://www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2020/076.asp; CIDH, Resolución No. 1/2020, Pandemia y Derechos Humanos en las Américas (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR, Entschließung Nr. 1/2020, Pandemie und Menschenrechte auf dem amerikanischen Kontinent), verabschiedet von der CIDH am 10. April 2020, siehe: https://www.oas.org/es/cidh/decisiones/pdf/Resolucion-1-20-es.pdf

[36] Diario El Mundo. Repunte de homicidios dejó 87 muertes en El Salvador este fin de semana (Diario El Mundo. Mordwelle mit 87 Toten in El Salvador an diesem Wochenende). 28. März 2022. Siehe: https://diario.elmundo.sv/nacionales/repunte-de-homicidios-dejo-87-muertes-en-el-salvador-este-fin-de-semana
El Faro. Las víctimas del día más violento del siglo (El Faro. Die Opfer des gewalttätigsten Tages des Jahrhunderts). 3. April 2022. Siehe: https://elfaro.net/es/202204/el_salvador/26107/Las-v%C3%ADctimas-del-d%C3%ADa-m%C3%A1s-violento-del-siglo.htm

[37] Journalistische Recherchen wiesen darauf hin, dass die Regierung von Nayib Bukele ein Abkommen mit den wichtigsten Banden des Landes geschlossen hatte, um als Gegenleistung für bestimmte Vergünstigungen für deren Anführer eine Reduktion von Morden zu erreichen. El Faro. Cronología del pacto entre el Gobierno de Bukele y las pandillas (El Faro. Chronologie des Abkommens zwischen der Regierung von Bukele und den Banden). 18. Januar 2023. Siehe: https://elfaro.net/es/202301/el_salvador/26676/Cronolog%C3%ADa-del-pacto-entre-el-Gobierno-de-Bukele-y-las-pandillas.htm; LPG. Corte Suprema retiene la extradición de cabecilla MS-13 (La Prensa Gráfica. Der Oberste Gerichtshof verweigert Ausliefrung des MS-13 Rädelsführer). 16. Juli 2021. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Corte-Suprema-retiene-la-extradicion-de-cabecilla-MS-13-20210715-0114.html

[38] Im Mai 2021 war es der Partei "Neue Ideen" (Nuevas Ideas - NI) gelungen, als Resultat der Wahlen vom 28. Februar desselben Jahres, mit 56 Abgeordneten die absolute Kontrolle über das Parlament zu übernehmen. Die Partei war aus einer von Präsident Bukele gegründeten Bewegung heraus entstanden.

[39] Asamblea Legislativa de la República de El Salvador. Decreto no. 333 (Parlament der Republik El Salvador. Dekret Nr. 333). 27. März 2022. Siehe: https://www.asamblea.gob.sv/sites/default/files/documents/decretos/336D2998-E5BB-4CAF-87DA-46BDBABF5522.pdf

Verteidigung, die Vereinigungs-[40] und Versammlungsfreiheit sowie die Unverletzlichkeit des Briefverkehrs und der Telekommunikation.[41]

> ***"In den letzten Monaten sind mehrere meiner Verwandten verhaftet worden und ich weiß nicht warum. Sie alle waren immer fleißige, ehrliche Menschen, die nie in Schwierigkeiten waren. Ich weiß nicht, woher das alles kommt (...).***
>
> ***Ich hätte nie gedacht, dass ich mit meiner ganzen Familie im Gefängnis landen würde [drei Söhne, eine Schwiegertochter und ein Schwiegersohn] (...) Nicht ein einziges Mal, wenn die Polizei einen von ihnen abholte, erklärten sie uns die Gründe, warum sie sie festnahmen. Wir haben nie eine richterliche Anordnung gesehen, kein Papier von einer anderen Behörde, in dem man nachlesen und herausfinden konnte, wer die Anordnung gab und warum.***
>
> ***Die Polizei und die Soldaten sagten ihnen nur, dass sie sie auf die Polizeiwache begleiten und ihnen einige Fragen stellen würden. Aber dann haben sie sie nie gehen lassen. Später erfuhr ich, dass sie alle mit diesem verdammten Wort beschuldigt worden waren, vor dem wir uns jetzt alle fürchten: "illegale Gruppen". Ich verstehe nicht wirklich, was das ist, denn als sie meine Kinder mitgenommen haben, waren sie nicht in einer Bande. Aber die Leute sagen, dass man nie wieder aus dem Gefängnis kommt, wenn man wegen dieses Verbrechens angeklagt wird".***
>
> Maria*, eine Frau, die Amnesty International berichtete, wie innerhalb von zwei Monaten fünf Mitglieder ihrer Familie willkürlich von einer gemeinsam agierenden Gruppe aus Polizei und Streitkräften inhaftiert wurden. Februar 2023.

Über Nacht wurden Rechte wie die Unschuldsvermutung und das Recht, über die Straftat informiert zu werden, derentwegen man inhaftiert ist, *"im gesamten Staatsgebiet"* ausgesetzt, um *"die Ordnung, die öffentliche Sicherheit und die territoriale Kontrolle wiederherzustellen"*.

Die von Maria* geschilderten Umstände der Inhaftierung spiegeln wider, was viele der mehr als 73.800 Menschen, die in den letzten 21 Monaten verhaftet[42] wurden, wahrscheinlich erlebt haben: Verhaftungen ohne richterliche oder staatsanwaltschaftliche Anordnung oder ohne konkrete Tathinweise und ohne Hinweise auf vorherige Ermittlungen. Die Dauer der Verwaltungshaft wurde auf 15 Tage verlängert[43]. Für die strafrechtliche Verfolgung von Personen greifen die Behörden als einziges Argument auf den Verdacht der Zugehörigkeit zu einer Bandenstruktur zurück und beschuldigen die

---

[40] Ab der fünften Verlängerung, enthalten im Gesetzesdekret Nr. 476 vom 16. August 2022, wurde das Recht auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit nicht mehr zu den ausgesetzten Rechten gezählt. Siehe: https://www.asamblea.gob.sv/sites/default/files/documents/decretos/71811C3C-2A45-46AE-8F76-5B4E03BE1592.pdf

[41] In der Observación General (Allgemeine Beobachtung) Nr. 29 des UN-Menschenrechtsausschusses, Absatz 11, heißt es, dass die Staaten auch in Zeiten des Notstands nicht von bestimmten grundlegenden Rechtsprinzipien, wie dem Recht auf ein faires Verfahren und der Unschuldsvermutung, abweichen sollten. Darüber hinaus wird betont, dass das Verbot der willkürlichen Freiheitsentziehung beachtet werden muss, indem sichergestellt wird, dass alle inhaftierten Personen Zugang zu wirksamen und zügigen rechtlichen und gerichtlichen Verfahren haben. 31. August 2001. Siehe: https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CCPR%2FC%2F21%2FRev.1%2FAdd.11&Lang=es

[42] Asamblea Legislativa. Decreto No. 888 (Parlament der Republik El Salvador. Dekret Nr. 888). 8. November 2023. Erwägungsgrund VIII: *"[...] Im Rahmen der zu diesem Zweck durchgeführten Maßnahmen wurden während der Geltungsdauer der Ausnahmeregelung mehr als 73.800 Personen festgenommen [...]"*. Siehe: https://www.asamblea.gob.sv/sites/default/files/documents/decretos/851CF712-1EB4-45D5-900E-35F297ACEAEF.pdf

[43] Internationale Standards verlangen, dass jede festgenommene oder inhaftierte Person unverzüglich einem Gericht vorgeführt wird. Der Menschenrechtsausschuss hat seine Besorgnis über Gesetze in einer Reihe von Ländern geäußert, die eine Inhaftierung von bis zu 72 Stunden zulassen, ohne dass die festgenommene Person einer Justizbehörde vorgeführt wird. Eine Verlängerung auf bis zu 15 Tagen würde weit über die Grenze hinausgehen, die von Instrumenten wie der Amerikanischen Menschenrechtskonvention ACHR und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ICCPR als angemessen angesehen wird. Siehe: Observaciones finales del Comité de Derechos Humanos: Uzbekistán (Abschließende Beobachtungen des Menschenrechtsausschusses: Usbekistan), Doc. ONU: CCPR/CO/83/UZB (2005), Absatz 14, https://wri-irg.org/es/story/2005/observaciones-finales-del-comite-de-derechos-humanos-uzbekistan; Ucrania (Ukraine), Doc. ONU: CCPR/C/UKR/CO/6 (2006), Absatz 8, https://digitallibrary.un.org/record/589846; Moldova (Moldawien), Doc. ONU: CCPR/C/MDA/CO/2 (2009), Absatz 19, https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/TreatyBodyExternal/Download.aspx?symbolno=CCPR/C/MDA/CO/2&Lang=En

Mehrheit der Festgenommenen des Verbrechens der "illegalen Vereinigung".[44]

Aufgrund der hohen Zahl von Verhaftungen ist es zu Massenprozessen mit bis zu 500 Personen gekommen, bei denen die Rechtmäßigkeit einer Verhaftung geprüft wird. Darüber hinaus wurde die Identität der Richter*innen verschleiert und Untersuchungshaft als allgemeine Regel angeordnet. Diese Maßnahmen verletzen das Recht auf persönliche Freiheit und das Recht auf eine angemessene Verteidigung sowie andere rechtsstaatliche Garantien.[45]

UN-Sonderbeobachter haben den salvadorianischen Staat darauf hingewiesen, dass die Aussetzung der gerichtlichen Garantien die Grenzen überschreitet, die internationale Menschenrechtsverpflichtungen in Bezug auf die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen wie Notstandsregelungen zulassen. Insbesondere haben sie ihre Besorgnis über die Verwendung des Begriffs "delito flagrante permanente"[46] [sinngemäß: „dauerhaftes tatfrisches Verbrechen“, Anm.d.Ü.] zur Rechtfertigung willkürlicher Inhaftierungen und der Aussetzung von Garantien für ein faires Verfahren zum Ausdruck gebracht.

> ***“Trotz ihrer Verpflichtung, die Bürger vor solchen abscheulichen Taten zu schützen, kann die Regierung das Recht auf ein faires Verfahren nicht im Namen der öffentlichen Sicherheit mit Füßen treten. [...] Wir fordern die Behörden El Salvadors auf, dafür zu sorgen, dass Personen nicht aufgrund des bloßen Verdachts einer Bandenmitgliedschaft oder der Vereinigung mit einer Bande und ohne ausreichende rechtliche Begründung verhaftet werden; und dass den Verhafteten alle grundlegenden Garantien gewährt werden, die die internationalen Menschenrechtsvorschriften in Bezug auf ein ordnungsgemäßes Verfahren vorsehen."***
>
> Gemeinsames Kommuniqué. UN-Sonderbeobachter - El Salvador: El prolongado régimen de excepción socava el derecho a un juicio justo (Langwieriger Ausnahmezustand untergräbt das Recht auf ein faires Verfahren). 22. Mai 2023[47]

In diesem Zusammenhang hat der UN-Menschenrechtsausschuss betont, dass das Verbot der willkürlichen Freiheitsberaubung auch in Zeiten des Ausnahmezustands eingehalten werden muss, um sicherzustellen, dass alle inhaftierten Personen Zugang zu wirksamen und zügigen Rechts- und Gerichtsverfahren haben.[48]

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR hat ihrerseits klargestellt, dass ein Staat zwar Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit ergreifen muss, dies aber nicht auf Kosten der Menschenrechte des Einzelnen geschehen darf. Sie hat daher darauf bestanden, dass selbst in Notsituationen die wesentlichen rechtlichen Garantien aufrechterhalten werden müssen, um

---

[44] Dieser Straftatbestand ist in Artikel 345 des Strafgesetzbuchs enthalten und wird zur Verfolgung von Mitgliedern von Banden und anderen kriminellen Gruppen verwendet. Menschenrechtsorganisationen zufolge ist die Beschreibung vage und mehrdeutig, was eine willkürliche Auslegung und Anwendung durch die Behörden ermöglicht. Außerdem sind sie der Ansicht, dass der Straftatbestand darauf abzielt, Menschen dafür zu verfolgen, wer sie sind, und nicht wegen von ihnen begangenen Taten. Siehe Cristosal, "La excepción se volvió la norma. Una mirada a las reformas penales y su impacto en las garantías ciudadanas" (Cristosal, "Die Ausnahme wurde zur Norm. Ein Blick auf die Strafrechtsreformen und ihre Auswirkungen auf die Garantien der Bürger*innen"), Oktober 2023. Siehe: https://cristosal.org/ES/la-excepcion-se-volvio-la-norma-una-mirada-a-las-reformas-penales-y-su-impacto-en-las-garantias-ciudadanas/

[45] Amnistía Internacional. El presidente Bukele sumerge al país en una crisis de derechos humanos luego de tres años de gobierno (Amnesty International. Präsident Bukele stürzt das Land nach drei Jahren Amtszeit in eine Menschenrechtskrise). 2. Juni 2022. Siehe: https://www.amnesty.org/es/latest/news/2022/06/el-salvador-president-bukele-human-rights-crisis/

[46] *"Es sei darauf hingewiesen, dass El Salvador seit September 2010 über das "Gesetz zum Verbot von Maras, Banden, Gruppen, Vereinigungen und Organisationen krimineller Natur" (Ley de Proscripción de Maras, Pandillas, Agrupaciones, Asociaciones y Organizaciones de Naturaleza Criminal) verfügt, das in den Artikeln 1 und 2 festlegt, dass diese Gruppen kriminelle Strukturen darstellen, und die Mitgliedschaft in solchen Gruppen für illegal erklärt. Mit dem Inkrafttreten dieses Sondergesetzes entstand das Modell der ‚flagrancia permanente‘ [‚ständige Tatfrische‘; Anm.d.Ü.] für alle jene Personen, die zu einer solchen Gruppe gehören, weil schon das Begehen eines Verbrechens ein permanentes ist, solange die Person Teil der kriminellen Organisation ist. In diesem Rahmen ist für die Inhaftierung dieser Personen keine schriftliche Anordnung erforderlich".* Respuesta del Estado salvadoreño a la comunicación conjunta de los procedimientos especiales de Naciones Unidas, sobre alegaciones de presuntas violaciones de derechos humanos o el posible riesgo de ellas en el marco del régimen de excepción y reformas a la legislación penal (Antwort des salvadorianischen Staates auf die gemeinsame Mitteilung der Sonderverfahren der Vereinten Nationen über angebliche Menschenrechtsverletzungen oder das mögliche Risiko solcher Verletzungen im Rahmen der Notstandsregelung und der Reformen der Strafgesetzgebung). 29. Juli 2022. Siehe: https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownLoadFile?gId=37045

[47] Naciones Unidas. El Salvador: El prolongado estado de excepción socava el derecho a un juicio justo, dicen expertos de la ONU (Vereinte Nationen. El Salvador: Langanhaltender Ausnahmezustand untergräbt laut UN-Experten die Rechte auf faire Gerichtsverfahren). 22. Mai 2023. Siehe: https://www.ohchr.org/es/press-releases/2023/05/el-salvador-extended-state-emergency-undermines-right-fair-trial-un-experts

[48] Comité de Derechos Humanos de las Naciones Unidas. Observación General No. 29 sobre el Artículo 4 del PIDCP (Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen. Allgemeine Bemerkung Nr. 29 zu Artikel 4 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte ICCPR). Absatz 11. (2001) Siehe: https://conf-dts1.unog.ch/1%20SPA/Tradutek/Derechos_hum_Base/CCPR/00_2_obs_grales_Cte%20DerHum%20%5BCCPR%5D.html#GEN29

sicherzustellen, dass alle ergriffenen Maßnahmen den Grundsätzen der Notwendigkeit, Angemessenheit, Verhältnismäßigkeit und Nichtdiskriminierung entsprechen und gleichzeitig die Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleibt.[49]

Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen haben darauf hingewiesen, dass der Ausnahmezustand trotz der Tatsache, dass er nicht den internationalen Standards für eine solche Maßnahme entspricht, im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren immer wieder verlängert wurde, ohne die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu prüfen.[50]

In diesem Sinne haben regionale und überregionale Menschenrechtsorganismen[51] ihre Besorgnis über die Verlängerung der Maßnahme geäußert, da sie ihrer Ansicht nach gegen den außergewöhnlichen und zeitlich begrenzten Charakter verstoßen könnte, der in den Standards dafür festgelegt ist, insbesondere unter Berücksichtigung von öffentlichen Erklärungen von Regierungsvertretern selbst über die Veränderung der Sicherheitslage im Land.[52]

> ***"Ich bin besorgt über die übermäßig lange Dauer der gegenwärtigen Notstandsregelung und die Massenverhaftungen, die in diesem Zusammenhang stattgefunden haben, sowie über die inakzeptablen Haftbedingungen und die Einschränkungen des zivilen Raums und ordnungsgemäßer Verfahren."***
>
> Volker Türk, UN-Hochkommissar für Menschenrechte. 54. Sitzung des Menschenrechtsrates. 11. September 2023.[53]

In diesem Zusammenhang hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR den salvadorianischen Staat daran erinnert, dass die Aussetzung von Rechten und Garantien eine Bestimmung für außergewöhnliche Umstände und kein Mittel zur Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität darstellt. Darüber hinaus hat sie den Staat mehrfach aufgefordert, den Ausnahmezustand aufzuheben, und betont, dass wesentliche rechtliche Garantien nicht umgangen werden können.[54]

> **"Betrachtet der Staat El Salvador das langandauernde Ausnahmeregime - d.h. die Situation ist nicht mehr Ausnahme, sondern Dauerzustand - als Instrument seiner Politik zur Kontrolle der allgemeinen Kriminalität in El Salvador?"**
>
> Kommissarin für El Salvador, Julissa Mantilla, während ihres Redebeitrags bei der Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador. 14. Juli 2023.[55]

---

[49] Artikel 27.1 der Amerikanischen Konvention über die Rechte und Pflichten des Menschen erlaubt die Aussetzung staatlicher Verpflichtungen *"in dem Umfang und für die Dauer, die streng auf die Erfordernisse der jeweiligen Situation beschränkt sind"*, um die es geht, und immer unter der Voraussetzung, dass sie mit internationalen Verpflichtungen vereinbar sind und keine Diskriminierung zur Folge haben. Corte IDH. Caso de las Penitenciarías de Mendoza vs. Argentina (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte. Fall der Strafanstalten von Mendoza gegen Argentinien), 14. Mai 2013, siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/resumen_260_esp.pdf; Caso Almonacid Arellano y otros vs. Chile (Fall Almonacid Arellano und andere gegen Chile), 26. September 2006, siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_154_esp.pdf; Opinión Consultiva (Beratende Stellungnahme) OC-20/09, 30. Mai 2022. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/opiniones/seriea_29_esp.pdf

[50] Audiencia ante la CIDH: Situación de derechos humanos y Estado de Derecho en El Salvador (Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR: Lage der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in El Salvador). 23. Juni 2022. Siehe: https://www.youtube.com/watch?v=ebcYa5TduaA&list=PL5QlapyOGhXuiOsUB4obHdP5V6v0G4f37&index=10.

[51] Comunicado conjunto. Mandatos especiales de Naciones Unidas: El Salvador: El prolongado régimen de excepción socava el derecho a un juicio justo (Gemeinsames Kommuniqué. UN-Sondermandate: El Salvador: Verlängerter Ausnahmezustand untergräbt das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren). 22. Mai 2023. Siehe: https://www.ohchr.org/es/press-releases/2023/05/el-salvador-extended-state-emergency-undermines-right-fair-trial-un-experts

[52] "El Salvador hat sich von der Mordhauptstadt der Welt und vom buchstäblich gefährlichsten Land der Welt zum sichersten Land Lateinamerikas entwickelt". Nayib Bukele, Rede bei der 78. UN-Generalversammlung. 19. September 2023. Siehe https://www.youtube.com/watch?v=tD5CoPJypwU

[53] Naciones Unidas. Türk: Los derechos humanos son un antídoto contra las políticas imperantes de distracción, engaño, indiferencia y represión (Vereinte Nationen. Türk: Die Menschenrechte sind ein Gegenmittel gegen die vorherrschende Politik der Ablenkung, Täuschung, Gleichgültigkeit und Unterdrückung). 11. September 2023. Siehe: https://www.ohchr.org/es/statements/2023/09/turk-human-rights-are-antidote-prevailing-politics-distraction-deception

[54] Comunicado de prensa. Siete meses del régimen de excepción: CIDH recuerda a El Salvador cumplir sus obligaciones de derechos humanos (Presseerklärung. Sieben Monate Notstandsregelung: Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR mahnt El Salvador zur Einhaltung seiner Menschenrechtsverpflichtungen). 11. November 2022. Siehe: https://www.oas.org/es/CIDH/jsForm/?File=/es/cidh/prensa/comunicados/2022/254.asp; Comunicado de prensa. CIDH llama a El Salvador a restablecer los derechos y garantías suspendidos hace un año por el régimen de excepción (Presseerklärung. Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR fordert El Salvador auf, die vor einem Jahr durch das Notstandsregime suspendierten Rechte und Garantien wiederherzustellen). 6. April 2023. Siehe: https://www.oas.org/es/CIDH/jsForm/?File=/es/cidh/prensa/comunicados/2023/058.asp

[55] Audiencia ante la CIDH: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador (Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR: Menschenrechte und Ausnahmezustände in El Salvador). 14. Juli 2023. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/sesiones/?S=187

a) Von der Krise zur Norm: Die Institutionalisierung des Notstandsregimes und die dauerhafte Aussetzung von Rechtsgarantien

Im Rahmen des Ausnahmezustands hat das Parlament 51[56] Rechtsverordnungen verabschiedet, von denen 24 die Straf- und Strafprozessordnung geändert oder neue Vorschriften geschaffen haben. Die meisten davon bleiben dauerhaft gültig. Begründet wurden die Änderungen mit dem Argument, dass die notwendigen Voraussetzungen für das Funktionieren des Ausnahmezustands geschaffen werden müssten, dass sie aber auch dann in Kraft bleiben werden, wenn die Maßnahme nicht mehr verlängert wird.[57]

Die meisten Reformen gehen auf Initiativen der Exekutive zurück und ihre Verabschiedung erfolgte ohne angemessene Debatte im Parlament und ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft.

> ***"In diesem Sinne wurde es als notwendig erachtet, permanente Reformen durchzuführen, die zum Kampf gegen diese terroristischen Gruppen beitragen, nicht nur in dieser Zeit des Notstands, sondern auch im weiteren Verlauf der Zeit."***
>
> Ständige Vertretung von El Salvador bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen. Antwort des salvadorianischen Staates auf die gemeinsame Mitteilung der Sonderverfahren der Vereinten Nationen über Anschuldigungen zu mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen oder das mögliche Risiko von Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Notstandsregelung und der Reformen der Strafgesetzgebung. 29. Juli 2022
> [Misión permanente de El Salvador ante las Naciones Unidas y otros organismos internacionales. Respuesta del Estado salvadoreño a la comunicación conjunta de los procedimientos especiales de Naciones Unidas, sobre alegaciones de presuntas violaciones de derechos humanos o el posible riesgo de ellas en el marco del régimen de excepción y reformas a la legislación penal. 29 de julio de 2022. Siehe: https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownLoadFile?gId=37045

Die Verabschiedung dieses neuen Rechtsrahmens auf Dauer ermöglicht die Aussetzung einer Reihe von Rechten und Rechtsgarantien, die nach internationalen Vorgaben unter keinen Umständen eingeschränkt werden dürfen, und verleiht ihnen den Anschein der Legalität. Zu den wichtigsten eingeführten Änderungen gehören:

- Die Verschleierung der Identität von Richtern, eine Maßnahme, die vom Interamerikanischen Gerichtshof in ähnlichen Zusammenhängen als Angriff auf faire Verfahren kritisiert wurde[58];
- Die automatische Anwendung der Präventivhaft auf Verbrechen, die mit Maras oder Banden in Verbindung stehen, unter Missachtung einer individuellen Analyse der Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit, die nach internationalen Standards für ihre Anwendung erforderlich ist;
- Die Abschaffung der zeitlichen Begrenzung der Untersuchungshaft bei Straftaten, die mit terroristischen oder illegalen Gruppen in Verbindung stehen, was ihre Anwendung auf unbestimmte Zeit ermöglicht und gegen das Recht auf ein Gerichtsverfahren oder die Freilassung innerhalb einer angemessenen Frist verstößt[59];
- Die Herabsetzung des Mindestalters, das nach internationalen Standards für die strafrechtliche Verfolgung von Kindern vorgesehen ist, von 14 Jahren auf 12 Jahre bei Straftaten im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität.[60]

---

[56] 24 Dekrete dienten der Reform oder der Schaffung neuer Vorschriften im Bereich des Strafrechts und des Strafverfahrens; weitere 21 dienten der Ausweitung der Notstandsregelung; und weitere 6 dienten der Änderung des Haushaltsgesetzes in den Bereichen Justiz, Sicherheit und Verteidigung, um den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen durch Ausnahmen von den regulären Verfahren und Anforderungen zu erleichtern, die das Gesetz für staatliche Anschaffungen vorschreibt.

[57] Die Reformen des Strafrechts und des Strafverfahrens wurden in drei Phasen verabschiedet: Zwischen März und April 2022, zwischen September und Oktober 2022 und zuletzt zwischen Juli und August 2023.

[58] Corte IDH. Tribunal Constitucional vs. Perú (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte. Verfassungsgericht gegen Peru), Urteil vom 31. Januar 2001, Serie C No. 7, https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_71_esp.pdf. Der Gerichtshof befand, dass der Einsatz von gesichtslosen Richtern in Peru für einen bestimmten Zeitraum nicht mit den gerichtlichen Garantien vereinbar ist, die für den Schutz der Rechte unerlässlich sind und die eingehalten werden müssen, um die ordnungsgemäße Verteidigung jeder einer Straftat angeklagten Person zu gewährleisten.

[59] Art. 14 Abs.3.c des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte: Recht, ohne unangemessene Verzögerung verurteilt zu werden. Siehe: https://www.ohchr.org/es/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rights. Art. 8 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention: Punkt 5 bekräftigt das Recht eines jeden, innerhalb einer angemessenen Frist verurteilt oder freigelassen zu werden. Siehe: https://www.oas.org/dil/esp/1969_Convenci%C3%B3n_Americana_sobre_Derechos_Humanos.pdf

[60] Ausschuss für die Rechte des Kindes. Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Allgemeine Bemerkung Nr. 24 (2019) zu den Rechten des Kindes in der Jugendgerichtsbarkeit: "Die Vertragsstaaten werden ermutigt ..., das Alter der Strafmündigkeit in ihren Ländern auf mindestens 14 Jahre anzuheben ... Der Ausschuss lobt die Vertragsstaaten, die ein höheres Mindestalter für die strafrechtliche Verantwortlichkeit haben, zum Beispiel 15 oder 16 Jahre, und fordert die Vertragsstaaten nachdrücklich auf, es unter keinen Umständen zu senken, in Übereinstimmung mit Artikel 41 des Übereinkommens." Siehe: https://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=6QkG1d%2FPPRiCAqhKb7yhsqIkirKQZLK2M58RF%2F5F0vEnG3QGKUxFivhToQfjGxYjmWL8OqYmwD2mk%2FKowHzmkHuJ3%2FQZS%2B1wgzz9gVS3MnqbvAwhiT8CT%2B634KtpF8yd

Die Reformen berühren auch die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, der Verhältnismäßigkeit der Strafe und der Öffentlichkeit des Prozesses und gefährden grundlegende Garantien wie die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz.

Die Schutzlosigkeit von Personen, die auf der Grundlage dieses neuen Rechtsrahmens inhaftiert und strafrechtlich verfolgt werden, wird durch folgende Faktoren verschärft:

- Überlastung zahlreicher mit der Rechtspflege verbundener Einrichtungen,
- Schwächung der Unabhängigkeit der Justiz,
- Missbrauch des Strafverfahrens
- Ineffizienz der Rechenschaftspflicht und der Ermittlungsmechanismen angesichts des Missbrauchs und der Willkür staatlicher Akteure.

> ***"Ich wurde plötzlich und gewaltsam von Polizeibeamten in meiner Wohnung verhaftet. Ich erinnere mich, dass mir damals niemand den Grund für meine Verhaftung nannte. Sie brachten mich zu einer Polizeistation und versicherten mir, dass sie mir nur ein paar Fragen stellen würden. Als wir dort ankamen, beschlagnahmten sie mein Mobiltelefon und steckten mich mit 15 anderen Frauen in eine Zelle. Als ich fragte, was man mir vorwarf, sagte mir eine der Frauen: ‚Wir sind alle wegen illegaler Gruppen hier, das heißt, weil wir angeblich Bandenmitglieder sind'.***
>
> ***Von diesem Moment an konnte ich nicht mehr mit meiner Familie kommunizieren, die, wie ich später erfuhr, wochenlang versuchte herauszufinden, wo ich war.***
>
> ***Fast zwei Wochen später wurde ich zu einer virtuellen Anhörung gebracht, bei der ich zusammen mit 300 anderen Personen vor Gericht stand. Zu keinem Zeitpunkt, weder vor noch während der Anhörung, hatte ich Zugang zu dem Pflichtverteidiger, den mir die ‚Procu' [Generalstaatsanwaltschaft der Republik] zugewiesen hatte. In der Verhandlung hatte ich keine Gelegenheit zu sprechen, ich habe das Gesicht des Richters nie gesehen. Alles ging sehr schnell. Ich war schockiert, als sie mir sagten, dass wir alle sechs Monate lang inhaftiert würden, weil wir angeblich Teil einer Bandenstruktur waren. Das ergab keinen Sinn! Ich hatte noch nie die Gesichter dieser Leute gesehen, und jetzt sagte der Richter, dass ich mit ihnen zusammen Verbrechen begangen hätte."***
>
> Johanna*, eine Frau, die willkürlich von Polizeibeamten festgenommen wurde und der Ende 2022 nach fünf Monaten Haftersatz zur Untersuchungshaft gewährt wurde. Sie wurde im Februar 2023 von Amnesty International befragt.

Während des Ausnahmezustands sind Tausende von ungerechten Fällen wie der von Johanna* aufgetreten. Die Behörden selbst haben diese Missbräuche zugegeben und sie als "Fehlerquote" bezeichnet.[61] Am alarmierendsten ist jedoch die Legalisierung von staatlichem Verhalten, das die Menschenrechte verletzt. Selbst wenn das Parlament beschließt, den Ausnahmezustand nicht zu verlängern, besteht die Gefahr einer wachsenden Menschenrechtskrise, wenn diese Reformen, die die Rechtsgarantien und ein ordnungsgemäßes Verfahren untergraben, nicht rückgängig gemacht werden.

In diesem Zusammenhang haben sich mehrere internationale Menschenrechtsorganismen dazu geäußert und den salvadorianischen Staat aufgefordert, seiner Verpflichtung nachzukommen, seine

[61] Gato Encerrado. "En toda guerra hay víctimas inocentes…Hay un margen de error natural". Vicepresidente Ulloa al referirse a la captura de inocentes bajo el régimen de excepción (Online-Magazin Gato Encerrado. "In jedem Krieg gibt es unschuldige Opfer… Es gibt einen natürlichen Spielraum für Fehler. Vizepräsident Ulloa über über die Gefangennahme von Unschuldigen unter dem Notstandsregime). 15. August 2022. Siehe: https://gatoencerrado. news/2022/08/15/ulloa-justifica-los-atropellos-a-los-derechos-humanos-en-el-regimen-de-excepcion/

innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit den internationalen Menschenrechtsstandards in Einklang zu bringen.[62]

[62] Mandatos especiales de Naciones Unidas. Comunicación al presidente Bukele en la que exponen diversas preocupaciones con relación al marco del régimen de excepción, entre las que incluyen las reformas a las leyes penales (UN-Sonderberichterstatter. Brief an Präsident Bukele, in dem sie verschiedene Besorgnisse in Bezug auf den Ausnahmezustand äußern, zu denen auch die Strafrechtsreformen gehören). 1. Juni 2022. Siehe: https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownLoadPublicCommunicationFile?gId=27299
Mandatos especiales de Naciones Unidas. El prolongado estado de excepción, junto con la legislación que permite una mayor vigilancia, un enjuiciamiento más amplio y una determinación más rápida de la culpabilidad y de la sentencia, conllevan el riesgo de violaciones masivas del derecho a un juicio justo (UN-Sonderberichterstatter. Der anhaltende Ausnahmezustand in Verbindung mit Gesetzen, die eine verstärkte Überwachung, eine umfassendere Strafverfolgung und eine schnellere Feststellung der Schuld und Verurteilung ermöglichen, birgt die Gefahr massiver Verstöße gegen das Recht auf ein faires Verfahren). 22. Mai 2023. Siehe: https://www.ohchr.org/es/press-releases/2023/05/el-salvador-extended-state-emergency-undermines-right-fair-trial-un-experts

3.3. HÄUFIGE MUSTER VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

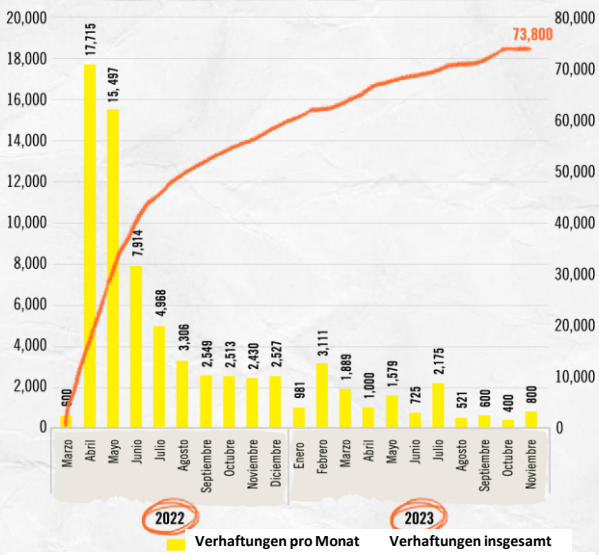
Die langanhaltende Anwendung des Ausnahmezustands sowie die dauerhaften und regressiven Gesetzesreformen im Bereich der Menschenrechte haben in El Salvador eine alarmierende Krise ausgelöst. Lokale Organisationen haben Tausende von Übergriffen und Verstößen durch die Behörden angeprangert.[63]

In 21 Monaten hat Amnesty International 62 Fälle dokumentiert und dabei wiederkehrende Muster von Verstößen in den Abläufen von Verhaftung, Strafprozess und Inhaftierung der Opfer festgestellt. Zu diesen Verstößen gehören willkürliche Massenverhaftungen, der Einsatz von Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung von Personen in Haftanstalten sowie erzwungenes Verschwindenlassen von Personen und Todesfälle in staatlichem Gewahrsam.

Diese Feststellungen decken sich mit Berichten lokaler als auch internationaler Menschenrechtsorganisa-tionen, die vor einer allmählichen Ablösung der Bandengewalt durch staatliche Gewalt warnen, deren Hauptopfer nach wie vor Menschen aus marginalisierten Gemeinschaften sind, die bereits durch Kriminalität und extreme Armut gefährdet sind.[64]

a) Willkürliche Massenverhaftungen

Tabelle 3: Verhaftungen während des Ausnahmezustands



Eigene Ausarbeitung auf der Grundlage der in den Regierungsdekreten enthaltenen Daten über die Verlängerung des Ausnahmezustands.

Das erste Muster in der Reihe der vom Ausnahmezustand geförderten Missbräuche und Übergriffe ist die willkürliche Verhaftung. Sie ist gekennzeichnet durch das Fehlen eines behördlichen oder gerichtlichen Haftbefehls, das Fehlen von konkreten Tatbeständen und das Fehlen von Informationen über die Gründe für die Verhaftung. Bis heute wurden mehr als 73.000 "Festnahmen" (die Bezeichnung der Regierung für Inhaftierungen) registriert (Abbildung 3).

Im Juni 2022 gab der Minister für Justiz und öffentliche Sicherheit, Gustavo Villatoro, bekannt, dass geplant sei, 80.000 Menschen gefangen zu nehmen.[65]

Die Situation der Schutzlosigkeit von Personen hat sich durch die Verlängerung der Frist für die Verwaltungshaft von 72 Stunden auf 15 Tage noch verschärft.

Die meisten Personen wurden bei Razzien verhaftet, bei denen das Hauptziel der Operation anscheinend darin bestand, "Gefangene" zu machen, vor allem in den ersten Monaten der Einführung des Ausnahmezustands (Abbildung 3).

[63] Bis Oktober 2023 haben lokale Menschenrechtsorganisationen wie Amate, Red Salvadoreña de Defensoras de Derecho Humanos, Instituto de Derechos Humanos de la UCA (IDHUCA), Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho (FESPAD), Servicio Social Pasionista (SSPAS), Azul Originario (AZO) und Cristosal die Fälle von 5.490 Opfern von Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Der größte Teil betraf willkürliche Verhaftungen (5.200).

[64] Cristosal: Un año bajo el régimen de excepción: una medida permanente de represión y de violaciones a los derechos humanos (Cristosal: Ein Jahr Ausnahmezustand: Eine dauerhafte Maßnahme der Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen). Mai 2023. Siehe https://cristosal.org/ES/informe-un-ano-bajo-el-regimen-de-excepcion-una-medida-permanente-de-represion-y-de-violaciones-a-los-derechos-humanos/

[65] Declaraciones del Ministro de Justicia y Seguridad Pública (Erklärungen des Ministers für Justiz und öffentliche Sicherheit). 17. Juni 2022. Siehe: https://twitter.com/PNCSV/status/1537600914172821510?s=20

In mindestens fünf der von Amnesty International dokumentierten Fälle gaben die Betroffenen an, dass die Beamten, die sie festgenommen haben, ihnen gegenüber zugegeben haben, dass sie wussten, dass es keine Vorstrafen oder andere Gründe für ihre Festnahme gab, dass ihnen aber befohlen worden war, eine tägliche Quote zu erfüllen.

"Als sie meinen DUI [Ausweisdokument, Anm.d.Ü.] forderten, fragte einer der Polizisten über das Funkgerät meine Vorstrafen ab und ich hörte deutlich, dass sie ihm sagten: 'Sie ist sauber'. Aber der Polizist sagte mir trotzdem, dass ich mit ihm gehen müsse. Auf dem Weg sagte er mir, ich solle mir keine Sorgen machen, da ich nicht vorbestraft sei, würde ich höchstens 15 Tage festgehalten werden; aber er könne die Verhaftung nicht beenden, weil sie eine tägliche Quote zu erfüllen hätten [...] Letztendlich verbrachte ich sieben Monate in Haft".
Julia* war willkürlich verhaftet und wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Vereinigung angeklagt worden. Sie lebt derzeit im Rahmen von Alternativen zur Untersuchungshaft in Freiheit.
Interview mit Amnesty International im Februar 2023.

Andere Personen wurden willkürlich inhaftiert, weil sie von einer dritten Person - in der Regel anonym - beschuldigt worden waren, mit einer Bande in Verbindung zu stehen, wobei den Denunziant*innen möglicherweise eine finanzielle Entschädigung gezahlt wurde.[66]

Für die Organisationen der Zivilgesellschaft sind anonyme Anzeigen in einem Kontext mit starken sozialen Konflikten und einem geschwächten Zusammenhalt der Gemeinschaft sehr besorgniserregend. Infolgedessen ist das Risiko falscher, durch persönliche Racheakte motivierter Anschuldigungen hoch, umso mehr in einem Kontext mit schwachen rechtlichen Garantien.

> ***"Heute regeln die Leute in El Salvador ihre Streitigkeiten so, dass sie anonym anrufen und sich gegenseitig beschuldigen, Bandenmitglieder oder Kollaborateur*innen zu sein [...] Wenn dich jemand nicht mag, drohen sie dir und sagen: 'Ich werde anrufen und dich dem Regime ausliefern' [...] Und da die Polizei nicht einmal ermittelt, gibt es keine Kontrollen, das reicht [...].***
>
> ***Die Leute, die dich kennen, ziehen es vor, nichts zu sagen, um nicht in Schwierigkeiten zu geraten, also mischen sie sich nicht ein. Und so bist du eines Tages dazu verdammt, im Gefängnis die Hölle zu durchleben und einen Makel [im Strafregister] zu bekommen, nur weil jemand neidisch auf dich war oder dich nicht mochte und eine Lüge erfunden hat. Eine Lüge, die den Rest meines Lebens verändert hat".***
>
> Carlos*, ein Mann, der im April 2022 willkürlich wegen illegaler Vereinigung inhaftiert wurde und dem nach sieben Monaten Untersuchungshaft alternative Maßnahmen bis zum Abschluss seines Verfahrens gewährt wurden. Interview mit Amnesty International im Juli 2023.

[66] Presidencia de El Salvador: El Gobierno pone a disposición de la ciudadanía el número de teléfono 123 para dar información de forma confidencial sobre el accionar de grupos criminales (Präsidialamt von El Salvador: Die Regierung stellt der Öffentlichkeit die Telefonnummer 123 zur Verfügung, um vertrauliche Informationen über die Aktivitäten krimineller Gruppen zu erhalten). 14. Mai n2022. Siehe: https://www.presidencia.gob.sv/el-gobierno-pone-a-disposicion-de-la-ciudadania-el-numero-de-telefono-123-para-dar-informacion-de-forma-confidencial-sobre-el-accionar-de-grupos-criminales/

Die meisten der in diesem Kontext inhaftierten Personen stehen unter Anklage wegen der Mitgliedschaft in illegalen Vereinigungen und befinden sich in Untersuchungshaft. Dies ist auf eine Gesetzesreform zurückzuführen, die die Möglichkeit ausschließt, in Fällen, die mit Bandenaktivitäten und -mitgliedschaft zusammenhängen, alternative Maßnahmen zur Inhaftierung zu gewähren.[67]

Seit Ende 2022 jedoch registrieren zivilgesellschaftliche Organisationen und die Medien die Freilassung von Personen im Rahmen alternativer Maßnahmen zur Untersuchungshaft. Im Januar 2023 meldeten die Behörden mehr als 3.000 "entlassene" Personen[68], und im August lag die offizielle Zahl bei rund 7.000.[69]

> ***"Nach fünf Monaten im Gefängnis holte mich eine Wärterin aus meiner Zelle und sagte mir: 'Heute werden Sie entlassen. Ihr Brief ist schon angekommen". Ich war überrascht, denn nach jener Anhörung habe ich den Anwalt nie wieder gesehen und ich wurde auch nicht zu einer weiteren Anhörung geholt. Vor ein paar Tagen rief der Anwalt der ‚Procu' meinen Vater an, um ihn um neue Unterlagen zu bitten, und sagte ihm, dass er versuchen wolle, eine Anhörung zugunsten von Alternativen zur Haft zu beantragen. Ich kann mir vorstellen, dass der Mann erschrak, als mein Vater ihm sagte, dass ich bereits zuhause war.***
>
> ***Bis heute weiß ich nicht, warum sie mich eingesperrt oder wieder rausgelassen haben. Die ganze Sache ist ein großes Durcheinander und ich hatte das Pech, darin verwickelt zu werden. Ich habe meinen Job verloren, mein (polizeiliches) Führungszeugnis wurde besudelt, alle 15 Tage muss ich zum Gericht, um mich zu melden, und die Wahrheit ist, dass ich nicht weiß, was in Zukunft mit mir geschehen wird. Ich weiß nicht, ob ich nach dieser Sache noch eine Zukunft habe. Ich würde gerne glauben, dass ich am Ende des Prozesses meine Freiheit wiedererlangen werde, aber das ist immer noch ungewiss."***
>
> Elisa*, eine Frau, die willkürlich von Polizeibeamten festgenommen wurde und der Ende 2022 nach fünf Monaten Haft Alternativen zur Untersuchungshaft gewährt wurden. Interview mit Amnesty International im Februar 2023.

In diesem Zusammenhang ist der Hinweis wichtig, dass die Art und Weise, in der die Behörden öffentliche Erklärungen zur rechtlichen Situation dieser Personen abgeben, nicht korrekt ist. Sie erwähnen nicht, dass viele von ihnen immer noch einem Gerichtsverfahren unterworfen sind, in dem sie nicht alle Garantien eines fairen Prozesses genießen. Das bedeutet voraussichtlich, dass sie in Massenprozessen vor Gericht gestellt werden, die eine effektive Verteidigungstechnik[70] verhindern, neben anderen Aspekten, die sie letztendlich einem größeren Risiko aussetzen, nicht endgültig freigesprochen zu werden.

Eine journalistische Untersuchung ergab, dass bis zum Juli 2023 von der Gesamtzahl der Personen, die unter dem Ausnahmezustand verhaftet und dann "freigelassen" worden waren, gegen 85% ein Strafverfahren eingeleitet worden war und sie unter Ersatzmaßnahmen zur Haft standen, während sie auf ihren Prozess warteten.[71]

---

[67] Reforma al Código Procesal Penal: Sustitúyese el inciso segundo del Artículo 331. Decreto Legislativo No 339 (Reform der Strafprozessordnung: Ersetzung des zweiten Absatzes von Artikel 331. Gesetzesdekret Nr. 339). 30. März 2022. Siehe https://www.asamblea.gob.sv/sites/default/files/documents/correspondencia/4DEC1DF3-210B-4B3A-8364-9F22E1C2FE91.pdf

[68] Voz de América. El 5 % de los detenidos en el régimen de excepción ha sido puesto en libertad (Voz de América. 5 % der unter dem Notstandsregime Inhaftierten wurden freigelassen). 4. Januar 2023. Siehe: https://www.vozdeamerica.com/a/detenidos-el-salvador-regimen-de-excepcion-/6904278.html

[69] "Bis heute sind etwas mehr als 7.000 Personen freigelassen worden... Das bedeutet, dass das Justizsystem funktioniert." Erklärungen des Ministers für Justiz und Sicherheit, in denen er auf die Zahl der Personen verweist, denen Alternativen zur Untersuchungshaft gewährt wurden, nachdem sie Opfer willkürlicher Verhaftungen geworden waren und zum Teil mehr als ein Jahr inhaftiert waren. Siehe: https://twitter.com/dialogo21/status/1693980751161639369?s=12&t=MsX97OvhNNW0VpbKJM3r4Q, 22. August 2023

[70] LPG. Cada abogado público atiende a 219 personas capturadas en el régimen de excepción en El Salvador (La Prensa Gráfica LPG. Jeder Staatsanwalt betreut 219 Personen, die im Rahmen der Ausnahmeregelung in El Salvador festgenommen wurden). 22. Oktober 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Cada-abogado-atiende-a-219-personas-capturadas-en-el-regimende-excepcion-en-El-Salvador-20231020-0074.html

[71] LPG. La mayoría de los liberados durante el régimen de excepción en El Salvador siguen procesados (La Prensa Gráfica LPG. Die meisten der während des Notstandsregimes in El Salvador freigelassenen Personen werden noch immer strafrechtlich verfolgt). 23. Oktober 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/La-mayoria-de-los-liberados-durante-el-regimen-de-excepcion-en-El-Salvador-siguenprocesados-20231023-0017.html

Amnesty International befragte 28 Personen, denen von den Behörden nach durchschnittlich sieben Monaten Untersuchungshaft alternative Maßnahmen zugestanden worden waren. Alle sagten, sie wüssten nicht, wie sie dieses Privileg erhalten hätten, und äußerten die Befürchtung, "erneut verhaftet" oder am Ende des Verfahrens verurteilt zu werden, obwohl sie nie Verbindungen zu Banden hatten oder in irgendeiner Weise vorbestraft waren.[72]

> ***"Ich lebe in der Panik, dass ich wieder gefangen genommen werden könnte, weil ich jetzt schon ein Vorstrafenregister habe [...] Weil ich gefangen genommen wurde, als ich keine Schuld hatte, bin ich jetzt jedes Mal, wenn ich mein Haus verlasse und einen Polizisten oder einen Soldaten sehe, wie gelähmt [...] Ich habe wenig Informationen darüber, was als nächstes kommt, weil der Anwalt von der Generalstaatsanwaltschaft mir keine Informationen gibt [...].***
>
> ***Das alles hat mich auf verschiedene Weise beeinträchtigt. Ich habe meinen Job verloren, mein Gesundheitszustand hat sich aufgrund der Dinge, die ich im Gefängnis erlitten habe, sehr verschlechtert, und jetzt wegen dem Stress, nicht zu wissen, ob ich wieder ins Gefängnis muss. Ich möchte nicht in diese Hölle zurückkehren und meine Kinder für etwas allein zurücklassen, das ich nie getan habe".***
>
> Carmen*, eine Frau, die willkürlich von Polizeibeamten festgenommen wurde und der im Januar 2023 nach acht Monaten Haft Alternativen zur Untersuchungshaft gewährt wurden. Interview mit Amnesty International im Februar 2023.

Auf der Grundlage der von diesen Personen vorgelegten Unterlagen umfassen die alternativen Maßnahmen zur Untersuchungshaft die Verpflichtung, sich alle 15 Tage bei dem Gericht, bei dem das Verfahren anhängig ist, zu melden, das Verbot, das Land zu verlassen und den Wohnsitz zu wechseln, sowie das Verbot, mit terroristischen Gruppen zu kommunizieren, sich zusammenzuschließen oder ihnen anzugehören.

Nach Angaben von Organisationen der Zivilgesellschaft wurden viele der betroffenen Personen einem Lügendetektortest unterzogen oder konnten eine hinreichende Bindung nachweisen, woraufhin der Richter die alternative Maßnahme zu einer Haftstrafe gewährte. In der Realität gibt es jedoch nur wenige Informationen über die Kriterien, die die Behörden für die Gewährung der Maßnahme für entscheidend halten.[73]

Eine journalistische Untersuchung ergab sogar, dass die Behörden alternative Maßnahmen zur Untersuchungshaft für Personen angeordnet hatten, die bereits vor der Einführung des Notstandsregimes von Ermittlungseinheiten der Nationalen Zivilpolizei (PNC) als Bandenmitglieder eingestuft worden waren.

Dies zeigt, dass die Behörden sowohl bei der Verhaftung als auch bei der Anordnung alternativer Maßnahmen willkürlich vorgegangen sind und sich vom Grundsatz der Rechtmäßigkeit entfernt haben, was im Widerspruch zu internationalen Instrumenten wie der Amerikanischen Menschenrechtskonvention ACHR und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ICCPR steht. Darüberhinaus lässt dies ein ungewisses Szenario hinsichtlich des Verhaltens der Behörden in den übrigen Verfahrensabschnitten vorhersehen, mit denen diese Personen konfrontiert sein werden. All dies stellt das Recht auf ein faires Verfahren grundlegend in Frage.

---

[72] Laut einer journalistischen Untersuchung wurden 69% der Personen, die bis Juli 2023 von den Behörden Alternativen zur Untersuchungshaft erhalten hatten, nie als Bandenmitglieder oder mit Bandenverbindungen in Verbindung gebracht. LPG. Presuntos sicarios y jefes de pandillas entre liberados por el régimen de excepción en El Salvador (La Prensa Gráfica LPG. Mutmaßliche Auftragskiller und Bandenführer unter den von El Salvadors Notstandsregime freigelassenen Personen). 23. Oktober 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Presuntos-sicarios-y-jefes-depandillas-entre-liberados-por-el-regimen-de-excepcion-en-El-Salvador-20231023-0016.html

[73] Cristosal: Un año bajo el régimen de excepción: una medida permanente de represión y de violaciones a los derechos humanos (Cristosal: Ein Jahr Ausnahmezustand: eine dauerhafte Maßnahme der Unterdrückung und der Menschenrechtsverletzungen). Mai 2023. Siehe https://cristosal.org/ES/informe-un-ano-bajo-el-regimen-de-excepcion-una-medida-permanente-de-represion-y-de-violaciones-a-los-derechos-humanos/

b) Auswirkungen auf Menschen und Gemeinschaften in Armut und Marginalisierung

Laut den Zeugenaussagen, die bei lokalen Organisationen eingegangen sind, und den von Amnesty International dokumentierten Fällen könnten viele der mehr als 73.000 willkürlichen Verhaftungen durch Diskriminierung motiviert worden sein, wie z. B. Tätowierungen zu haben, mit einem Bandenmitglied verwandt zu sein, Vorstrafen irgendeiner Art zu haben oder einfach in einem Wohnviertel mit einem hohen Maß an Marginalisierung und staatlicher Vernachlässigung zu leben.

Bei der Analyse der Datenbanken dreier lokaler Menschenrechtsorganisationen[74] hat Amnesty International festgestellt, dass die Mehrzahl der behandelten Fälle, die mit willkürlichen Verhaftungen zusammenhängen, drei sozioökonomische Merkmale aufweisen: ein niedriges Bildungsniveau, eine prekäre Beschäftigung und einen Wohnsitz in Gebieten, die durch Armut oder Bandenkontrolle verfemt[75] sind (Abbildungen 4, 5 und 6)[76]. Diese Ergebnisse zeigen, wie unverhältnismäßig stark diese Verhaftungen Menschen in Situationen wirtschaftlicher Ausgrenzung und Prekarität trifft.[77]

Tabelle 4: Bildungsniveau der Opfer

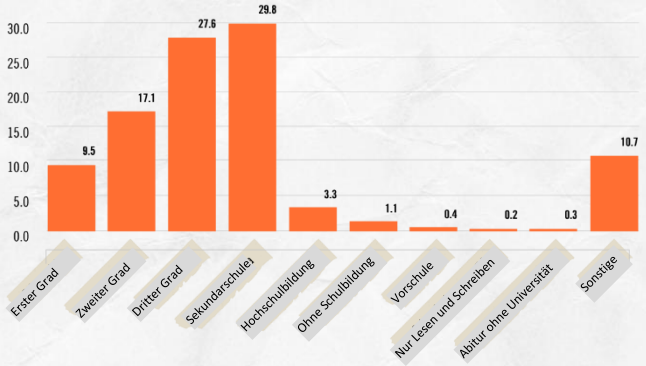


Tabelle 5: Beschäftigung oder Berufe der Opfer

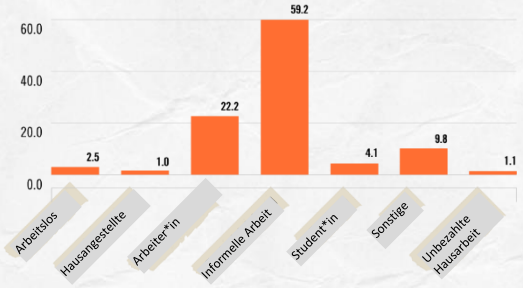
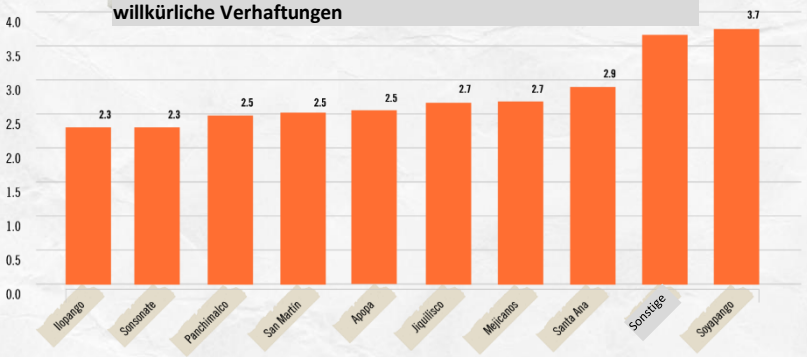


Tabelle 6: Die 10 Gemeinden mit den häufigsten Anzeigen über willkürliche Verhaftungen



*Eigene Ausarbeitung mit Hilfe von Informationen aus Datenbanken von Organisationen der Zivilgesellschaft

---

[74] Die konsultierten Datenbanken gehören zu Cristosal, dem Menschenrechtsinstitut der UCA (IDHUCA) und dem Servicio Social Pasionista (SSPAS). Die Analyse wurde zwischen Ende März 2022 und Ende August 2023 durchgeführt.

[75] Neun der zehn Gemeinden mit den höchsten Zahlen von Anzeigen über willkürliche "Festnahmen" (Inhaftierungen), die in den Datenbanken der befragten Organisationen registriert sind, fallen mit den Gemeinden zusammen, denen die verschiedenen Regierungen in den ersten Phasen ihrer Pläne für die öffentliche Sicherheit Priorität eingeräumt haben. Siehe: https://twitter.com/raudaz_/status/1141813792696950784?s=20 , 20. Juni 2019

[76] Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die bei den Organisationen der Zivilgesellschaft eingegangenen Beschwerden nur einen kleinen Ausschnitt des Ausmaßes der Krise darstellen, und zwar im Wesentlichen aus zwei Gründen: 1) ihre Büros befinden sich in San Salvador und die Mehrheit der Bevölkerung im Landesinneren weiß nichts von ihrer Existenz oder hat Schwierigkeiten, dorthin zu gelangen; und 2) die Kapazität der Organisationen selbst, die in der letzten Zeit Schwierigkeiten hatten, auf die Fülle der Beschwerden zu reagieren.

[77] Comité de Derechos Económicos, Sociales y Culturales (Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte): "Armut kann als ein menschlicher Zustand definiert werden, der durch einen anhaltenden oder chronischen Mangel an Ressourcen, Fähigkeiten, Wahlmöglichkeiten, Sicherheit und Macht gekennzeichnet ist, die für den Genuss eines angemessenen Lebensstandards und anderer bürgerlicher, kultureller, wirtschaftlicher, politischer und sozialer Rechte erforderlich sind." In: Cuestiones sustantivas que se plantean en la Aplicación del Pacto Internacional de Derechos Económicos, Sociales y Culturales: La Pobreza y el Pacto Internacional de Derechos Económicos, Sociales y Culturales. Declaración aprobada por el Comité de Derechos Económicos, Sociales y Culturales (Wesentliche Fragen, die sich bei der Umsetzung des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte stellen: Armut und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Vom Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte angenommene Erklärung) E/C.12/2001/10, Absatz 8. Siehe: https://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=4sIQ6QSmlBEDzFEovLCuW1AVC1NkPsgUedPlF1vfPMJt%2FYsEtrcMsxdSJScnnOy721MaDtij0x2Lks3cVYVkfa%2BeLCUcro1zNyI4YUIZ41iT3pAsT4jcbcVnsrcAwGW3

Amnesty erfuhr auch von dem Fall von Víctor Barahona[78], einem Gemeindevorsteher und Journalisten, der willkürlich in seinem Haus in der Gemeinde Valle del Sol, Gemeinde Apopa, festgenommen worden war.[79] Die Festnahme erfolgte während einer Polizeiaktion, die als "Sicheres Haus"[80] bekannt ist, eine gängige Praxis in Gebieten, die durch die starke Präsenz und Aktivität von Banden bekannt sind.

Aus den Datenbanken der konsultierten Organisationen der Zivilgesellschaft geht hervor, dass Apopa landesweit die sechsthöchste Anzahl willkürlicher Verhaftungen von allen Gemeinden in El Salvador meldet.

Während seiner Verhaftung präsentierte Herr Barahona seinen Journalistenausweis und stellte die Gründe für seine Verhaftung in Frage.

"Ich fragte sie, warum sie mich mitnehmen würden. Ich habe keine Vorstrafen, ich lebe allein, die Tätowierung auf meinem Arm ist eine Rose, die jetzt verblasst ist. Ich war mehrere Jahre lang Sport- und Gemeindeleiter und ich denke auch, dass ich einen Beruf ausgeübt habe, der mit sozialer Arbeit zu tun hat.

Aber sie legten mir einfach Handschellen an und sagten mir: "Sie sind wegen des Ausnahmezustands verhaftet". Da habe ich mir das Schlimmste vorgestellt [...] Ich bin mir nicht sicher, warum sie mich mitgenommen haben. Ich denke, es könnte an meiner Arbeit als Journalist gelegen haben, denn meine Sendungen waren kritisch gegenüber der Regierungspolitik. Es könnte aber auch an meiner Rolle als Gemeindevorsteher, als Friedensstifter liegen [...] Sicher ist, dass das Leben in diesen Gebieten immer mit einem Brandmal behaftet war".[81]

> **"Menschen, die in Armut leben, sind oft sowohl institutionellen als auch individuellen Risiken von Gewalt und Bedrohungen ihrer körperlichen Unversehrtheit durch staatliche und private Akteur*innen ausgesetzt, die sie in ständiger Angst und Unsicherheit leben lassen (...) Strafverfolgungsbehörden handeln oft mit Vorurteilen und zielen absichtlich auf sie ab".**
>
> Consejo de Derechos Humanos. Principios Rectores sobre la extrema pobreza y los derechos humanos (Menschenrechtsrat. Leitprinzipien zu extremer Armut und Menschenrechten). A/ HRC/21/39. 18. Juli 2012. Siehe: https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G12/154/63/PDF/G1215463.pdf?OpenElement

Andererseits kann den gesammelten Zeugenaussagen und den Informationen lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen entnommen werden, dass sich durch die Inhaftierung nicht nur die Lebensbedingungen der inhaftierten Personen, sondern auch die ihrer Familien verschlechtert haben, insbesondere ihre sozioökonomische Lage, wodurch sie in vielen Fällen einer erneuten Viktimisierung ausgesetzt sind.

Viele Familien sehen sich nach der Inhaftierung des Hauptverdieners mit steigenden Kosten für die Verteidigung ihrer Angehörigen und deren Wohlergehen in der Haft konfrontiert, was ihre wirtschaftliche Lage noch verschlimmert. Anhand von dokumentierten Fällen und Informationen von Organisationen und den Medien konnten die Auswirkungen dieser Situation auf die Lage von Kindern und Frauen überprüft werden, deren Verschlechterung sich in einer Zunahme von Kinderarbeit,

---

[78] Víctor Barahona wurde im Rahmen alternativer Maßnahmen zur Untersuchungshaft freigelassen, nachdem er fast ein Jahr im Gefängnis verbracht hatte und Opfer einer grausamen und unmenschlichen Behandlung geworden war, die seine Gesundheit so stark beeinträchtigte, dass sein Leben in Gefahr war. Nach seiner Freilassung prangerte er mit Unterstützung der Journalistenvereinigung von El Salvador (APES) die Menschenrechtsverletzungen an, denen er ausgesetzt war.
Infolge der medialen Aufmerksamkeit für seinen Fall erhielt er in den sozialen Netzwerken Drohungen und verunglimpfende Nachrichten, die ihn mit Banden in Verbindung brachten. Die Justizbehörden haben ihm untersagt, sich öffentlich über das Gerichtsverfahren zu äußern, und ihn darauf hingewiesen, dass sein Fall, wie alle anderen, die im Zusammenhang mit der Verhaftung im Rahmen des Notstandsregimes wegen Verbrechen ungesetzlicher Gruppierungen stehen, unter Vorbehalt steht. El Faro. Víctor Barahona: "Los Chacales llegaban a la celda y daban unas tundas horribles" (El Faro. Víctor Barahona: "Die Schakale kamen in die Zelle und schlugen schrecklich zu") 15. August 2023. Siehe: https://especiales.elfaro.net/es/testimonios/audios/26984/victorbarahona-los-chacales-llegaban-a-la-celda-y-daban-unas-tundas-horribles, 15. August 2023

[79] Während des Waffenstillstandsprozesses, den die Regierung von Mauricio Funes (2009-2014) mit den Banden führte, ergriffen viele lokale Behörden und Gemeindevorsteher in den von diesen kriminellen Strukturen belagerten Gebieten Maßnahmen, um den Dialog mit diesen Akteuren zu erleichtern und die Bedingungen für Koexistenz und Sicherheit zu verbessern. Das Valle del Sol war eine solche Gemeinde. El Faro. Cero homicidios en la Valle del Sol desde que inició la tregua(El Faro. Keine Tötungsdelikte im Valle del Sol seit Beginn des Waffenstillstands). 15. Juli 2023. Siehe: https://elfaro.net/es/201307/noticias/12688/Cero-homicidios-en-la-Valle-del-Sol-desde-queinici%25C3%25B3-la-tregua.htm

[80] „Sicheres Haus" ist eine Praxis, die von gemeinsamen Einsatzkräften aus Mitgliedern der Polizei PNC und der Streitkräfte FAES durchgeführt wird. Sie besteht aus Hausdurchsuchungen, um die Rechtmäßigkeit der Bewohnung und der Nutzung der Häuser zu überprüfen und Personen mit ausstehenden Haftbefehlen zu identifizieren. Aus journalistischen Aufzeichnungen geht hervor, dass diese Praxis seit 2014 vor allem in Gebieten durchgeführt wird, die in den Sicherheitsplänen aufgrund der starken Präsenz von Banden als vorrangig eingestuft werden.

[81] Víctor Barahona, in einem Interview mit Amnesty International. Juni 2023.

Schulabbruch und psychischen Problemen[82] manifestiert hat. Lokale Organisationen berichteten auch über Zwangsumsiedlungen[83], die Auflösung von Familien und eine Überlastung der Frauen mit Betreuungspflichten.[84]

> ***"Seit [die Polizei] mir meinen Mann grundlos weggenommen hat, hat sich alles zum Schlechten verändert. Zu zweit haben wir den Haushalt bestritten, aber jetzt, ohne ihn, ist alles schwieriger geworden. Mit fünf Kindern, Essen und Miete ist alles schwerer. Dazu kommt noch das Paket, das ich ihm jeden Monat im Gefängnis vorbeibringen muss, was mich etwa 75 US-Dollar kostet, und das ganz allein! Das geht für mich nicht.***
>
> ***Meine älteste Tochter hat Nierenprobleme und braucht teure Medikamente, die ich mir nicht mehr leisten kann. Die elf und neun Jahre alten Kinder haben die Schule verlassen, um zu arbeiten und mir zu helfen. Der kleine Junge, der erst zwei Jahre alt ist, fragt mich jeden Tag nach seinem Vater. Es bricht mir das Herz, meine Kinder arbeiten zu sehen, wenn sie eigentlich spielen oder lernen sollten. Ich weiß nicht viel über Gesetze und so, aber ich weiß, dass das nicht richtig ist. Alles, worum ich bitte, ist, dass Sie uns helfen und meinen Mann freilassen".***
>
> Marta*, eine Frau, deren Lebensgefährte im Juni 2022 willkürlich verhaftet wurde. Interview mit Amnesty International im Februar 2023.

Darüber hinaus ist nicht bekannt, ob der Staat Wiedergutmachungsverfahren[85] für willkürlich inhaftierte Personen vorsieht, die nach Abschluss ihres Strafverfahrens freigelassen werden. Dabei muss bedacht werden, dass die gleichen Behörden jene Personen, die im Rahmen alternativer Maßnahmen "freigelassen" werden, bereits als "Fehlermarge" anerkennen. Diese berichten bereits von einer Reihe von Verletzungen ihrer Rechte.

In diesem außergewöhnlichen Kontext gibt es auch keine Informationen über wirksame außerordentliche Maßnahmen, die die Polizei PNC und die Streitkräfte FAES ergriffen haben könnten,

---

[82] Azul originario. La salud mental en tiempos de régimen de excepción en El Salvador (Azul originario. Psychische Gesundheit in Zeiten des Ausnahmezustands in El Salvador). 12. Januar 2023. Siehe: https://www.youtube. com/watch?v=uVCOevven6A;
Alharaca. Niñez sufre los efectos del régimen de excepción (Alharaca. Kinder leiden unter den Auswirkungen des Notstandsregimes). 25. April 2023. Siehe: https://www.alharaca.sv/actualidad/ninez-sufre-los-efectos-del-regimen-de-excepcion/; Cristosal.

[83] FOCOS. El régimen de excepción incrementó casos de desplazamiento forzado provocado por agentes estatales de seguridad (FOCOS: Das Notstandsregime führte zu einer Zunahme der Fälle von Zwangsvertreibung durch staatliche Sicherheitsbeamte). 24. Januar 2023. Siehe: https://focostv.com/el-regimen-de-excepcion-incremento-casos-de-desplazamientoforzado-provocado-por-agentes-estatales-de-seguridad/;
LPG. El régimen de excepción alteró las causas del desplazamiento forzado (La Prensa Gráfica LPG. Das Notstandsregime hat die Ursachen der Vertreibung verändert). 20. März 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/El-regimen-de-excepcion-altero-las-causas-del-desplazamiento-forzado-20230319-0077.html;
LPG. Las organizaciones Cristosal, IDHUCA y Servicio Social Pasionista reportan 223 casos de desplazamiento forzado interno causado por agentes de PNC o FAES (La Prensa Gráfica LPG. Die Organisationen Cristosal, IDHUCA und Servicio Social Pasionista berichten von 223 Fällen von Zwangsumsiedlungen, die von der Zivilpolizei PNC oder Agenten der Streitkräfte FAES verursacht wurden). 28. September 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Informe-senala-a-PNC-y-FAES-como-principales-actores-del-desplazamiento-forzado-interno-durante-regimen-de-excepcion-20230928-0021.html

[84] Cristosal: Un año bajo el régimen de excepción: una medida permanente de represión y de violaciones a los derechos humanos (Cristosal: Ein Jahr Ausnahmezustand: Eine dauerhafte Maßnahme der Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen). Mai 2023. Siehe: https://cristosal.org/ES/informe-un-ano-bajo-el-regimen-de-excepcion-una-medida-permanente-de-represion-y-de-violaciones-a-los-derechos-humanos/

[85] Hinsichtlich der Verpflichtung des Staates zur vollständigen Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen hat der Interamerikanische Gerichtshof Folgendes festgestellt: "Die Wiedergutmachung des durch die Verletzung einer internationalen Verpflichtung verursachten Schadens besteht in der vollständigen Wiederherstellung (restitutio in integrum), die die Wiederherstellung der früheren Situation und die Wiedergutmachung der durch die Verletzung entstandenen Folgen sowie die Zahlung von Schadenersatz für finanzielle und immaterielle Schäden, einschließlich moralischer Schäden, umfasst. Corte IDH. Caso Velásquez Rodríguez Vs. Honduras. Reparaciones y Costas (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte. Fall Velásquez Rodríguez gegen Honduras. Wiedergutmachung und Kosten). Urteil vom 21. Juli 1989. Serie C No. 7, Absatz 26. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_07_esp.pdf
Darüber hinaus hat er ergänzend festgestellt: "Was die Verletzung des Rechts auf Leben und bestimmter anderer Rechte (persönliche Freiheit und Unversehrtheit, gerichtliche Garantien und gerichtlicher Schutz) anbelangt, da eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht möglich ist, angesichts der Art der betroffenen Güter, so erfolgt die Wiedergutmachung unter anderem gemäß der internationalen Rechtsprechung durch eine gerechte Entschädigung oder gegebenenfalls eine finanzielle Entschädigung, wo es angemessen ist, zu der die positiven Maßnahmen hinzukommen müssen, die der Staat ergreifen muss, um sicherzustellen, dass sich schädigende Handlungen wie die im vorliegenden Fall nicht wiederholen". Corte IDH. Caso 19 Comerciantes Vs. Colombia. Fondo, Reparaciones y Costas (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte. Rechtssache 19 Händler gegen Kolumbien. Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten). Urteil vom 5. Juli 2004. Serie C No. 109, Absatz 222. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_109_esp.pdf

um alle von ihren Mitgliedern begangenen Übergriffe, einschließlich Erpressung, Drohungen und sogar Vergewaltigungen, zu verhindern, zu untersuchen und zu bestrafen.[86]

Während der 187. Sitzungsperiode bat die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR den salvadorianischen Staat um Informationen zu diesen Aspekten, erhielt jedoch keine klare Antwort.

> ***"Ich bin erstaunt, dass Sie, obwohl ich Ihre Anwesenheit und die Informationen, die Sie uns gegeben haben, sehr schätze, den Ausnahmezustand mit keinem Wort erwähnt haben [...] Die Zivilgesellschaft hat eine Reihe von Daten vorgelegt und ich hatte gehofft, dass der Staat sie erläutern könnte [...] Was geschieht mit den Frauen und den Familien der Inhaftierten? Was geschieht mit ihnen? [...] Wenn die Zivilgesellschaft sagt, dass mehr als sechstausend Menschen aufgrund der so genannten 'Fehlerquote' freigelassen wurden, würde ich gerne wissen, ob der salvadorianische Staat Wiedergutmachungsprozesse für die irrtümlich inhaftierten Personen eingeleitet hat."***
>
> Berichterstatterin für El Salvador, Julissa Mantilla, während ihres Redebeitrags. Audiencia ante la CIDH: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador (Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR: Menschenrechte und Ausnahmezustände in El Salvador). 14. Juli 2023.[87]

c) Erzwungenes Verschwindenlassen

Organisationen der salvadorianischen Zivilgesellschaft informierten die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR über 327 eingegangene Anzeigen über Verschwindenlassen von Personen und gaben an, dass die Behörden in diesen Fällen bis zu acht Monate lang Informationen über den Verbleib der Opfer verweigerten oder falsche Informationen herausgaben.[88]

In den 35 von Amnesty International dokumentierten Fällen willkürlicher Inhaftierung gaben die Betroffenen an, dass sie unmittelbar nach der Inhaftierung ihres Familienmitglieds durch Sicherheitsbeamte keinen Kontakt mehr hatten und von den Behörden nicht informiert wurden, in welchem Gefängnis die verhaftete Person festgehalten wird. Einige verbrachten Wochen, ja sogar Monate damit, bei verschiedenen Institutionen Informationen über den Verbleib ihrer Angehörigen einzufordern.

---

[86] INFOBAE. Al menos 14 policías de El Salvador fueron detenidos por cometer abusos durante el régimen de excepción de Bukele (INFOBAE. Mindestens 14 Polizeibeamte in El Salvador wurden festgenommen, weil sie während des Notstandsregimes von Bukele Übergriffe begangen hatten). 27. Dezember 2022. Siehe: https://www.infobae.com/america/america-latina/2022/12/27/al-menos-14policias-de-el-salvador-fueron-detenidos-por-cometer-abusos-durante-el-regimen-de-excepcion-de-bukele/
El Diario de Hoy. Aumentan casos de policías acusados de extorsionar con el régimen de excepción (El Diario de Hoy. Die Zahl der Fälle, in denen Polizeibeamte der Erpressung unter dem Notstandsregime beschuldigt werden, steigt). 27. August 2023. Siehe: https://www.elsalvador.com/noticias/nacional/aumentan-casos-policias-acusados-extorsion-regimen-excepcion/1085855/2023/
INFOBAE. Abuso sexual de soldados a menores en El Salvador, el otro monstruo oculto bajo el régimen de excepción (INFOBAE. Sexueller Missbrauch von Minderjährigen durch Soldaten in El Salvador, das andere Monster, das unter dem Ausnahmeregime versteckt wird). 8. Oktober 2023. Siehe: https://www.infobae.com/america/america-latina/2023/10/08/abuso-sexual-de-soldados-amenores-en-el-salvador-el-otro-monstruo-oculto-bajo-el-regimen-de-excepcion/

[87] Audiencia ante la CIDH: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador (Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR: Menschenrechte und Ausnahmezustände in El Salvador). 14. Juli 2023, 187. Sitzungsperiode. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/sesiones/?S=187

[88] Audiencia ante la CIDH: Situación de personas desaparecidas en El Salvador (Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR: Situation der Verschwundenen in El Salvador). 9. November 2023, 188. Sitzungsperiode. Siehe: https://www.youtube.com/watch?v=17tI4ImbwDI

> ***"Zu den konstituierenden Bestandteilen, die bei erzwungenem Verschwindenlassen zusammenkommen, gehören: (i) Der rechtmäßige oder unrechtmäßige Freiheitsentzug einer Person; (ii) Das direkte Eingreifen von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteur*innen mit deren Duldung; und (iii) Die Weigerung zuzugeben, dass die Verhaftung stattgefunden hat, oder die Weigerung, das Schicksal oder den Aufenthaltsort der verhafteten Person bekannt zu geben".***
>
> Corte IDH. Caso Chitay Nech y otros Vs Guatemala. Excepciones Preliminares, Fondo, Reparaciones y Costas (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte. Rechtssache Chitay Nech et al. gegen Guatemala. Vorläufige Beschwerdepunkte, Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten). Urteil vom 25. Mai 2010. Absatz 85. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_212_esp.pdf

In drei von der Organisation dokumentierten Fällen berichteten Familien, dass sie mehrere Monate lang nicht wussten, wo sich ihr inhaftiertes Familienmitglied aufhielt, bis sie von dritter Seite - z. B. durch einen anonymen Anruf oder ein Bestattungsunternehmen – über dessen Tod informiert wurden.

In den letzten 21 Monaten haben Tausende von Menschen Habeas-Corpus-Petitionen [unverzügliche Haftprüfung vor Gericht; Anm.d.Ü.] bei der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs eingereicht. Menschenrechtsorganisationen berichten jedoch, dass die Verfahren aufgrund eines anhaltenden Verfahrensstaus nicht vorangekommen sind, was die Wirksamkeit des Rechtsmittels untergraben hat.

Die Ombudsstelle für Menschenrechte PDDH berichtete in ihrem jüngsten Jahresbericht über einen bemerkenswerten Anstieg der Anträge auf Überprüfung von inhaftierten Personen. Die Zahl der Anträge stieg von 625 im Zeitraum 2021-2022 auf 8.988 im Zeitraum 2022-2023.[89]

Dem offiziellen Bericht zufolge war der häufigste Grund für einen solchen Antrag der Wunsch zu erfahren, in welcher Haftanstalt das Familienmitglied inhaftiert war, weil die Generaldirektion der Strafvollzugs-anstalten (DGCP) nur wenige Angaben gemacht hatte. In demselben Dokument räumt die Ombudsstelle jedoch ein, dass ihre Befugnis zur Überwachung der Rechte von inhaftierten Personen durch die Ausnahmeregelung eingeschränkt ist.[90]

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass aufgrund der Anträge auf Zugang zu Informationen, die von lokalen Organisationen bearbeitet wurden, bekannt geworden ist, dass die Generaldirektion der Strafvollzugsanstalten DGCP ab dem 28. Oktober 2021 alle Informationen über inhaftierte Personen für vertraulich erklärt hat.[91]

Menschenrechtsorganisationen haben dieses Verhalten beim UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen von Personen (CED) und bei der UN-Arbeitsgruppe gegen gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen von Personen (WGEID) angeprangert.[92]

d) Haftbedingungen und unterschiedliche Auswirkungen bei Risikogruppen

Mit über 100.000 Gefangenen, die 1,14% der Gesamtbevölkerung ausmachen, weist El Salvador derzeit die weltweit höchste Inhaftierungsrate auf: 1.600 pro 100.000 Einwohner.[93]

Im Jahr 2020, bereits lange vor der Einführung des Ausnahmezustands, meldeten die Haftanstalten eine Belegungsrate von 109%, was schon damals die Bereitstellung grundlegender Versorgung mit Wasser, Lebensmittel und Gesundheitsleistungen für die Gefangenen beeinträchtigte.

---

[89] Informe de labores de la PDDH. 2022-2023. (Arbeitsbericht des Ombusbüros für Menschenrechte 2022 – 2023). Juni 2023, SS. 74-76. Siehe: https://www.pddh.gob.sv/portal/wp-content/uploads/2023/09/memoria-de-labores-22-23.pdf

[90] Informe de labores de la PDDH. 2022-2023. (Arbeitsbericht des Ombusbüros für Menschenrechte 2022 – 2023). Juni 2023, SS. 74-76. Siehe: https://www.pddh.gob.sv/portal/wp-content/uploads/2023/09/memoria-de-labores-22-23.pdf

[91] Siehe Antwort auf den Antrag auf Zugang zu Information, den Servicio Social Pasionista (SSPAS) am 25. Januar 2023 gestellt hatte: Siehe: https://drive.google.com/file/d/1VTnCWDeBG-fbqY5BvgRge0uiEQB0WfF-/view

[92] Aportes para el Comité contra la Desaparición Forzada (CED) y el Grupo de Trabajo sobre las Desapariciones Forzadas o Involuntarias (WGEID) de Naciones Unidas sobre desapariciones de corta duración (Beiträge für den UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen (CED) und die UN-Arbeitsgruppe gegen gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen (WGEID) über das Verschwindenlassen von kurzer Dauer). Juli 2023. Siehe: https://www.dplf.org/sites/default/files/contribuciones_a_desapariciones_de_corte_duracion_en_el_salvador.pdf

[93] LPG. Tasa de personas privadas de libertad en El Salvador sería la más alta del mundo: supera las 1,600 por cada 100,000 habitantes (La Prensa Gráfica LPG. Die Zahl der in El Salvador inhaftierten Personen wäre die höchste der Welt: über 1.600 pro 100.000 Einwohner). 18. Oktober 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Tasa-de-privados-de-libertad-en-El-Salvador-ya-supera-los-1600-por-cada-100000-habitantes-20231018-0065.html

Der langanhaltende Einsatz von Ausnahmeregelungen, der zu einer Konsolidierung institutioneller Praktiken wie Massenverhaftungen und der wahllosen Anwendung von Untersuchungshaft geführt hat, hat die kritische Überbelegung der Gefängnisse drastisch verschärft und die Verschlechterung der prekären und unmenschlichen Haftbedingungen noch verstärkt.

Medienberichten zufolge erreichte die Gefängnisbelegung im Januar 2023 einen Höchststand von 300%.[94] Mit der Eröffnung des Haftzentrums gegen den Terrorismus (Centro de Confinamiento Contra el Terrorismo - CECOT)[95] und der anschließenden Verlegung von 12.500 Gefangenen in diese Einrichtung wäre die Auslastung der Gefängnisse nach Schätzungen zivilgesellschaftlicher Organisationen jedoch auf 236% gesunken.[96]

Von Amnesty International gesammelte Zeugenaussagen ehemaliger Häftlinge berichten von überfüllten Zellen, fehlender grundlegender Versorgung und unhygienischen Bedingungen, die Krankheiten begünstigen und in einigen Fällen sogar zu Todesfällen geführt haben könnten.

Es gibt auch Berichte über körperliche und verbale Misshandlungen, den exzessiven Einsatz von Pfefferspray und starke Einschränkungen bei grundlegenden Aspekten des täglichen Lebens wie Nahrung, Wasserversorgung, Toilettenbenutzung und fehlender Zugang zu Außenbereichen.

> ***"In der Zelle befanden sich mehr als 200 Frauen. Wir sahen aus wie Sardinen in der Dose und auf jeder Pritsche schliefen fünf Personen, alle zusammengepfercht, und die, die nicht hineinpassten, schliefen auf dem Boden, ohne Matratze, Rücken an Rücken, um den Platz optimal zu nutzen (...) Wir durften die Zelle den ganzen Tag nicht verlassen. Wir durften nicht nach draußen gehen, nur auf die Toilette und zu den Mahlzeiten. Zum Baden bekamen wir nur zwei Schalen Wasser und das Essen war schlecht, manchmal verdorben. Es gab keine Ärzte und keine Medizin, wenn jemand krank wurde."***
>
> Claudia*, eine Frau, die mit Haftersatz-Maßnahmen freigelassen wurde, nachdem sie sieben Monate lang im Gefängnis war. Interview mit Amnesty International im Juli 2023.

Diese beklagenswerten Zustände stehen im Widerspruch zu den Grundsätzen internationaler Übereinkünfte, denen El Salvador beigetreten ist und die auch die Rehabilitierung und Wiedereingliederung von Gefangenen vorsehen.[97]

Andererseits bestätigen Presseberichte, dass sich nach offiziellen Angaben die Zahl der Frauen, die inhaftiert wurden, infolge des Notstandsregimes verdoppelt hat.[98]

Dies könnte mit der Situation der Überbelegung in Frauengefängnissen übereinstimmen, die von 12 Frauen, die mit Amnesty International sprachen, beschrieben wurde. Die Personen berichteten auch, dass die Generaldirektion der Strafvollzugsanstalten DGCP in den für Männer vorgesehenen Gefängnissen Bereiche für Frauen eingerichtet hat, um diese Situation zu entschärfen. Die Behörden

---

[94] LPG. El Salvador llegó a 97 mil 525 reos en 2022 (La Prensa Gráfica LPG. El Salvador erreicht 97.525 Häftlinge im Jahr 2022). 17. Januar 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/El-Salvador-llego-a-97-mil-525-reos-en-2022-20230116-0099.html

[95] Offiziellen Angaben zufolge hat das CECOT eine Aufnahmekapazität für 40.000 Häftlinge. Die Ankündigung und die offiziellen Präsentationen des Zentrums sowie Informationen, die durch journalistische Recherchen ans Licht kamen, lassen jedoch düstere Aussichten für die Gefangenen erahnen, da sie zeigen, dass die Haftbedingungen und die Behandlung der Gefangenen weiterhin unter den internationalen Standards in diesem Bereich liegen könnten. Siehe Einweihung des CECOT: https://youtu.be/TBQv4pNxU_Y, 6. Februar 2023
BBC Mundo. El secretismo que rodea al CECOT, la megacárcel símbolo de la guerra de Bukele contra las pandillas (BBC Welt. Die Geheimniskrämerei um CECOT, das Mega-Gefängnis als Symbol für Bukele's Krieg gegen die Gangs). 4. Juli 2023. Siehe: https://www.bbc.com/mundo/resources/idt-051ab38e-b7d2-44ce-b40f-80d5b51f7db2

[96] LPG. Tasa de personas privadas de libertad en El Salvador sería la más alta del mundo: supera las 1,600 por cada 100,000 habitantes (La Prensa Gráfica LPG. Die Zahl der in El Salvador inhaftierten Personen wäre die höchste der Welt: über 1.600 pro 100.000 Einwohner). 18. Oktober 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Tasa-de-privados-de-libertad-en-El-Salvador-ya-supera-los-1600-por-cada-100000-habitantes-20231018-0065.html

[97] Pacto Internacional de Derechos Civiles y Políticos (PIDCP) (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte -ICCPR). 16. Dezember 1966. Siehe: https://www.ohchr.org/es/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rights;
Reglas Mínimas de las Naciones Unidas para el Tratamiento de los Reclusos (Reglas Mandela) (Standard-Mindestregeln der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen - Mandela-Regeln). 17. Dezember 2015. Siehe: https://www.unodc.org/documents/justice-and-prison-reform/Nelson_Mandela_Rules-German.pdf;
Principios básicos para el tratamiento de los reclusos (Grundprinzipien für die Behandlung von Gefangenen), angenommen von der UNO. 14. Dezember 1990. Siehe: https://www.ohchr.org/es/instruments-mechanisms/instruments/basic-principles-treatment-prisoners

[98] LPG. Población femenina carcelaria se duplicó en el régimen de excepción (La Prensa Gráfica LPG. Die Zahl der weiblichen Gefangenen hat sich während des Ausnahmezustands verdoppelt). 14. August 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Poblacion-femenina-carcelaria-en-El-Salvador-se-duplico-en-el-regimen-de-excepcion-20230813-0072.html

hätten es jedoch versäumt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen und Anpassungen vorzunehmen, um den besonderen Bedürfnissen weiblicher Gefangener gerecht zu werden, wie etwa die Einführung differenzierter Verfahren für die Aufnahme und Registrierung von Frauen.[99]

Darüber hinaus berichteten sie über geschlechtsspezifische Gewalt, die Vernachlässigung der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsfürsorge, die fehlende Bereitstellung von Hygieneartikeln, einschließlich Damenbinden, und eine Gefängnisinfrastruktur, die die geschlechtsspezifischen Besonderheiten und die Familiendynamik der weiblichen Gefangenen vernachlässigt. Letzteres ist bei schwangeren und stillenden Frauen besonders offensichtlich. Diese Bedingungen betreffen auch Kinder, die mit ihren Müttern inhaftiert sind, und im Gefängnis geborene Babys.[100]

> ***"Während meiner Schwangerschaft wurde ich nur einmal ärztlich untersucht und die Vitamine, die ich bekam, waren abgelaufen. Ich wurde gezwungen, schwere körperliche Arbeiten zu verrichten, wie z.B. Wasser tragen und Wäsche aufhängen. Die Wärter demütigten mich (...) und verlangten, dass ich sie bediene, als wäre ich ihre Dienerin. Wenn ich mich weigerte, drohten sie mir, mich zu bestrafen, indem sie mich in der Sonne in der Hocke sitzen ließen (...) Ich teilte mir eine Zelle mit 200 anderen schwangeren Frauen, die die gleiche Art von Misshandlung erfuhren wie ich.***
>
> ***An dem Tag, an dem ich mein Kind im Krankenhaus zur Welt brachte, wurden mir die Handschellen nicht abgenommen und niemand sagte meiner Familie Bescheid. Ich musste dort allein bleiben. Aus La Granja [Gefängnis] schickten sie mir keine Windeln, Feuchttücher oder andere Dinge, die Babys brauchen, um sauber zu bleiben, und die mir meine Mutter ein paar Wochen zuvor geschickt hatte."***
>
> Alicia*, eine Frau, die willkürlich inhaftiert wurde und anderthalb Monate nach ihrer Verhaftung feststellte, dass sie schwanger war. Sie wurde 13 Monate lang in Untersuchungshaft gehalten und war in dieser Zeit in zwei verschiedenen Haftanstalten untergebracht. Interview mit Amnesty International im August 2023.

Eine Frau berichtete Amnesty International, dass sie während ihrer Haftzeit miterlebte, wie eine andere Gefangene in ihrer Zelle mit der alleinigen Hilfe der anderen Gefangenen entbinden musste. Sie sagte auch, dass sie den Tod eines vier Monate alten Babys[101] miterlebte, nachdem die Gefängnisbehörden ihm nicht die notwendige medizinische Versorgung hatten zukommen lassen. Eine andere befragte Frau hörte von dem Fall einer Gefangenen, die sich erhängte, nachdem sie erfahren hatte, dass ihr sechs Monate altes Baby gestorben war.

Eine andere Frau erzählte, wie eine Gefangene eine Fehlgeburt erlitt, nachdem sie von anderen Frauen geschlagen worden war, ohne dass die Wärterinnen eingriffen. Schließlich sagte eine der Befragten, das Schwierigste, was sie während ihrer Zeit im Gefängnis erlebt habe, sei die Krankheit ihres Sohnes gewesen, der zusammen mit anderen Babys an Krätze erkrankte.[102]

---

[99] Asamblea General de Naciones Unidas. Reglas de las Naciones Unidas para el tratamiento de las reclusas y medidas no privativas de la libertad para las mujeres delincuentes (Reglas de Bangkok) (Generalversammlung der Vereinten Nationen. Regeln der Vereinten Nationen für die Behandlung von weiblichen Gefangenen und für Maßnahmen ohne Freiheitsentzug für Straftäterinnen - Bangkok-Regeln). 16. März 2011. A/RES/65/229 100. Siehe: https://www.unodc.org/documents/ropan/Reglas_de_Bangkok/Reglas_Bangkok_y_Comentarios.pdf

[100] Diese Bedingungen würden gegen die Regeln der Vereinten Nationen für die Behandlung weiblicher Gefangener und für Maßnahmen ohne Freiheitsentzug für weibliche Straftäter (Bangkok-Regeln) verstoßen. Siehe: https://www.unodc.org/documents/ropan/Reglas_de_Bangkok/Reglas_Bangkok_y_Comentarios.pdf

[101] Bis zum jetzigen Zeitpunkt berichten Organisationen der Zivilgesellschaft über den Tod von 10 Frauen und zwei Babys in Gefängnissen. Divergentes. Embarazadas y bebés recién nacidos en situación crítica en las cárceles de El Salvador (Divergentes. Schwangere und Neugeborene in kritischem Zustand in den Gefängnissen El Salvadors). Divergentes. Embarazadas y bebés recién nacidos en situación crítica en las cárceles de El Salvador (Divergentes. Schwangere und Neugeborene in kritischer Lage in den Gefängnissen El Salvadors?- 4. September 2023. Siehe: https://www.divergentes.com/mujeres-embarazadas-bebes-en-situacion-critica/

[102] Krätze, auch als Scabies bekannt, ist eine Hautkrankheit, die durch eine winzige parasitäre Milbe namens Sarcoptes scabiei verursacht wird. Die Krankheit ist hochgradig ansteckend und kann durch direkten Hautkontakt mit einer infizierten Person oder durch Kontakt mit von der Milbe kontaminierter Bettwäsche, Handtüchern oder Kleidung übertragen werden.

> ***"Er hatte überall auf seinem Rücken kleine Striemen. Sie gaben uns erst nach 15 Tagen ein Medikament und das vertrug er nicht, [das Kind] wurde krank. In meiner Not erfand ich ein Mittel und mischte Amoxicillin, Loratadin, Paracetamol, Vaginalcreme und Windelcreme zu einer speziellen Creme. Und so habe ich es geschafft, die Ausschläge bei meinem Kind loszuwerden."***
>
> Alicia*, eine Frau, die willkürlich inhaftiert wurde und anderthalb Monate nach ihrer Verhaftung feststellte, dass sie schwanger war. Sie wurde 13 Monate lang in Untersuchungshaft gehalten und war in dieser Zeit in zwei verschiedenen Haftanstalten untergebracht. Interview mit Amnesty International im August 2023.

Es sollte erwähnt werden, dass verschiedene Menschenrechtsmechanismen und zivilgesellschaftliche Organisationen vor den unterschiedlichen Folgen gewarnt haben, die sich für Familien ergeben, die von der Inhaftierung einer Frau betroffen sind. Zu den wichtigsten Auswirkungen, über die berichtet wird, gehören: Die Verschlechterung der Lebensbedingungen von Kindern und anderen weiblichen Familienmitgliedern, deren Betreuungslast verdoppelt wird, und die erhöhte Wahrscheinlichkeit des Auseinanderbrechens der Familie.[103]

> ***"Die Zivilgesellschaft hat mit uns über die Situation von Frauen und Kindern gesprochen und es ist auch in der Presse zu lesen [...] Ich möchte auf den Fall Izalco [Strafvollzugsanstalt] hinweisen, wo es Informationen über den Tod von zwei Säuglingen gibt. Wie ist also die Situation in Izalco und ganz allgemein in Bezug auf schwangere Frauen und Mädchen [in Haft]?"***
>
> Redebeitrag der Berichterstatterin für El Salvador, Julissa Mantilla, bei der Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission: Audiencia ante la CIDH: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador. 14. Juli 2023[104]

e) Folter und Todesfälle im Gewahrsam des Staates

Bis Ende November 2023 hatte die Bewegung der Opfer des Notstandsregimes (Movimiento de Víctimas del Régimen de Excepción - MOVIR)[105] 190 Todesfälle in staatlicher Haft gezählt (Abbildung 7). Sie stimmen jedoch mit der Meinung salvadorianischer Menschenrechtsorganisationen wie Socorro Jurídico Humanitario überein, dass es bei dieser Zahl Anzeichen für eine Dunkelziffer gibt. Dies ist auf solche Fälle zurückzuführen, bei denen Berichten zufolge Opfer aus Massengräbern exhumiert worden sind, nachdem ihre Angehörigen erst Monate später von Privatpersonen von ihrem Tod erfahren haben.[106]

Zivilorganisationen und die Medien berichten, dass eine beträchtliche Anzahl dieser Todesfälle auf Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung zurückzuführen ist,

---

[103] CIDH. Mujeres privadas de libertad en las Américas (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Inhaftierte Frauen auf dem amerikanischen Kontinent). OEA/Ser.L/V/II Doc. 91/23. 8. März 2023. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/2023/Informe-Mujeres-privadas-libertad.pdf

[104] Comisión Interamericana de Derechos Humanos. 187 Período de Sesiones: 10 al 21 de julio de 2023. Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador. Viernes, 14 de julio de 2023. Participantes (Interamerikanische Menschenrechtskommission. 187. Sitzung: 10. bis 21. Juli 2023. Menschenrechte und Ausnahmezustände in El Salvador. Freitag, 14. Juli 2023. Teilnehmende): Amnistía Internacional. Agrupación Ciudadana por la Despenalización del Aborto. Centro por la Justicia y el Derecho Internacional (CEJIL). Centro por los Derechos Civiles y Políticos (CCPR). Cristosal. Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho (FESPAD). Fundación para el Debido Proceso (DPLF). Instituto de Derechos Humanos de la Universidad Centroamericana José Simeón Cañas (IDHUCA). Red Salvadoreña de Defensoras de Derechos Humanos. Servicio Social Pasionista (SSPAS). Organización Mundial Contra la Tortura (OMCT). Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/sesiones/?S=187

[105] MOVIR ist ein Kollektiv von Betroffenen, das im August 2022 mit dem Ziel gegründet wurde, zunächst um Anträge auf humanitäre Hilfe für Inhaftierte und ihre Familien zu verwalten und zu unterstützen. Im Laufe der Monate nahmen sie Lobbyarbeit, Informationsanfragen und Anzeigen bei nationalen Behörden in ihre Agenda auf. Bislang haben sie sich an die Ombudsstelle für Menschenrechte (Procuradora para la Defensa de los Derechos Humanos – PDDH), den Obersten Gerichtshof (Corte Suprema de Justicia – CSJ), den Nationalrat für frühe Kindheit, Kinder und Jugendliche (Consejo Nacional de la Primera Infancia, Niñez y Adolescencia – CONAPINA) und den Präsidialbeauftragten für Menschenrechte und Meinungsfreiheit (Comisionado Presidencial de Derechos Humanos y Libertad de Expresión) gewandt.

[106] INFOBAE. Cuatro de los detenidos bajo el régimen de excepción de Bukele en El Salvador aparecieron muertos en una fosa común (INFOBAE. Vier der unter Bukele's Ausnahmeregime in El Salvador Inhaftierten wurden tot in einem Massengrab aufgefunden). 26. Februar 2023. Siehe: https://www.infobae.com/america/america-latina/2023/02/26/cuatro-de-los-detenidosbajo-el-regimen-de-excepcion-de-bukele-en-el-salvador-aparecieron-muertos-en-una-fosa-comun/

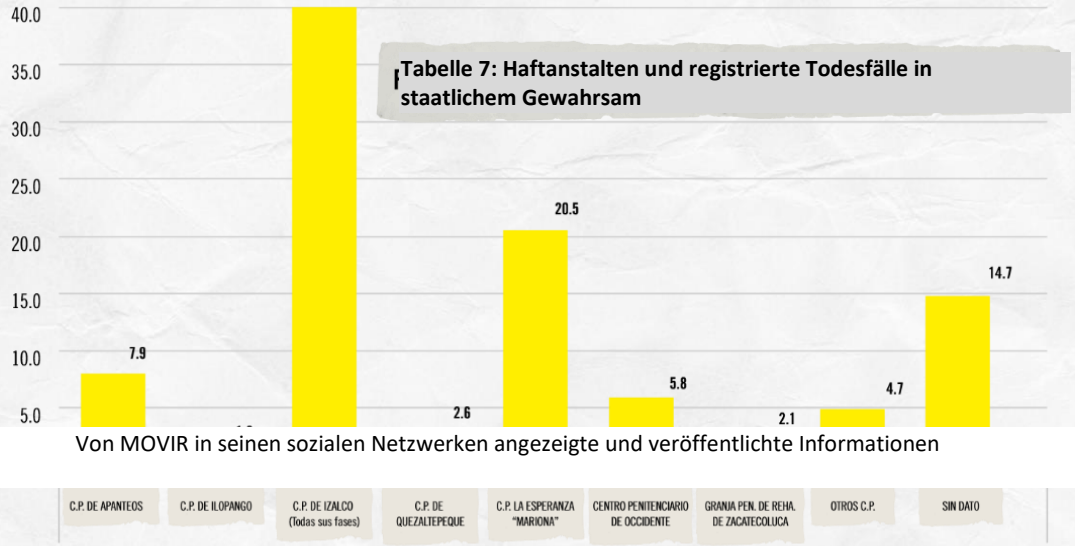
einschließlich körperlicher Übergriffe verschiedener Art durch staatliche Bedienstete[107] während der Festnahme und Inhaftierung oder Schläge durch andere Insassen mit Duldung der Gefängnisbehörden.

In Berichten nationaler Organisationen, die sich auf die Betreuung und Begleitung von Opfern stützen, wird über Fälle berichtet, die als gewaltsame Todesfälle registriert wurden und in denen ein gemeinsames Muster von Anzeichen für Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung festgestellt werden konnte, darunter Risswunden, blaue Flecken, die auf Schläge hindeuten, Verletzungen mit scharfen oder stumpfen Gegenständen, Strangulation, Erhängen usw.[108]

Amnesty International hat in diesem Zusammenhang 12 Todesfälle in staatlichem Gewahrsam dokumentiert. In drei dieser Fälle legten uns die Familien der Verstorbenen bei der Befragung offizielle Bescheinigungen des Instituts für Gerichtsmedizin oder der Krankenhäuser vor, in denen die Opfer vor ihrem Tod behandelt worden waren, in denen als wichtigste Todesursachen "mechanische Asphyxie", "nicht identifizierte multiple Traumatisierungen" und "Schläge" angegeben wurden. Bis heute wurde keine der befragten Personen von den Behörden kontaktiert, um sie über die Ermittlungsschritte zur Klärung der Todesumstände und der Verantwortlichkeiten zu informieren.

Alle Aussagen von Personen, die in diesem Zeitraum inhaftiert waren und von Amnesty International befragt wurden, bestätigen, dass Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung zur gängigen Praxis geworden sind und keine Einzelfälle in den Gefängnissen darstellen.

In diesem Zusammenhang berichteten sie, dass sie Zeugen von Situationen wurden, in denen Wachleute und Polizeibeamte Gefangene schlugen, um sie dazu zu bringen, zu "*gestehen*", dass sie einer Bandenstruktur angehörten, sowie von der Anwendung mutmaßlicher Strafen oder einfach nur, "*weil sie es konnten und wollten*", ohne ersichtlichen Grund, der die Handlung provozierte, außer der Zufügung von Schmerzen oder Leiden.



Von MOVIR in seinen sozialen Netzwerken angezeigte und veröffentlichte Informationen

Information, die von der Organisation MOVIR dokumentiert und in sozialen Medien veröffentlicht wurde.

[107] El Faro. Montaña: el custodio señalado como torturador de Mariona (El Faro. Montaña: der Aufseher, der als Folterer des Gefängnisses Mariona bezeichnet wird). 2. Oktober 2023. Siehe: https://elfaro.net/es/202310/el_salvador/27076/montana-el-custodio-senalado-como-torturador-de-mariona

[108] Cristosal. Un año bajo el régimen de excepción: una medida permanente de represión y de violaciones a los derechos humanos (Cristosal. Ein Jahr Ausnahmezustand: eine dauerhafte Maßnahme der Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen). Mai 2023. Siehe: https://cristosal.org/ES/informe-un-ano-bajo-el-regimen-de-excepcion-una-medida-permanente-de-represion-y-de-violaciones-a-los-derechos-humanos/

> ***"An einem frühen Morgen Mitte September erhielt ich einen Anruf von einer Person, die mir mitteilte, dass sie eine Zelle mit meinem Bruder geteilt hatte. Er riet mir, zum Institut für Gerichtsmedizin zu gehen, weil er glaubte, dass mein Verwandter an den Folgen der Schläge gestorben war, die ihm die Wärter beim Betreten des Gefängnisses versetzt hatten. Er sagte mir: "Nachdem wir geschlagen worden waren, erbrach Ihr Verwandter Blut aus seinem Mund und seiner Nase. Ich glaube, er ist gestorben, denn nach ein paar Tagen wurde er ins Krankenhaus gebracht und kam nicht mehr zurück".***
>
> Bericht eines Angehörigen einer Person, die 2022 in staatlichem Gewahrsam verstarb. Interview mit Amnesty International im Februar 2023.

Dies steht im Einklang mit öffentlichen Erklärungen der wichtigsten Behörden der Generaldirektion der Strafvollzugsanstalten, die auf eine Politik der systematischen Folter gegenüber allen Personen hindeuten, die im Rahmen des Ausnahmezustands inhaftiert sind und verdächtigt werden, Bandenmitglieder zu sein.[109]

[109] Serie von Mitteilungen des Generaldirektors für Strafvollzugsanstalten, Osiris Luna Meza, fünf Tage nach der Ankündigung der Einführung des Ausnahmezustands. Siehe: https://x.com/OsirisLunaMeza/status/1510963084394995718?s=20 [Der Post wurde vermutlich inzwischen gelöscht. Januar 2024. Anm.d.Ü.]

> ***Der Begriff "Folter" bezeichnet jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, z. B. um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erlangen, um sie für eine von ihr oder einem Dritten begangene oder vermutete Tat zu bestrafen oder um sie oder einen Dritten einzuschüchtern oder zu nötigen, oder aus einem auf irgendeiner Art von Diskriminierung beruhenden Grund, wenn diese Schmerzen oder Leiden von einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder einer anderen in amtlicher Eigenschaft handelnden Person, auf deren Veranlassung oder mit deren ausdrücklichem oder stillschweigendem Einverständnis verursacht werden.***
>
> Begriff der Folter gemäß dem UN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. 10. Dezember 1984[110].

Andere starben, weil sie keinen Zugang zu Medikamenten und angemessener medizinischer Versorgung für die Behandlung chronischer Krankheiten wie Diabetes, Bluthochdruck, Krebs und anderen erhalten hatten. In einigen Fällen wurden Gefangene bei medizinischen Notfällen in Krankenhäuser gebracht, aber leider starben einige von ihnen auf dem Weg dorthin oder bei der Ankunft, ohne medizinisch versorgt zu werden. In anderen Fällen war ihr Gesundheitszustand trotz medizinischer Versorgung so kritisch, dass sie kurz nach der Einlieferung starben.[111]

Amnesty International dokumentierte den Fall eines 49-jährigen Straßenverkäufers, der zum Zeitpunkt seiner Verhaftung bereits herzkrank und an Diabetes erkrankt war. Nach sechs Monaten in zwei verschiedenen Gefängnissen wurde er in ein Krankenhaus verlegt, wo er wegen eines stumpfen Traumas aufgrund von Schlägen operiert wurde und am nächsten Tag starb.

> ***"Wenn man nachfragen wollte, gab es niemanden, der einem eine Erklärung für seinen Gesundheitszustand geben konnte. Ich wusste also nicht, dass es meinem Sohn schlechter ging und dass sie ihn obendrein geschlagen hatten... Als ich ihn [im Krankenhaus] sah, konnte ich es nicht glauben... Wie konnte ich ihn so vorfinden [in diesem Zustand]? Sie hatten ihm Handschellen angelegt, ihn geschlagen und er war krank. Ich sage, dass sie ihn an diesem Ort einfach umgebracht haben. Ich weiß nicht, ob der Polizist ihn gefoltert hat und er es nicht mehr ertragen konnte."***
>
> Bericht der 81-jährigen Mutter einer Person, die 2022 in staatlichem Gewahrsam starb. Interview mit Amnesty International im Februar 2023.

Am 14. Juni 2023 gab der Generalstaatsanwalt der Republik in einem Medieninterview bekannt, dass er die Schließung der Akten von 142 Todesfällen von Personen angeordnet hat, die während des Notstandsregimes inhaftiert waren und in Gefängnissen starben. *"Nach unseren Ermittlungen handelt es sich dabei nicht um Verbrechen. Wir haben mit Hilfe des Instituts für Gerichtsmedizin die Todesursachen wissenschaftlich überprüft"*.[112]

Am 14. Juli desselben Jahres fragte die Ineramerikanische Menschenrechtskommission IACHR den Staat El Salvador nach den möglichen Ursachen der Todesfälle: *"Waren sie alle krank, bevor sie das Gefängnis betraten, und wenn sie krank waren, warum wurden sie nicht in ein Krankenhaus, sondern in ein Gefängnis gebracht? [...] Ich würde gerne die genauen Gründe erfahren, warum die*

---

[110] Convención contra la Tortura y Otros Tratos o Penas Crueles, Inhumanos o Degradantes. Siehe in spanisch: https://www.ohchr.org/es/instruments-mechanisms/instruments/convention-against-torture-and-other-cruel-inhuman-or-degrading. 10. Dezember 1984.
Siehe deutsche Fassung: Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984 https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/CAT/CAT_Konvention.pdf

[111] Cristosal. Un año bajo el régimen de excepción: una medida permanente de represión y de violaciones a los derechos humanos (Cristosal. Ein Jahr Ausnahmezustand: eine dauerhafte Maßnahme der Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen). Mai 2023, siehe: https://cristosal.org/ES/informe-un-ano-bajo-el-regimen-de-excepcion-una-medida-permanente-de-represion-y-de-violaciones-a-los-derechos-humanos/

[112] AP. Fiscalía archiva 142 muertes en las cárceles de El Salvador que atribuye a causas naturales (AP. Staatsanwaltschaft schließt die Akten über 142 Todesfälle in den Gefängnissen El Salvadors, die er auf natürliche Ursachen zurückführt). 14. Juni 2023. Siehe: https://apnews.com/world-news/general-news-d5b114d180b5cb24a6dc6a31e8650c23

Staatsanwaltschaft beschlossen hat, die Akten dieser 142 Todesfälle zu schließen und sie als natürliche Todesfälle zu betrachten".[113]

In seiner Antwort an die IACHR erklärte der Beauftragte des Präsidenten für Menschenrechte und Meinungsfreiheit kategorisch, dass es im Land keine Folter gebe[114]. Wochen nach dieser Erklärung räumte der Beamte jedoch in einem Interview mit einem Medienunternehmen ein, dass er zum Zeitpunkt dieser Erklärung weder ein Gefängnis besucht noch mit einer "gefangenen" Person gesprochen noch die Generalstaatsanwaltschaft um Berichte über in staatlichem Gewahrsam getötete Personen gebeten hatte.[115]

Der Generalstaatsanwalt seinerseits antwortete auf die Besorgnis der Kommissare, dass "der Generalstaatsanwaltschaft derzeit keine Anzeige im Zusammenhang mit Folter oder erniedrigender Behandlung gegen irgend einen Salvadorianer vorliegt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass meine Institution verfassungsmäßig dazu verpflichtet ist, jede Art von Untersuchung unter den Parametern der Objektivität und ohne jegliche Unterscheidung oder Diskriminierung aufgrund der Person durchzuführen. Ich sollte auch erwähnen, dass in Bezug auf Todesfälle in Strafvollzugsanstalten die Zahl [...] gegenüber dem Jahr 2019 um etwa 50% zurückgegangen ist. [...]"[116]

Die Ombudsstelle für Menschenrechte PDDH berichtete in ihrem jüngsten Jahresbericht über eine Zunahme der Anträge auf Überprüfung von inhaftierten Personen. In demselben Dokument[117] räumte die Institution jedoch ein, dass ihre Befugnisse zur Überwachung der Rechte von Gefangenen durch das Notstandsregime eingeschränkt worden waren.

Amnesty International erinnert daran, dass internationale Menschenrechtsstandards den salvadorianischen Staat verpflichten, Todesfälle in staatlichem Gewahrsam unverzüglich, unparteiisch, effektiv und gründlich zu untersuchen, um die Umstände und Ursachen zu ermitteln und sicherzustellen, dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

Instrumente wie das Minnesota-Protokoll heben auch bestimmte besondere Rahmenbedingungen hervor, die die Staaten in solchen Fällen sicherstellen müssen, wie z. B. die Notwendigkeit der Unabhängigkeit der Ermittlungen, die Durchführung von Autopsien und gerichtsmedizinischen Untersuchungen, die Transparenz der Ermittlungen und das Erfordernis, Berichte und Archive zu erstellen, die eine Überprüfung der Verfahren und ihrer Ergebnisse ermöglichen.[118]

f) Der Ausnahmezustand als Taktik zur Verfolgung von abweichenden Meinungen

Erheblich verschärft hat sich in El Salvador die Gefährdung von Menschenrechtsverteidiger*innen aufgrund der Verlängerung des Ausnahmezustands, der Aufhebung der gerichtlichen Garantien und der zunehmenden willkürlichen Anwendung vager oder ungenauer Definitionen von Straftatbeständen – wie z.B. illegale Gruppen und terroristische Vereinigungen -, die seit 2006 zur Verfolgung von Delikten und Zusammenschlüssen von Banden verwendet werden.

In den vier von Amnesty International dokumentierten Fällen von willkürlicher Inhaftierung von Menschenrechtsverteidiger*innen im Rahmen des Ausnahmezustands deuten die verfügbaren Informationen darauf hin, dass staatliche Stellen diese außerordentliche Maßnahme möglicherweise

[113] Audiencia ante la CIDH: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador (Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR: Menschenrechte und Ausnahmezustände in El Salvador). 14. Juli 2023. 187. Sitzungsperiode. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/sesiones/?S=187

[114] Audiencia ante la CIDH: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador (Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR: Menschenrechte und Ausnahmezustände in El Salvador). 14. Juli 2023. 187. Sitzungsperiode. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/sesiones/?S=187

[115] El Faro. Comisionado Guzmán: *"No he hablado con nadie que haya salido de las cárceles del régimen de excepción"* (El Faro. Kommissar Guzmán: *"Ich habe mit niemandem gesprochen, der während des Notstandsregimes aus einem der Gefängnisse entlassen worden ist."*). 7. August 2023. Siehe: https://elfaro.net/es/202308/ef_tv/26971/comisionado-guzman-no-he-hablado-con-nadie-que-haya-salido-de-las-carceles-del-regimen-de-excepcion

[116] Audiencia ante la CIDH: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador (Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR: Menschenrechte und Ausnahmezustände in El Salvador). 14. Juli 2023. 187. Sitzungsperiode. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/sesiones/?S=187

[117] Informe de labores de la PDDH. 2022-2023 (Arbeitsbericht des Ombudsbüros für Menschenrechte 2022 – 2023). Juni 2023, SS. 74-76. Siehe: https://www.pddh.gob.sv/portal/wp-content/uploads/2023/09/memoria-de-labores-22-23.pdf

[118] Protocolo de Minnesota sobre la Investigación de Muertes Potencialmente Ilícitas (Minnesota-Protokoll über die Untersuchung potenziell unrechtmäßiger Todesfälle). (2016). Siehe: https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Publications/MinnesotaProtocol_SP.pdf

dazu nutzen, die Aktivitäten von Menschenrechtsverteidiger*innen zur Förderung und Verteidigung der Menschenrechte einzuschränken oder Repressalien auszuüben.[119]

> ***Wir hatten uns mehrere Monate lang mit dem Bürgermeisteramt gestritten, weil es sich weigerte, uns die neuen Uniformen und Arbeitsmittel zu geben, die wir zu Beginn des Jahres erhalten sollten.***
>
> ***Anfang Mai, nach der Sitzung, die wir als Vorstand der Gewerkschaft abhielten, analysierten wir die Situation und kamen zu dem Schluss, dass der Verhandlungsweg ausgeschöpft war. Also habe ich den Genossinnen und Genossen gesagt: "Wir müssen handeln". Wir haben uns nie auf ein Datum und die Logistik für die Aktion geeinigt, weil ich arbeitsunfähig war, und so dachte ich, dass es das Beste wäre, die Aktion wieder aufzunehmen, wenn es mir besser geht.***
>
> ***Doch schon am nächsten Tag kursierte im Büro des Bürgermeisters das Gerücht, die Gewerkschaft bereite eine Arbeitsniederlegung vor. Noch am selben Tag fragte mich der Stadtverwalter: "Stimmt es, dass Sie am Montag das Büro des Bürgermeisters schließen werden?“ [...].***
>
> ***Die Überraschung für mich war, dass am nächsten Tag fünf Polizisten zu mir nach Hause kamen und mich aufforderten, sie zur Polizeistation zu begleiten. Als wir den Durchgang verließen, sagte einer der Beamten zu mir: "Mal sehen, ob Sie jetzt drohen, so wie Sie sonst auch drohen". Zuerst lachte ich und dachte, man wolle mich wegen der Aktion, die wir mit der Gewerkschaft vorbereiteten, einschüchtern, aber ich war noch immer der Meinung, dass sie mich höchstens 72 Stunden in Gewahrsam nehmen würden.***
>
> ***Nach ein paar Tagen in Polizeigewahrsam fand ich heraus, dass man mich der Erpressung und der Mitgliedschaft in einer illegalen Gruppierung beschuldigte. Ich verbrachte sieben Monate in Haft und habe viele Dinge gesehen und erlebt, die ich gerne vergessen würde, nur weil ich für meine Rechte und die meiner Kollegen eingetreten bin. Jetzt will niemand mehr seine Stimme erheben. Niemand will ins Gefängnis gehen.”***
>
> Dolores Almendáriz, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft im Bürgermeisteramt der Stadt Cuscatancingo. Interview mit Amnesty International im August 2023.

Laut Zeugenaussagen von willkürlich Verhafteten und ihren Anwälten kann angenommen werden, dass die Behörden die in der nationalen Gesetzgebung enthaltenen Straftatbestände im Zusammenhang mit der Verfolgung bandenmäßiger Aktivitäten absichtlich manipuliert haben, um den erhobenen Forderungen entgegenzuwirken, insbesondere solchen zur Verteidigung von Ansprüchen auf Grund und Boden, Territorium, natürliche Ressourcen, Arbeitsrechte und den Rechten von Personen, die sich für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts auf Gemeinschaftsebene einsetzen.

Ein weiteres Beispiel für dieses Muster ist der Fall des Landverteidigers Benjamín Amaya, eines 62-jährigen Landwirts, der sich in den letzten Jahren der Unterstützung des Kampfes seiner Gemeinschaft für die Anerkennung der Eigentumsrechte an den staatlichen Ländereien widmete, auf denen sie seit März 2021 leben und wirtschaften. Während dieses Prozesses hat Herr Amaya rechtliche und

[119] "Staaten [...] erlauben sich, Menschenrechtsverteidiger zu inhaftieren, indem sie zweideutige Gesetze erlassen, meist im Namen der nationalen Sicherheit oder der Terrorismusbekämpfung, Scheinprozesse inszenieren, die nicht den internationalen Standards entsprechen, Verteidiger zu falschen Geständnissen foltern und über die Arbeit von Menschenrechtsverteidigern lügen." Bericht von Mary Lawlor, Sonderberichterstatterin über die Situation von Menschenrechtsverteidigern: Informe de Mary Lawlor, Relatora Especial sobre la situación de los defensores de los derechos humanos - Estados que niegan la evidencia: privación de libertad de larga duración de las personas defensoras de los derechos humanos - Tendencias y patrones en el uso de la privación de libertad de larga duración contra las personas defensoras de los derechos humanos (Bericht von Mary Lawlor, Sonderberichterstatterin über die Situation von Menschenrechtsverteidigern - Staaten, die Beweise leugnen: Langfristiger Freiheitsentzug von Menschenrechtsverteidigern - Trends und Muster bei der Anwendung von Langzeitinhaftierungen gegen Menschenrechtsverteidiger). A/76/143. 19. Juli 2021. Siehe: https://www.ohchr.org/es/documents/thematic-reports/a76143-states-denial-long-term-detention-human-rights-defenders-report

öffentliche Aktionen durchgeführt, die vor der Einführung des Ausnahmeregimes auf eine günstige Lösung für die Gruppe der Bauern, zu der er gehörte, hinzudeuten schienen.

Zehn Monate nach Inkrafttreten des Ausnahmezustands jedoch beschuldigten die Polizei PNC und die Generalstaatsanwaltschaft FGR Herrn Amaya und 40 weitere Landwirte inmitten einer von einem Gericht angeordneten Ermittlung der illegalen Vereinigung und der Verkehrsbehinderung, zwei Straftaten, die normalerweise Banden zugeschrieben werden. Die Bauern wurden von den Behörden auch in den sozialen Medien bloßgestellt.[120]

> ***"Was sie mit dieser Aktion wollten, war, sie zu verunglimpfen, ihren Kampf zu delegitimieren und die Bauernbewegung zu spalten, die begonnen hatte, sich zu organisieren, um dem räuberischen Kapital und dem instrumentalisierten Staat entgegenzutreten [...].***
>
> ***Sie sind keine Bandenmitglieder, die versuchen, die Kontrolle über ein Gebiet zu behalten, wie versucht worden war, sie darzustellen. Beim Kampf meines Vaters geht es darum, das Land zu verteidigen, auf dem er Mais und Bohnen anbaut, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Aber die Menschen, die Wortführer*innen und die Nachbarn in der Gegend werden für Verbrechen beschuldigt, die nichts mit der Verteidigung des Landes zu tun haben.***
>
> ***Dies geschieht in vielen Gemeinden des Landes, in denen die Regierung oder ihr nahestehende Personen Interessen oder Pläne für die Durchführung von Megaprojekten haben, von denen einige mit dem Tourismus und andere mit dem Bergbau zusammenhängen.***
>
> ***Und es stimmt, dass die Verfolgung und Kriminalisierung von Verteidiger*innen von Land, Territorium und natürlichen Ressourcen nichts Neues ist. Aber mit dieser Regierung hat sie sich noch verschärft, und das Ausnahmeregime ist zu einem unfehlbaren Instrument für diesen Zweck geworden".***
>
> Carolina Amaya[121], Tochter von Benjamín Amaya. Interview mit Amnesty Internacional im Juli 2023.

Derzeit sind es fünf Bauern, die zusammen mit Herrn Amaya inhaftiert und angeklagt sind. Den Aussagen der Tochter und eines ihrer Anwälte zufolge stützt sich die Anklage auf anonyme Zeugenaussagen - ein im Kontext des Ausnahmezustands weit verbreitetes Mittel -, die sie

[120] Siehe: https://twitter.com/FiscalGeneralSV/status/1630918166292443136?s=20, 1. März 2023
[121] Carolina Amaya ist Journalistin und Direktorin des unabhängigen digitalen Medienunternehmens Malayerba, das seit 2019 Umwelt-Themen bearbeitet.

beschuldigen, Menschen mit Waffen bedroht zu haben, um sie zur Zahlung von Lösegeld oder zum Verlassen des Landes zu bewegen, das Gegenstand des Konflikts ist.

Seit seiner Verhaftung im Februar 2023 hat Carolina ihren Vater weder sehen noch sprechen können, was ihre Sorge um seine Gesundheit verstärkt hat. Trotz der Angst vor Repressalien - insbesondere für ihren Vater - beschloss Carolina, den Fall aufzudecken und öffentlich anzuprangern, indem sie in einem journalistischen Beitrag die Vorfälle im Detail schildert.[122]

> ***"Es ist ungewöhnlich, dass dieser Vorwurf [Verkehrsbehinderung] außerhalb des Bandenkontextes erhoben wird. Ich habe noch nie gesehen, dass er auf jemanden außerhalb dieses Kontextes angewendet wurde. Es scheint also eine Strategie zu sein, ihn für seine Arbeit als Landverteidiger zu kriminalisieren."***
>
> Der Strafverteidiger von Herrn Amaya, in einem Interview mit Amnesty International im Juli 2023.

In den internationalen Menschenrechtsstandards wird die wichtige Rolle von Menschenrechtsverteidiger*innen anerkannt.[123] Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR hat wiederholt daran erinnert, dass die Staaten davon absehen müssen, in ihre Rechte einzugreifen oder sie zu verletzen. Im Gegenteil, sie sind verpflichtet, proaktive Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass sie ihre Arbeit ohne Angst vor Repressalien oder Gewalttaten ausüben können.[124]

g) Die Reaktion des Staates: Die Verweigerung von Untersuchungen und von Zugang zu Information

Angesichts der Schwere der Tatbestände haben verschiedene UN-Sonderverfahren und die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR den salvadorianischen Staat auf das Fehlen genauer Informationen sowohl über die Zahl der willkürlichen Verhaftungen als auch über die Todesfälle in staatlichem Gewahrsam, ihre Ursachen und die entsprechenden Ermittlungsverfahren angesprochen.[125]

> ***"Wie ist das Verfahren für den Zugang zu Informationen über den Ausnahmezustand? ... Wo ist der dauerhafte Speicherort dieser Informationen? [...] Zu den Informationen über das Strafvollzugssystem – welche Quellen werden herangezogen?"***
>
> Kommissar für Meinungsfreiheit, Pedro Vaca, in seinem Redebeitrag bei der Anhörung vor der Interamerianischen Menschenrechtskommission. Audiencia ante la CIDH: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador. 14. Juli 2023.[126]

Trotz der umfangreichen Informationen, die zivilgesellschaftliche Organisationen und die Medien regelmäßig über die Bedingungen der Inhaftierten und die erlittenen Menschenrechtsverletzungen veröffentlicht haben, tendierte die Reaktion des Staates dazu, diese Ereignisse zu verharmlosen und zu delegitimieren.

---

[122] El Faro. "El Estado ocupó el régimen para criminalizar a mi papá, un líder campesino" (El Faro. "Der Staat hat den Ausnahmezustand dazu benutzt, um meinen Vater zu kriminalisieren, einen einfachen Anführer von Landwirten"). 31. August 2023. Siehe: https://elfaro.net/es/202308/columnas/27036/el-estado-ocupo-el-regimen-para-criminalizar-a-mi-papa-un-lider-campesino

[123] Declaración sobre el derecho y el deber de los individuos, los grupos y las instituciones de promover y proteger los derechos humanos y las libertades fundamentales universalmente reconocidos. Naciones Unidas (Erklärung über das Recht und die Verpflichtung von Einzelpersonen, Gruppen und Organen der Gesellschaft, die allgemein anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen. Vereinte Nationen) A/RES/53/144 (1998). Siehe: https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/770/92/PDF/N9977092.pdf?OpenElement

[124] CIDH. Segundo Informe sobre la situación de las defensoras y los defensores de derechos humanos en las Américas (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Zweiter Bericht über die Lage der Menschenrechtsverteidiger in Nord- und Südamerika) OEA/Ser.L/V/II, Doc. 66, 29. Dezember 2011. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/defensores/docs/pdf/defensores2011.pdf

[125] Misión permanente de El Salvador ante las Naciones Unidas y otros organismos internacionales. Informe del Estado de El Salvador a la comunicación conjunta de los procedimientos especiales sobre alegaciones de presuntas violaciones de derechos humanos o el posible riesgo de ellas, en el marco del régimen de excepción y reformas a la legislación penal (Ständige Vertretung El Salvadors bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen. Bericht des Staates El Salvador zur gemeinsamen Mitteilung der Sonderverfahren über Anschuldigungen wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen oder der möglichen Gefahr solcher Verletzungen im Rahmen der Notstandsregelung und der Reformen der Strafgesetzgebung). Juli 2022. Siehe: https://recursos.elsalvador.com/documentos/2022/08/15/Informe-gobierno-ante-ONU.pdf

[126] Audiencia ante la CIDH: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador (Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR: Menschenrechte und Ausnahmezustände in El Salvador). 14. Juli 2023. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/sesiones/?S=187

In diesem Zusammenhang hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR den salvadorianischen Staat wiederholt aufgefordert, einen Besuch zu genehmigen, um die Bedingungen, unter denen das Notstandsregime umgesetzt wird, und die Menschenrechtslage zu überprüfen, aber bis heute konnte dieser Besuch nicht durchgeführt werden.[127]

Die öffentlichen Erklärungen und Handlungen der höchsten Beamten[128], die für die Untersuchung und Prävention solcher Fälle verantwortlich sind, neigen dazu, die Fakten zu leugnen, zu vertuschen[129] oder zu verzerren. Dies zeugt von der mangelnden Bereitschaft, die Missstände anzuerkennen und Maßnahmen zu ergreifen, die auf den Zugang zu Wahrheit, Gerechtigkeit, Entschädigung der Opfer und den Erlass von Maßnahmen zur Vermeidung von Wiederholungen abzielen.

Die fehlende Untersuchung und anschließende Bestrafung von Staatsbeamten und -bediensteten, die verdächtigt werden, für Menschenrechtsverletzungen wie Folter, grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung, willkürliche Inhaftierungen und Todesfälle in staatlichem Gewahrsam verantwortlich zu sein, haben ein Umfeld geschaffen, in dem grobe Menschenrechtsverletzungen zunehmend straffrei bleiben, so dass es wahrscheinlicher wird, dass sich solche Verstöße wiederholen.[130]

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR betont, dass die Staaten die Pflicht haben, alle Handlungen, die gegen die Menschenrechte verstoßen, gründlich und objektiv zu untersuchen. Sie betont auch, dass die Untätigkeit des Staates zu wiederholten Menschenrechtsverletzungen führen kann und die Opfer und ihre Familien in völliger Hilflosigkeit zurücklässt. Die Opfer und ihre Familien haben ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren, Gerechtigkeit zu bekommen und eine angemessene Entschädigung zu erhalten. Darüber hinaus müssen die Behörden Maßnahmen ergreifen, die darauf abzielen, dass sich die Ereignisse, die zu den Menschenrechtsverletzungen geführt haben, nicht wiederholen.[131]

---

[127] Audiencia ante la CIDH: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador (Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR: Menschenrechte und Ausnahmezustände in El Salvador). 14. Juli 2023. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/sesiones/?S=187

[128] *"Hemos archivado 142 casos de las muertes de personas que fueron detenidas durante el régimen de excepción y que fallecieron en centros penales. No constituyen delitos de acuerdo con nuestras investigaciones. Hemos comprobado científicamente, con el auxilio del Instituto de Medicina Legal, las causas de las muertes."* Declaraciones del Fiscal General de la República. *("Wir haben 142 Akten der Todesfälle von Personen geschlossen, die während des Notstandsregimes inhaftiert waren und in Gefängnissen starben. Sie stellen nach unseren Untersuchungen keine Verbrechen dar. Wir haben mit Hilfe des Instituts für Rechtsmedizin die Todesursachen wissenschaftlich überprüft."* Erklärungen des Generalstaatsanwalts der Republik) 13. Juni 2023. Siehe: https://apnews.com/world-news/general-news-d5b114d180b5cb24a6dc6a31e8650c23

"*A la fecha son un poco más de siete mil los que han sido liberados… Esto quiere decir que el sistema de justicia está funcionando." („Bis jetzt gibt es etwas mehr als 7.000 Menschen, die freigelassen worden sind … Damit möchte ich sagen, dass das Justizsystem funktioniert.")* Erklärungen des Ministers für Justiz und Sicherheit, in denen er sich auf die Zahl der Personen bezieht, denen Alternativen zur Untersuchungshaft gewährt wurden, nachdem sie willkürlich verhaftet wurden und inhaftiert waren, einige davon für mehr als ein Jahr. Siehe: https://twitter.com/dialogo21/status/1693980751161639369?s=12&t=MsX97OvhNNW0VpbKJM3r4Q, 22. August 2023

[129] Zwischen September und Oktober 2023 hat Amnesty International im Rahmen eines Antrags auf Zugang zu öffentlichen Informationen verschiedene Behörden um Informationen über die Zahl der im Rahmen des Notstandsregimes inhaftierten Personen, die Zahl der wegen illegaler Vereinigungen strafrechtlich verfolgten Personen sowie die Zahl derer, denen alternative Maßnahmen statt Haftunterbringung gewährt wurden, und die Zahl der endgültig freigesprochenen Personen gebeten. Bis zum Redaktionsschluss des Berichts war keine Antwort von den Institutionen eingegangen.
Ferner wurden Informationen über die Zahl der Polizei- und Armeemitglieder angefordert, gegen die wegen Misshandlungen in diesem Zeitraum ermittelt wird, sowie über die Zahl der laufenden Ermittlungen wegen Todesfällen in staatlichem Gewahrsam in Gefängnissen.
Die einzige Antwort auf alle diese Anfragen war, dass die Informationen entweder gesperrt oder nicht vorhanden seien.

[130] Corte Interamericana de Derechos Humanos. Caso Zambrano Vélez y otros Vs. Ecuador (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte. Fall Zambrano Vélez et al. gegen Ecuador). Urteil vom 4. Juli 2007. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_166_esp1.pdf

[131] CIDH. Garantías para la independencia de las y los operadores de justicia (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Garantien für die Unabhängigkeit der Akteure der Justiz). OEA/Ser.L/V/II, Doc. 20, 5. Dezember 2013. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/defensores/docs/pdf/operadores-de-justicia-2013.pdf

4. EINSCHRÄNKUNGEN DES BÜRGERLICHEN RAUMES UND ANGRIFFE AUF GRUNDFREIHEITEN

Der Begriff "bürgerlicher Raum" bezieht sich auf die Bedingungen, die notwendig sind, damit Menschen frei und ohne Angst an Aktionen und Diskussionen teilnehmen können, die ihr Leben und die soziale Ordnung betreffen. Dieses Umfeld impliziert die Achtung und Gewährleistung von Grundfreiheiten wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und den Zugang zu Informationen.

> ***"Eine Gesellschaft ist stärker und widerstandsfähiger, wenn sowohl Männer als auch Frauen in der Lage sind, eine sinnvolle Rolle im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben zu spielen und zur Erarbeitung politischer Maßnahmen beizutragen, die sich auf ihr Leben auswirken, u. a. durch den Zugang zu Informationen, die Teilnahme am Dialog, die Äußerung von abweichenden Meinungen und die Möglichkeit, sich zur Äußerung ihrer Ideen zu versammeln."***
>
> António Guterres, UN-Generalsekretär, anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Vereinten Nationen. La aspiración más elevada: Llamamiento a la acción en favor de los derechos humanos (Der höchste Anspruch: Appell zum Einsatz für die Menschenrechte). 2020. Siehe: https://www.un.org/en/content/action-for-human-rights/assets/pdf/The_Highest_Aspiration_A_Call_To_Action_For_Human_Right_SPA.pdf

El Salvador hat als Unterzeichner des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) und der Amerikanischen Menschenrechtskonvention (ACHR) die Verpflichtung, einen rechtlichen und institutionellen Rahmen zu schaffen, der ein öffentliches Umfeld fördert und garantiert, das es den Menschen ermöglicht, ihre Meinung zu äußern, sich zu treffen, und miteinander und mit Behörden über Angelegenheiten, die ihr Leben betreffen, frei, sicher und ohne jegliche Diskriminierung zu sprechen.[132]

Seit 2019 beobachten internationale Menschenrechtsorganisationen wie die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR in El Salvador jedoch einen besorgniserregenden Trend zur

[132] Amerikanische Menschenrechtskonvention ACHR: Art.13 (Freiheit der Gedanken und freie Meinungsäußerung); Art. 15 (Versammlungsfreiheit) und Art. 16 (Vereinigungsfreiheit). Siehe: https://www.oas.org/dil/esp/1969_Convenci%C3%B3n_Americana_sobre_Derechos_Humanos.pdf Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte ICCPR: Art. 19 (Recht auf freie Meinungsäußerung); Art. 21 (Recht auf friedliche Versammlung); Art. 22 (Vereinigungsfreiheit); Art. 25 (Beteiligung am politischen Geschehen). Siehe: https://www.ohchr.org/es/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rights

Einschränkung des bürgerlichen Raums.[133] Dieser Trend manifestierte sich zunächst in der Abschaffung und Einschränkung von Räumen für den Dialog und die Bürgerbeteiligung.[134]

Dieses Phänomen ist nicht nur ein erstes Anzeichen auch dafür, dass die Behörden die Stimmen der Zivilgesellschaft missachten, sondern es schränkt die Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte im Land ein und gefährdet den Fortschritt bei den Menschenrechten.[135]

Verschiedene Organisationen der salvadorianischen Zivilgesellschaft bekräftigen, dass es derzeit praktisch keine Möglichkeit gibt, Einfluss auf die Gestaltung und Umsetzung der öffentlichen Politik sowie auf den Gesetzgebungsprozess zu nehmen.[136]

Einer der bedeutendsten Fälle ist der Entstehungsprozess des Gesetzes über die Übergangsjustiz, bei dem das Parlament – obwohl internationale Standards[137] die Beteiligung der Opfer an der Ausarbeitung des Gesetzes fordern - die Einbeziehung der Opfer in diesen neuen Prozess nicht in Betracht gezogen hat.[138]

Sowohl die Interamerikanische Menschenrechts-kommission IACHR als auch der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte haben den salvadorianischen Staat darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, auf offene und konstruktive Weise wieder Räume für die Beteiligung und den Dialog mit allen Akteur*innen auf nationaler Ebene zu schaffen,

Tweet von Präsident Nayib Bukele in X (ehemals Twitter) über zivilgesellschaftliche Organisationen. Siehe: https://x.com/nayibbukele/status/1379812039988817936?s=20

---

[133] CIDH presenta observaciones preliminares de su visita in loco a El Salvador (Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR legt vorläufige Beobachtungen ihres Besuchs in El Salvador vor). 27. Dezember 2019. *"Die IACHR fordert den Staat auf, den Inhalt des Territorialen Kontrollplans sowie die Bedeutung der Wiederherstellung von Räumen für die Bürgerbeteiligung, wie dem inzwischen aufgelösten Rat für Bürgersicherheit, bekannt zu machen"*. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2019/335.asp

[134] Die Bukele-Regierung hat unter anderem folgende Gremien für den Dialog und die Bürgerbeteiligung aufgelöst: den Nationalen Rat für Bürgersicherheit und Koexistenz (Consejo Nacional de Seguridad Ciudadana y Convivencia - CNSCC), den Nationalen Bildungsrat (Consejo Nacional de Educación - CONED), den Nationalen Rat für ökologische Nachhaltigkeit (Consejo Nacional de Sustentabilidad Ambiental - CONASAV), den Runden Tisch für polizeiliche Maßnahmen (Mesa de Actuaciones Policiales) und den Verwaltungsrat des Registers für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen (Consejo Directivo del Registro de Víctimas de Graves Violaciones a los Derechos Humanos), und weitere.

[135] Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR hat erklärt, dass die Beteiligung der Bürger an der öffentlichen Verwaltung Teil der Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte ist: CIDH, Violencia, niñez y crimen organizado (IACHR, Gewalt, Kinder und organisierte Kriminalität), OEA/Ser. L/V/II. Doc. 40/15, 11. November 2015. Siehe: http://www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/violencianinez2016.pdf; CIDH, Seguridad ciudadana y derechos humanos (IACHR, Bürgersicherheit und Menschenrechte), OEA/Ser. L/V/II. Doc. 57. 31. Dezember 2009. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/docs/pdfs/seguridad%20ciudadana%202009%20esp.pdf

[136] Im Mai 2021 archivierten die Ausschüsse des Parlaments mehr als 300 Gesetzesentwürfe, von denen einige mit der Förderung eines normativen Rahmens zur Gewährleistung der Menschenrechte zu tun hatten und an deren Ausarbeitung die Zivilgesellschaft beteiligt war. Zu diesen Vorschlägen gehörten: das Gesetz zur Geschlechtsidentität (Ley de Identidad de Género), das Gesetz zur Anerkennung und zum allgemeinen Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen (Ley para el Reconocimiento y Protección Integral de las Personas Defensoras de Derechos Humanos), das Gesetz zum Schutz von Journalist*innen (Ley de Protección a Personas Periodistas), das Antidiskriminierungsgesetz (Ley Contra la Discriminación), Reformen des Sondergesetzes für ein gewaltfreies Leben für Frauen (Ley Especial Integral para una Vida Libre de Violencia para las Mujeres) und das Gesetz gegen den illegalen Menschenhandel (Ley Contra el Tráfico Ilegal de Personas). Und seit mehr als zwei Jahren hat keine Kommission die Diskussion über diese Themen weitergeführt.

[137] Gemäß dem Grundsatz der zentralen Rolle des Opfers muss der Staat die aktive Beteiligung der Opfer an den sie betreffenden Prozessen fördern und gewährleisten und sicherstellen, dass ihre Ansichten und Anliegen in die Lösungen und Entscheidungen einfließen. Principios y directrices básicos sobre el derecho de las víctimas de violaciones manifiestas de las normas internacionales de derechos humanos y de violaciones graves del derecho internacional humanitario a interponer recursos y obtener reparaciones (Grundprinzipien und Leitlinien für das Recht auf Wiedergutmachung und Entschädigung für Opfer grober Verletzungen der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts). Generalversammlung der Vereinten Nationen. A/60/509/Add.1. Siehe: https://undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2F60%2F509%2FAdd.1&Language=R&DeviceType=Mobile

[138] Opfer- und Menschenrechtsorganisationen haben daraufhin einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt und ihre Beteiligung gefordert. Dieser Gesetzesentwurf wurde jedoch vom Justizausschuss des Parlaments bis heute nicht ordnungsgemäß geprüft.
Obwohl für 2022 ein ständiger Dialogtisch nach einer Reihe von Anhörungen mit Opfern und ehemaligen Kämpfern versprochen wurde, sind die Organisationen und Kollektive trotz ihrer wiederholten Bitten nicht offiziell einberufen worden, um den Inhalt des Vorschlags zu diskutieren. Siehe die Arbeitsberichte der Justiz- und Menschenrechtskommission des Parlaments, insbesondere den Zweiten Quartalsbericht 2021-2024 (Segundo Informe Trimestral 2021-2024), Zeitraum August, September und Oktober 2021; den Dritten Quartalsbericht 2021-2024 (Tercer Informe Trimestral 2021-2024), Zeitraum November und Dezember 2021 und Januar 2022; den Vierten Quartalsbericht 2021-2024 (Cuarto Informe Trimestral 2021-2024), Zeitraum Februar, März und April 2022. Alle Berichte sind verfügbar unter: https://www.asamblea.gob.sv/asamblea/comisiones/informes/2021-2024/75291F8C-605A-4DA5-A505- D783C807CD83

einschließlich Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, des Privatsektors, Vertreter*innen und Vorsitzende indigener Völker sowie Menschenrechtsverteidiger*innen.[139]

Die Haltung des Staates, die Beteiligung der Zivilgesellschaft abzulehnen, ihre Beiträge zu Fragen von nationalem Interesse auf ein Minimum zu reduzieren und Kanäle für einen konstruktiven Dialog mit diesen Akteur*innen abzulehnen, war eine Art Vorzeichen für den zunehmenden Verfall des zivilgesellschaftlichen Raums im Land.

Seit der Einführung dieser Praxis haben lokale Organisationen über eine stetige Zunahme von Maßnahmen berichtet, die die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit verletzen, wobei die Hauptopfer Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen, Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen und Gewerkschaftsführer*innen sind. Das hat zu einem hohen Maß an Feindseligkeit geführt.[140]

Zu den häufigsten Übergriffen, die von salvadorianischen Organisationen festgestellt wurden, gehören öffentliche Äußerungen von Regierungsvertreter*innen, die verunglimpfend und diskreditierend wirken, Schikanen in sozialen Netzwerken, unzulässige Einschränkungen bei der Durchführung friedlicher Proteste sowie Angriffe auf die Unversehrtheit und Freiheit von Einzelpersonen.[141]

Am Gravierendsten ist im Zusammenhang mit der Aussetzung von Rechten z.B. die Ausnutzung des Ausnahmezustands zur Kriminalisierung kritischer Stimmen.

In diesem Kontext hat Amnesty International ein erhöhtes Risiko für Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und die Zivilgesellschaft im Allgemeinen festgestellt. Die beobachteten Muster deuten darauf hin, dass die Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums und die daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen das Ergebnis bewusster und koordinierter Maßnahmen der wichtigsten staatlichen Behörden sind, die darauf abzielen, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und die soziale Unzufriedenheit durch repressive Taktiken zu steuern.[142]

> ***"Bürgerlicher Freiraum ist ein Indikator für Menschenrechte, Frieden und Entwicklung. Er ist der Schlüssel zu nachhaltigen und widerstandsfähigen Gesellschaften, doch er steht zunehmend unter Druck durch unangemessene Einschränkungen und repressive Gesetze. Das reicht von Drohungen und Angriffen auf Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen über Einschüchterungen und Schikanen im Internet bis hin zur Auflösung friedlicher Versammlungen und der Abschaltung des Internets."***
>
> UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk. Genf, 26. Mai 2023[143]

---

[139] CIDH: CIDH presenta observaciones preliminares de su visita in loco a El Salvador (IACHR: Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR präsentiert vorläufige Beobachtungen ihres Besuchs in El Salvador. 27. Dezember 2019. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2019/335.asp

[140] *"In El Salvador kommt es immer wieder zu Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger, Organisationen und Journalisten, was sich unmittelbar auf die Menschenrechtsarbeit auswirkt und die Unversehrtheit und das Leben derer, die diese Arbeit leisten, gefährdet".* Informe de agresiones contra personas defensoras y periodistas: análisis de casos 2022. Mesa por el Derecho a Defender Derechos (Bericht über Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger und Journalisten: Analyse der Fälle 2022. Runder Tisch für das Recht, Rechte zu verteidigen). Mai 2023. Siehe: https://im-defensoras.org/2023/05/el-salvador-informe-de-agresiones-contra-personas-defensoras-y-periodistas-analisis-de-casos-2022

[141] Mesa por el Derecho a Defender Derecho. Defendiendo derechos humanos en contextos de crisis: análisis de casos de agresiones contra personas defensoras y periodistas, 2021-2022 (Runder Tisch für das Recht, Rechte zu verteidigen. Verteidigung der Menschenrechte in Krisensituationen: Analyse von Fällen von Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger und Journalisten, 2021-2022). Siehe: https://im-defensoras.org/public/udyjhvwh8b690huykx0cdkatwmz4/Resumen-ejecutivo-informe-Mesa-El-Salvador.pdf

[142] Nach Angaben des Runden Tisches für das Recht, Rechte zu verteidigen (Mesa por el Derecho a Defender Derechos), gehen zwischen Januar 2021 und Mai 2022 drei von vier Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen vom Präsidentenpalast und dem Parlament aus. Mesa por el Derecho a Defender Derecho. Defendiendo derechos humanos en contextos de crisis: análisis de casos de agresiones contra personas defensoras y periodistas, 2021-2022 (Runder Tisch für das Recht, Rechte zu verteidigen. Verteidigung der Menschenrechte in Krisensituationen: Analyse von Fällen von Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger und Journalisten, 2021-2022). Siehe: https://im-defensoras.org/public/udyjhvwh8b690huykx0cdkatwmz4/Resumen-ejecutivo-informe-Mesa-El-Salvador.pdf

[143] El Alto Comisionado de Derechos Humanos de la ONU hace un llamamiento para proteger y ampliar el espacio cívico (UN-Hochkommissar für Menschenrechte fordert Schutz und Erweiterung des zivilen Raums). 26. Mai 2023. Siehe: https://hchr.org.mx/comunicados/el-alto-comisionado-de-derechos-humanos-de-la-onu-hace-un-llamamiento-para-proteger-y-ampliar-el-espacio-civico/

4.1. ANGRIFF AUF DIE MEINUNGSFREIHEIT

Die Staaten sind verpflichtet, ein günstiges Umfeld für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung zu schaffen, indem sie unter anderem davon absehen, sich an Aktionen in den sozialen Medien zu beteiligen und diese zu finanzieren, wie zum Beispiel koordiniertes inkorrektes Verhalten oder andere Online-Beeinflussungsaktionen, die darauf abzielen, öffentliche Meinungen oder Haltungen zu parteipolitischen Zwecken zu fördern.[144]

In El Salvador berichten jedoch verschiedene journalistische Beiträge über den mächtigen digitalen Kommunikationsapparat, den die Exekutive aufgebaut hat. Journalistische Untersuchungen zeigen, wie Troll-Zentren und YouTube-Kanäle versuchen, Narrative zu kontrollieren, die Regierungspolitik zu loben, Desinformation zu fördern und Kritiker*innen anzugreifen und verächtlich zu machen.[145]

a) Soziale Netzwerke: Sprachrohr von Verleumdungs- und Stigmatisierungskampagnen gegen kritische Stimmen

In El Salvador stellte die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR bei ihrem Vor-Ort-Besuch im Jahr 2019 bei verschiedenen Akteur*innen Besorgnis darüber fest, dass in sozialen Netzwerken und in den Medien ein verunglimpfender Diskurs gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und unabhängige Medien geführt wird, der von den höchsten staatlichen Behörden ausgeht.[146]

Angesichts dieser Zunahme und auf Antrag von mehreren Abgeordneten setzte das Parlament (Legislaturperiode 2018-2021) eine Sonderkommission zur Untersuchung dieser Vorfälle ein[147] und definierte als Parameter der Untersuchung sowohl die Schikanen, denen die Medien aufgrund ihrer Arbeit und redaktionellen Ausrichtung ausgesetzt sind, als auch die Verwendung öffentlicher Mittel gegen sie.[148] Der Abschlussbericht der Kommission kam zu dem Schluss, dass die Exekutive Journalist*innen schikanierte, staatliche Ressourcen unangemessen einsetzte und ihre Einschüchterungsmaßnahmen auf virtuelle Räume ausdehnte.[149]

---

[144] Gemeinsame Erklärung: Relatoría Especial de las Naciones Unidas (ONU) sobre la Protección y Promoción de la Libertad de Opinión y Expresión. Representación de la Organización para la Seguridad y la Cooperación en Europa (OSCE) para la Libertad de los Medios de Comunicación, la Relatoría Especial para la Libertad de Expresión de la Organización de Estados Americanos (OEA) y la Relatoría Especial de la Comisión Africana de Derechos Humanos y de los Pueblos (CADHP) para la Libertad de Expresión y Acceso a la Información. Declaración conjunta 2021 sobre líderes políticos, personas que ejercen la función pública y libertad de expresión. (Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen (UN) für den Schutz und die Förderung der Meinungsfreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Die Vertretung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für Medienfreiheit, der Sonderberichterstatter der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der Sonderberichterstatter der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker (ACHPR) über die Freiheit der Meinungsäußerung und den Zugang zu Informationen. Gemeinsame Erklärung 2021 über politische Anführer, Amtsträger und die Meinungsfreiheit). 20. Oktober 2021. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/expresion/showarticle.asp?artID=1214&IID=2

[145] Reuters. Trolls, propaganda and fear stoke Bukele's media machine in El Salvador (Reuters. Trolle, Propaganda und Angst schüren Bukele's Medienmaschine in El Salvador). 29. November 2022. Siehe: https://www.reuters.com/investigates/special-report/el-salvador-politics-media/;
Factum. El ejército de troles pro Nayib tuitea hasta 20 horas diarias (Factum. Die Pro-Nayib-Troll-Armee twittert bis zu 20 Stunden am Tag). 14. Juli 2023. Siehe: https://www.revistafactum.com/el-ejercito-de-troles/
Revista Disruptiva. Los evangelistas de Bukele (Revista Disruptiva. Bukele's Evangelisten). 19. Mai 2023. Siehe: https://www.disruptiva.media/los-evangelistas-de-bukele/
El Faro. El factor YouTube en la estrategia viral de Bukele (El Faro. Der YouTube-Faktor in der viralen Strategie von Bukele). 25. August 2023. Siehe: https://elfaro.net/es/202305/el_salvador/26855/El-factor-YouTube-en-la-estrategia-viral-de-Bukele.htm

[146] CIDH presenta observaciones preliminares de su visita in loco a El Salvador (Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR präsentiert vorläufige Beobachtungen ihres Besuchs in El Salvador). 27. Dezember 2019. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2019/335.asp

[147] Asamblea Legislativa de El Salvador. Acuerdo Legislativo No 690 (sic!). 13. August 2020. Siehe: https://www.asamblea.gob.sv/sites/default/files/documents/dictamenes/AC10D22B-AA6C-4FA7-B87D-AB8721F9201D.pdf

[148] Ebenda, Anmerkung 145 [sic!]

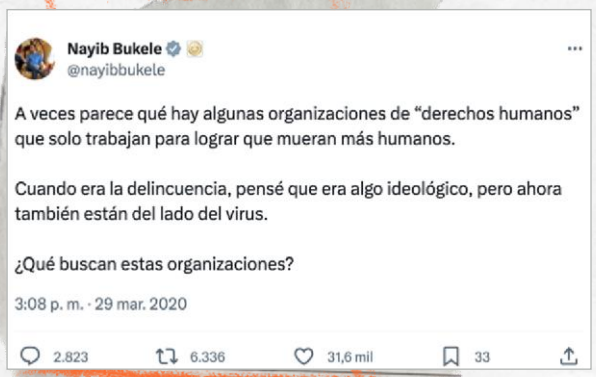
[149] Asamblea Legislativa de El Salvador. Informe de la Comisión especial para la investigación de acoso que están sufriendo periodistas de diferentes medios de comunicación debido a su trabajo y línea editorial y el uso de recursos públicos en contra de opositores (Parlament von El Salvador. Bericht der Sonderkommission zur Untersuchung der Schikanen, denen Journalisten verschiedener Medien aufgrund ihrer Arbeit und redaktionellen Linie ausgesetzt sind, sowie der Verwendung öffentlicher Mittel gegen Gegner). Erarbeitet am 4. November 2020 und mit 58 Stimmen im Plenum des Parlamentes angenommen. 12. November 2020. Siehe: https://www.asamblea.gob.sv/sites/default/files/documents/informes/E0E4E27D-46B6-4E3C-B7F1-9160E5371FFF.pdf

> **“Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR hat festgestellt, dass die Abwertung der Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen durch Äußerungen von Staatsbeamten zu einer Verfemung führt und gleichzeitig ein Klima der Feindseligkeit und Intoleranz in verschiedenen Teilen der Bevölkerung fördern kann, das die legitime Ausübung der Versammlungsfreiheit erschwert.”**
>
> CIDH, Segundo informe sobre la situación de las defensoras y defensores de derechos humanos en las Américas (Zweiter Bericht über die Lage der Menschenrechtsverteidiger auf dem amerikanischen Kontinent), OEA/Ser. L/V/II. Doc. 66, 31. Dezember 2011, Absatz 125. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/defensores/docs/pdf/defensores2011.pdf

*“Seit der COVID-19-Pandemie haben Menschenrechtsorganisationen in El Salvador einen deutlichen Anstieg von Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger*innen, insbesondere im digitalen Bereich, beklagt, wodurch ein feindliches Umfeld geschaffen wurde, das unsere Arbeit behinderte.*

Wir konnten feststellen, dass die Verleumdungs- und Beschimpfungskampagnen offenbar von Accounts ausgingen, die mit Regierungsbeamten oder hochrangigen, der Regierung nahestehenden Personen des öffentlichen Lebens in Verbindung gebracht werden konnten, und sogar vom Account des Präsidenten Bukele selbst."

Mitglied der Zivilgesellschaft in einem Interview mit Amnesty International im Juli 2023.



Tweet von Präsident Nayib Bukele im Sozialen Netzwerk X über Organisationen der Zivilgesellschaft. Siehe https://x.com/nayibbukele/status/1244370925815988226?s=20

In ihrem Jahresbericht 2020 stellte die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR fest, dass sie Kenntnis von digitalen Angriffen auf Menschenrechtsverteidigerinnen hat, die staatliche Unregelmäßigkeiten im Umgang mit der COVID-19-Krise anprangerten. Zu diesen Angriffen gehörten einschüchternde Botschaften und Frauenfeindlichkeit in den sozialen Medien. Sie erwähnte auch, dass hochrangige Behörden die Verteidigerinnen verächtlich machten, um ihre Beschwerden zu diskreditieren. Die IACHR forderte den Staat auf, "öffentlich und unmissverständlich die grundlegende Rolle anzuerkennen, die Menschenrechtsverteidiger*innen bei der Gewährleistung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit spielen."[150]

Das Gegenteil war der Fall: Mit der Neugestaltung des Parlaments im Jahr 2021 hat der verunglimpfende Diskurs von Beamten verschiedener staatlicher Stellen zugenommen, die versuchen, die Rolle und die Arbeit verschiedener sozialer Akteur*innen zu diskreditieren, die die staatliche Politik überwachen.

> **“Und für Sie, 'Journalisten', Mitglieder der 'internationalen Gemeinschaft', Herren der wohlhabenden und elitären Akademikerschaft: Da haben Sie Ihre Kinder, Ihre Angeklagten, Ihre Jungen, Ihre 'journalistischen Quellen'! Da haben Sie Ihre erbärmlichen Mörder.”**
>
> Ernesto Castro, Präsident des Parlamentes.[151]

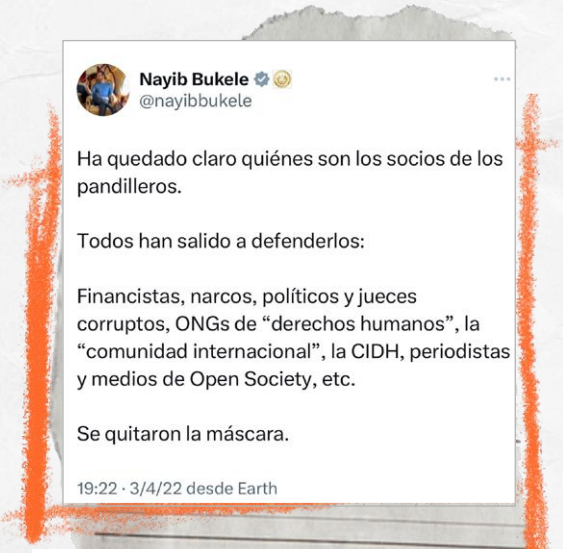
"Ziel dieser Strategie ist es, Organisationen und Medien, die Lobbyarbeit leisten und die öffentliche Verwaltung überwachen, zu degradieren und zu diskreditieren.

[150] CIDH. Informe anual 2020 (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Jahresbericht 2020). Kap. IV-A, Absatz 354. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/docs/anual/2020/capitulos/IA2020cap.4A-es.pdf
[151] Siehe: https://twitter.com/ECastroES/status/1658620044601966594?s=20, 17. Mai 2023

Sie soll aber auch abschrecken und die Selbstzensur fördern. Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten weiterhin an Fragen der Korruptionsbekämpfung und der Förderung der Transparenz, haben aber beschlossen, bei ihren Aktionen weniger sichtbar zu sein.

Jeder hat irgendwann einmal Angst davor, Ziel dieser Hassattacken zu werden. Das bringt einen dazu, zweimal zu überlegen, bevor man etwas äußert.“

Ein Mitglied der Zivilgesellschaft in einem Interview mit Amnesty International im Juli 2023.



Tweet von Präsident Nayib Bukele im sozialen Netzwerk X über Organisationen der Zivilgesellschaft. Siehe: https://x.com/nayibbukele/status/1510774785227296786?s=20

Im Rahmen einer Auswertung des sozialen Netzwerks X (ehemals Twitter) analysierte Amnesty International den Inhalt von neun Accounts von Staatsbediensteten und sieben institutionellen Accounts[152] mit dem Ziel, das Vorhandensein verunglimpfender Botschaften gegenüber Menschenrechtsorganisationen, Journalist*innen und unabhängigen Medien zu überprüfen.[153]

Diese Untersuchung bestätigte, dass viele Aktionen als Anstiftung zu Schikanen, Belästigungen und Angriffen auf den Ruf und die Glaubwürdigkeit der Personen und Organisationen konzipiert sind, die Ziel dieser Botschaften sind. Der Ton dieser Nachrichten ist aggressiv, sarkastisch, bedrohlich, diffamierend und herabwürdigend.

Darüber hinaus neigen die Veröffentlichungen dazu, die ins Visier genommenen Personen mit Handlungen in Verbindung zu bringen, die als destabilisierend für die Pläne der Regierung und somit als dem Wohl des Landes zuwiderlaufend beschrieben werden.

Im Rahmen des Ausnahmezustands werden sie sogar mit kriminellen Gruppen in Verbindung gebracht, was die Risiken für die Opfer dieser Angriffe noch erhöht. Die Kommentare in diesen Veröffentlichungen spiegeln eine wachsende Feindseligkeit gegenüber Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und jeder kritischen Stimme wider, die disqualifiziert, beleidigt, mit Kriminalisierung und sogar dem Tod bedroht werden.

[152] Die folgenden Accounts wurden in die Auswertung einbezogen:
Regierungsvertreter: 1) Nayib Bukele, Präsident der Republik, @nayibbukele; 2) Felix Ulloa, Vizepräsident, @fulloa51; 3) Gustavo Villatoro, Minister für Sicherheit, @Vi11atoro; 4) René Francis Merino Monroy, Verteidigungsminister, @merino_monroy; 5) Rodolfo Delgado, Generalstaatsanwalt, @FiscalGeneralSV; 6) Mauricio Arriaza Chicas, Polizeidirektor PNC, @Director_PNC; 7) Ernesto Castro, Parlamentspräsident, @EcastroES; 8) Christian Guevara, Fraktionsvorsitzender der NI [Nuevas Ideas; Anm.d.Ü.], @ChrisGuevaraG; 9) Osiris Luna Meza, Generaldirektor der Strafvollzugsanstalten, @osirislunameza.
Öffentliche Institutionen: 1) Präsidentschaft der Republik, @presidenciaSV; 2) Vizepräsidentschaft der Republik, @VcpresidenciaSV; 3) Parlament, @AsambleaSV; 4) Sicherheitsministerium, @SeguridadSV; 5) Verteidigungsministerium, @DefensaSV; 6) Generalstaatsanwaltschaft, @FGR_SV; 7) Nationale Zivilpolizei, @PNCSV. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich von Juni 2019 bis Oktober 2023.

[153] Um festzustellen, ob eine Nachricht in "X" stigmatisierend ist, wurde eine Liste von Begriffen erstellt, die üblicherweise verwendet werden, um Einzelpersonen oder Gruppen zu verunglimpfen, indem man ihnen negative Stereotypen zuordnet. Bei der Analyse wurden auch der Kontext und die Absicht der Verwendung des Begriffs berücksichtigt. Auf der Grundlage des erstellten Katalogs wurden die Nachrichten der untersuchten Konten gefiltert. Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Liste der Wörter nicht festgelegt war und während des gesamten Analysezeitraums angepasst und erweitert wurde.

“In einem Umfeld, in dem Rechte immer weiter ausgesetzt werden, und der Kooptation des Staates habe ich eine deutliche Zunahme der Risiken für die Verteidiger*innen wahrgenommen.

Obwohl ich kein sehr aktives Profil in den sozialen Medien pflege, löst jeder Beitrag von mir in den Medien eine Lawine von Beleidigungen und Drohungen aus, die oft eine stark frauenfeindliche Komponente haben. Es ist zwar verständlich, dass ich kritisiert werde, aber Gewalttätigkeiten sollten unter keinen Umständen toleriert werden.

Und was die Situation noch ernster macht, ist die Herkunft der Angriffe. Es handelt sich nicht um einzelne Personen, sondern um koordinierte Gruppen, die vom Staat unterstützt oder angestiftet werden. Und wenn wir das Gefühl haben, dass hohe Beamte hinter diesen Angriffen in den sozialen Netzwerken stehen, wo sie uns verächtlich machen, diffamieren, bedrohen und sogar dazu auffordern, uns zu kriminalisieren, dann haben wir das Gefühl, dass die gesamte Staatsmacht gegen uns ist."

Zaira Navas, Koordinatorin des Programms zu Rechtsstaatlichkeit bei Cristosal, in einem Interview mit Amnesty International im August 2023.

Beispiel für eine Liste von mehr als 300 Kommentaren, die Zaira Navas nach der Veröffentlichung eines Interviews in der Internet-Zeitung El Faro erhalten hat. Siehe: https://twitter.com/_elfaro_/status/1665828120920748032?s=20%20, ab 5. Juni 2023

Die Monitoring-Stelle der Journalistenvereinigung von El Salvador (APES) verzeichnete in ihrem Bericht von 2022 136 Fälle von Angriffen auf die Presse im Rahmen ihrer Arbeit, was 147 Verstöße und 161 betroffene Personen bedeutete.[154] Zu den häufigsten Fällen gehörten digitale Angriffe und verunglimpfende Äußerungen, insbesondere durch staatliche Vertreter (sechs von zehn) und anonyme Profile in sozialen Netzwerken.[155]

[154] Der Unterschied in den Daten ist gerechtfertigt, da in einigen Fällen mehr als eine Verletzung oder ein Angriff gegen einen Journalisten oder Informationsmitarbeiter festgestellt wurde und auf unterschiedlichen Einschränkungen beruht. Ebenso ist die Zahl der betroffenen Personen im Verhältnis zur Zahl der erfassten Fälle und Verstöße höher, da es Fälle gibt, die mehrere Personen und/oder Fälle von Gruppen betreffen.

[155] APES. Informe sobre la libertad de prensa en El Salvador. 2022 (APES. Bericht über die Pressefreiheit in El Salvador). Siehe: https://apes.org.sv/informe-sobre-libertad-de-prensa-en-el-salvador-2022/

> ***"Jetzt ist es ein systematischer Angriff. Es gibt Beamte, die aktiv angreifen, zu Hassreden anstiften oder sie fördern, angefangen vom Präsidenten bis hin zu seinen Ministern und Stellvertretern."***
>
> Bryan Avelar, freier Journalist in Mexiko und Zentralamerika. Interview mit Amnesty International im September 2023.

Im Juli 2022 verlängerte die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR die Vorsichtsmaßnahmen, die sie ein Jahr zuvor 31 salvadorianischen Journalist*innen gewährt hatte, da sie der Ansicht war, dass die Veröffentlichung und beschleunigte Verbreitung von verleumderischen und belästigenden Nachrichten gegen sie in sozialen Netzwerken anhielt, einschließlich Drohungen und der Verbreitung privater Informationen, wie Fotos und Gewohnheiten, sogar von Familienmitgliedern.[156]

Im Allgemeinen enthalten die Kommentare und Antworten auf Nachrichten, die sich auf Frauen beziehen, ein hohes Maß an Frauenfeindlichkeit und Kraftausdrücken gegen Frauen, einschließlich der Androhung von Vergewaltigung oder anderen sexuellen Übergriffen.[157]

Die Staaten sind verpflichtet, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und geschlechtsspezifische Gewalt in allen Bereichen der Kommunikation zu bekämpfen, indem sie sichere Arbeitsumgebungen für Frauen - sowohl für Journalistinnen als auch für Verteidigerinnen - schaffen, konkrete Mechanismen zur Registrierung von Fällen einrichten und effektive praktische Maßnahmen zur Verhinderung und zum Schutz von Übergriffen durch staatliche oder private Akteur*innen ergreifen.

Amnesty International stellt mit Besorgnis fest, dass hochrangige staatliche Behörden bestimmte Verhaltensweisen im digitalen Bereich fördern, die dann von ihren Verbündeten und Sympathisanten mit hohem öffentlichem Ansehen nachgeahmt werden.

Wie journalistische Untersuchungen gezeigt haben, werden diese Nachrichten durch den Einsatz von Bots und sogenannten Troll-Farmen[158] verstärkt, um einen Diskurs zu verbreiten, der Stigmatisierung, Diskreditierung und sogar Gewalt gegen diejenigen fördert, die bestimmte Handlungen, Entscheidungen oder Maßnahmen der Regierung in Frage stellen, kritisieren oder anprangern.[159]

In diesem Zusammenhang hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR darauf hingewiesen, dass stigmatisierende Botschaften, die von offiziellen Stellen oder einflussreichen Sektoren der Gesellschaft kommen, als Ermutigung zu Handlungen interpretiert werden können, die die Sicherheit und die Rechte von Verteidiger*innen gefährden und ihre Verwundbarkeit erhöhen.[160]

Die Fortsetzung dieser Art von Methoden durch den Staat hat im Laufe der Zeit die Feindseligkeit gegenüber kritischen Stimmen verschärft, was bereits zu Verletzungen ihrer Rechte geführt und ihr Leben und ihre körperliche Unversehrtheit in Gefahr gebracht hat.

b) Vom scheinbaren Risiko zur realen Bedrohung

Im September 2021 gewährte die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR der Anwältin Bertha María Deleón Schutzmaßnahmen aufgrund von Stigmatisierungsvorwürfen und Angriffen in sozialen Medien im Zusammenhang mit ihrer Kritik an der Regierung.

---

[156] CIDH. Medidas cautelares No. 1051-20 (Seguimiento, Ampliación y Levantamiento). Miembros identificados del Periódico Digital El Faro respecto de El Salvador. Resolución 32/2022 (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Vorsorgliche Maßnahmen Nr. 1051-20 (Follow-up, Verlängerung und Aufhebung). Benannte Mitglieder der digitalen Zeitung El Faro in Bezug auf El Salvador. Entschließung 32/2022). 8. Juli 2022. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/decisiones/mc/2022/res_32-22_mc_1051-20_sv_es.pdf

[157] "*Wir erkennen, dass die Angriffe infolge unserer Veröffentlichung über die hohen Lebenshaltungskosten und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung von Intoleranz gegenüber Kritik, Dialogverweigerung und Frauenfeindlichkeit geleitet sind. Wir fordern ein Ende der sexistischen Angriffe, die auf der körperlichen Erscheinung von Frauen basieren, um ihre Meinungen und ihr Wissen zu diskreditieren".* Erklärung des feministischen digitalen Mediums Alharaca als Reaktion auf Angriffe gegen Mitarbeiterinnen im Oktober 2023. Siehe: https://twitter.com/alharaca_sv/status/1710387554023874673 , 6. Oktober 2023

[158] El Diario de Hoy. Ola de críticas por "granja de troles" al servicio de Bukele (El Diario de Hoy. Kritik an "Trollfarm" im Dienst von Bukele). 4. Dezember2022. Siehe: https://www.elsalvador.com/noticias/nacional/redes-sociales-nayib-bukele-propaganda-electoral-/1021584/2022/

[159] Die Verbreitung von Nachrichten in sozialen Medien durch Bots und Troll-Farmen beinhaltet den koordinierten und strategischen Einsatz, um automatisch Inhalte und Likes zu generieren und Nachrichten schnell zu teilen. Trollfarmen hingegen nutzen Einzelpersonen, die mehrere Accounts verwalten, um aktiv an Diskussionen teilzunehmen und bestimmte Inhalte zu fördern. Gemeinsam arbeiten sie daran, die öffentliche Wahrnehmung zu manipulieren, den Diskurs zu beeinflussen und die Popularität oder Sichtbarkeit bestimmter Nachrichten oder Themen künstlich zu erhöhen. Siehe: Samuel C. Woolley und Philip N. Howard. Political Bots and the Manipulation of Public Opinion in Venezuela. 2015; und P. W. Singer und Emerson T. Brooking. LikeWar: The Weaponization of Social Media". 2018.

[160] CIDH, Criminalización de defensoras y defensores de derechos humanos (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR, Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidigern), OEA/Ser. L/V/II, Doc. 49/15, 31. Dezember 2015, Absätze 78-92. Siehe: http://www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/criminalizacion2016.pdf

Zu diesen Angriffen gehörten Gewaltbotschaften und Androhungen von Angriffen. Die IACHR stellte fest, dass einflussreiche Personen und Beamte an der Verbreitung dieser Nachrichten beteiligt waren, und kam zu dem Schluss, dass die Belästigungskampagne darauf abzielte, die Glaubwürdigkeit von Bertha María Deleón zu beschädigen, die Integrität ihrer Arbeit in Frage zu stellen und ein feindliches Umfeld für sie zu schaffen.

Darüber hinaus bestätigte die IACHR, dass der Staat es versäumt hatte, die von der nationalen Gerichtsbarkeit gewährten Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der physischen, psychischen und moralischen Unversehrtheit der Anwältin wirksam umzusetzen.

Die Kombination dieser Faktoren schuf ein Umfeld, in dem sie sehr feindselig behandelt wurde, und brachte sie in eine Situation außergewöhnlicher Verletzlichkeit, die ihr Leben und ihre persönliche Sicherheit gefährdete.[161]

Vor der Gewährung internationaler Schutzmaßnahmen und angesichts der ständigen Gefahr, kriminalisiert zu werden, beschloss die Anwältin, das Land zu verlassen. Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf ihre Lebensgestaltung und führte nicht nur zu einem Bruch mit ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld, sondern auch zu einem Bruch in ihrer beruflichen Laufbahn und ihren Zielen.[162]

Zeugenaussagen von Menschen, die Verleumdungskampagnen und systematischen Schikanen in den sozialen Medien ausgesetzt waren, wie sie diese Anwältin erlitten hat, haben Amnesty International mitgeteilt, wie diese Praxis - unter Beteiligung hochrangiger Beamter und einflussreicher Personen, die über einen längeren Zeitraum und mit einem hohen Maß an Straflosigkeit durchgeführt wird - zu spürbaren Auswirkungen auf das Leben einer Person und zur Verletzung zahlreicher Rechte führen kann.

Nachdem zum Beispiel der Rechtsanwalt Salvador Enrique Anaya Barraza[163] rechtliche Schritte zur Verteidigung der Unabhängigkeit der Justiz und zur Kritik an Regierungsentscheidungen eingeleitet hatte, stieg sein Bekanntheitsgrad erheblich. Er wurde zur Zielscheibe von Angriffen und Schikanen in sozialen Medien und anderen digitalen Plattformen durch Beamte und Sympathisanten der Regierung.

> ***"Einige der Nachrichten enthielten Ankündigungen von Gewalttaten wie 'wir werden dir eine Kugel in den Kopf jagen'. Dies, zusammen mit einigen Vorfällen in der Nachfolge und Nachrichten von Kolleg*innen, die mich warnten, dass die Regierung mir schaden wolle, ließ mein Gefühl der Unsicherheit wachsen.***
>
> ***Um mich zu schützen, musste ich zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen ergreifen: Von einfachen Dingen wie der Sperrung von Accounts in sozialen Medien, die mich beleidigen oder bedrohen, bis hin zur Änderung meiner regelmäßigen Wege und der Entscheidung, mein Sozial- und Familienleben einzuschränken.***
>
> ***Diese Situation hat sich negativ auf mein Berufsleben ausgewirkt. Ich habe festgestellt, dass Kolleg*innen und andere Jurist*innen zögern, mit mir zusammenzuarbeiten, da sie gewarnt wurden, dass eine Zusammenarbeit mit mir negative Folgen für sie haben könnte. Diese Haltung hat sich nicht nur auf meine berufliche Entwicklung und mein Ansehen ausgewirkt, sondern auch auf die Wahrnehmung derjenigen, die meine juristischen Dienste in Anspruch nehmen,***

[161] CIDH. Resolución 76/2021. Medida cautelar No. 475-21 Bertha María Deleón Gutiérrez respecto de El Salvador (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Entschließung 76/2021. Vorsorgliche Maßnahme Nr. 475-21 Bertha María Deleón Gutiérrez in Bezug auf El Salvador). 19. September 2021. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/decisiones/mc/2021/res_76-21_mc_475-21_sv_es.pdf

[162] DeLeón in einer schriftlichen Nachricht an Amnesty International. Oktober 2023.

[163] Verfassungsrechtler mit 30 Jahren Erfahrung, Spezialist für strategische Rechtsstreitigkeiten im öffentlichen Recht.

was zu einer Verringerung meines Kundenstamms vor Ort geführt hat."[164]

Rechtsanwalt Salvador Enrique Anaya Barraza im Interview mit Amnesty International im Juli 2023.

Ein weiterer Fall ist der der Journalistin Mariana Belloso[165], die nach dem Amtsantritt von Präsident Bukele aufgrund ihrer journalistischen Arbeit Ziel einer Reihe von Verleumdungskampagnen in sozialen Netzwerken war.

Tweet des Präsidenten Nayib Bukele im Sozialen Netzwerk "X". Siehe: https://twitter.com/nayibbukele/status/1145563030438195200?s=20

"Im Juni 2019 habe ich während der Berichterstattung über die Einführung des Territorialen Kontrollplans getweetet, dass der Präsident in seiner Rede die Menschen auffordere, keine 'Miete' (Erpressung) an Bandenmitglieder zu zahlen. In jener Nacht zitierte mich der Präsident und beschuldigte mich, "Halbwahrheiten" zu erzählen, was eine brutale Welle der Feindseligkeit in den sozialen Medien auslöste. In den Nachrichten wurde ich beschuldigt, eine Journalistin zu sein, die das Scheitern des Plans wünsche, und mit den Banden zu sympathisieren.

Die Beschimpfungskampagne dauerte mehrere Monate an. Aufgrund der Wucht der Angriffe zog ich ernsthaft in Erwägung, das Land zu verlassen. Ich war noch nie mit Drohungen solchen Ausmaßes konfrontiert: Fotos von mir und meinen Töchtern wurden mit bedrohlichen Nachrichten geteilt, in denen gewünscht wurde, dass wir von Bandenmitgliedern angegriffen oder tot aufgefunden würden.

*Diese Lawine wurde nicht nur durch den Kommentar des Präsidenten angeheizt, sondern auch dadurch, dass andere Influencer und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Fotos und Videos von mir verwendeten, zu denen ihre Follower*innen sexualisierte Kommentare abgaben.*

Darüber hinaus wurden auf digitalen Plattformen Artikel mit absichtlichen Fehlinformationen über mich verbreitet. Mir nahestehende Personen, wie etwa Familienmitglieder, stellten mein Handeln in Frage: "Warum gehst du in die Politik? Warum stellst du dich gegen den Präsidenten?"

Dabei handelte es sich nicht um einfache Fehler oder Missverständnisse, sondern um die klare Absicht, mich als politische Gegnerin und nicht als Journalistin darzustellen. Diese Online-Kampagne hat mich nicht nur stigmatisiert, sondern auch mein Arbeitsumfeld beschädigt. In den folgenden Jahren musste ich mich mit Vorwürfen auseinandersetzen, ‚den Präsidenten verärgert zu haben', mit Zensur und sogar mit ungerechtfertigter Entlassung, weil ich die Regierung im Rahmen meiner journalistischen Tätigkeit in Frage gestellt hatte.

Aus Angst vor Repressalien begannen Quellen, mich zu meiden. Vertreter mehrerer Wirtschaftsverbände wollten nicht mehr mit mir sprechen. Diejenigen, die behaupten, dass Belästigungen in den sozialen Medien keine Auswirkungen auf das wirkliche Leben haben, irren sich gewaltig. Sie wirkt sich auf das persönliche, familiäre und berufliche Leben aus."[166]

Die oben genannten Fälle zeigen, wie diese Stigmatisierungs- und Verleumdungskampagnen von der Verbreitung verzerrter oder falscher Informationen begleitet werden, die häufig das Image des

[164] Im August 2021 leitete der Oberste Gerichtshof ein Verfahren zur Aufhebung der Anwaltslizenz von Herrn Anaya ein und begründete dies mit der Anwendung böswilliger Praktiken bei der Ausübung seines Berufs. Derzeit ist das Verfahren für ausgesetzt erklärt worden, wobei die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren zur Fortsetzung des Verfahrens umgangen wurden. Herr Anaya befindet sich somit in einer Art rechtlichem Schwebezustand und ist ständig vom möglichen Entzug seiner Berufszulassung bedroht. Für weitere Informationen siehe: FOCOS. Abogado Anaya denuncia "represión judicial" por la Corte Suprema (FOCOS. Rechtsanwalt Anaya prangert "juristische Repression" durch den Obersten Gerichtshof an). 7. Juli 2021. Siehe https://focostv.com/abogado-anaya-denuncia-represion-judicial-por-la-corte-suprema/

[165] Salvadorianische Journalistin mit mehr als 20 Jahren Berufserfahrung, die sich auf Wirtschaftsthemen spezialisiert hat. Sie hat für den Rundfunk und verschiedene schriftliche Medien auf nationaler und regionaler Ebene gearbeitet. In einigen hatte sie die Position des Chefredakteurs in ihrem Fachgebiet inne. Sie arbeitet derzeit für das digitale Medium Alharaca und lebt seit 2022 außerhalb El Salvadors.

[166] Mariana Belloso im Interview mit Amnesty International im August 2023

Regierungsgegners untermauern. Dies hat das Potenzial, die öffentliche Wahrnehmung der belästigten Person drastisch zu verändern und ihre Entwicklung und ihr Wohlergehen - sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich - einzuschränken, sie zu gefährden und ihre Integrität, persönliche Sicherheit, Würde und ihre Arbeitsbedingungen zu beeinträchtigen sowie sie zu diskriminieren.

4.2. EINSCHRÄNKUNGEN DER VERSAMMLUNGS-FREIHEIT

Das Recht, sich friedlich zu versammeln, ist durch verschiedene internationale Menschenrechtsinstrumente geschützt. Grundsätzlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Ausübung dieses Rechts und den Rechten auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sowie dem Recht, Rechte zu verteidigen.

Das Recht, sich friedlich zu versammeln, wird daher als grundlegendes Instrument betrachtet, um die Durchsetzung sozialer, kultureller und ökologischer Rechte einzufordern und sich kritisch gegenüber der Regierung zu äußern.

Die interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR hat darauf hingewiesen, dass ohne die Ausübung des Rechts, sich friedlich zu versammeln, die Verteidigung der Menschenrechte kaum möglich ist und dass die Staaten daher verpflichtet sind, dafür zu sorgen, dass keine aktive Person unnötigen und unverhältnismäßigen Einschränkungen ihres Versammlungsrechts ausgesetzt ist.[167]

> ***"Das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, wird anerkannt. Die Ausübung dieses Rechts darf nur solchen Beschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen und öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung oder zum Schutz der öffentlichen Gesundheit oder Moral oder der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind."***
>
> Amerikanische Menschenrechtskonvention. Artikel 15.

In El Salvador haben in den letzten zwei Jahren Demonstrationen und Proteste zugenommen, bei denen es um die Anprangerung von Menschenrechtsver-letzungen im Rahmen des Ausnahmezustands, um Forderungen nach der Einhaltung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte sowie um die Verteidigung von Land und Territorium geht. Diese Proteste gehen von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aus, darunter organisierte Bewegungen von Betroffenen, Gewerkschaften sowie führenden Vertreter*innen und Verteidiger*innen von Bevölkerungsgruppen.[168]

Kommentar des Abgeordneten Christian Guevara über eine friedliche Demonstration am, 15. September 2023. Siehe: https://twitter.com/ChrisGuevaraG/status/1702705299927216570?s=20

Leider wurde eine Tendenz zur unzulässigen Einmischung staatlicher Stellen in die Ausübung dieses Rechts festgestellt, wobei folgende Praktiken am häufigsten vorkommen: (i) Spott, Verleumdung und Delegitimierung der Art der Äußerung sozialer Unzufriedenheit durch hochrangige Staatsbeamte; (ii) Einschüchterung, Bedrohung und übermäßige Überwachung von Organisierenden und Demonstrierenden; (iii) Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Straßensperren oder Kontrollpunkte an Straßen und Zugängen zu bestimmten Gebieten, um Menschen an der Teilnahme an

[167] CIDH, Informe sobre la Situación de las Defensoras y Defensores de los Derechos Humanos en las Américas (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR, Bericht über die Lage der Menschenrechtsverteidiger auf dem amerikanischen Kontinent), Absatz 54. 7. März 2006. Siehe: https://www.cidh.org/countryrep/Defensores/defensoresindice.htm

[168] Diario de Hoy, "No queremos un país que va rumbo a la dictadura": Salvadoreños marcharon contra abusos en régimen de excepción (Diario de Hoy, "Wir wollen kein Land, das auf eine Diktatur zusteuert": Salvadorianer demonstrieren gegen Missstände im Notstandsregime). 15. September 2023. Siehe: https://www.elsalvador.com/noticias/nacional/15-septiembre-marcha-contra-bukele-regimen-excepcion/997965/2022/

diesen Aktivitäten zu hindern; und (iv) willkürliche Festnahme von Demonstrant*innen und sogar Kriminalisierung einiger von ihnen.

Die Staaten haben die Pflicht, die Wahrnehmung friedlicher Proteste zu achten, zu schützen und zu erleichtern. Dies bedeutet, dass die Behörden i) keine Maßnahmen ergreifen dürfen, um friedliche Versammlungen ohne zwingenden Grund zu verbieten, einzuschränken, zu blockieren, zu versperren, zu zerstreuen oder zu stören oder Teilnehmende oder Organisierende ohne rechtmäßigen Grund zu bestrafen; ii) Demonstrierende vor Einmischung und Gewalt von außen schützen und ihre Sicherheit gewährleisten müssen; und iii) ein günstiges Umfeld für die Ausübung des Rechts auf friedliche Versammlung ohne Diskriminierung fördern und einen rechtlichen und institutionellen Rahmen schaffen müssen, innerhalb dessen es verwirklicht werden kann.[169]

a) Eine Polizei, die einschüchtert und überwacht

Im Umgang mit friedlichen Protesten hat die Nationale Zivilpolizei (PNC) in den letzten zwei Jahren ihren Fokus auf den Schutz und die Erleichterung der Ausübung friedlicher Proteste durch eine Vision ihrer Rolle ersetzt, die darauf abzielt, die Demonstrierenden einzuschüchtern, zu überwachen und letztendlich die Teilnahme an dieser Art von kollektiven Aktionen zu verhindern.

Ein Beispiel für die Umsetzung dieser Rolle ist die Entwicklung des sogenannten "Aktionsprotokoll für polizeiliches Eingreifen angesichts von Protestaktionen, die zu Menschenansammlungen und Mobilisierung führen", das von der Institution im Oktober 2021 herausgegeben wurde und das bis zum 31. Dezember 2022 in Kraft war.[170]

In dieser Verordnung werden die Aufklärungseinheiten der Polizei angewiesen, Informationen zu sammeln, Überwachungsmaßnahmen mit Kameras und Drohnen durchzuführen, Fahrzeugkontrollen auf den Straßen einzurichten und die Transporteinheiten der Demonstrierenden an den verschiedenen Eingängen von San Salvador zu durchsuchen.

> ***"Mit dem, was [die Polizei] tut, wollen sie im Grunde die Bevölkerung davon abhalten, sich an den Protesten und öffentlichen Aktionen zu beteiligen. Es scheint, als ob sie versuchen zu verbergen, wie viele Menschen verärgert oder mit dem, was die Regierung tut, nicht einverstanden sind."***
>
> Person, die im Jahr 2023 versuchte, an einer friedlichen Demonstration teilzunehmen und zwei Stunden lang an einer der von PNC- und FAES-Agenten errichteten Straßensperren festgehalten wurde. Interview mit Amnesty International im August 2023

[169] Comité de Derechos Humanos. PIDCP. Observación general núm. 37 (2020), relativa al derecho de reunión pacífica (Artículo 21) (Menschenrechtsausschuss. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte ICCPR. Allgemeine Bemerkung Nr. 37 (2020) über das Recht auf friedliche Versammlung (Artikel 21)). Absätze 21–35. CCPR/C/GC/37. Siehe: https://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=6QkG1d%2FPPRiCAqhKb7yhsrdB0H1I5979OVGGB%2BWPAXj3%2Bho0P51AAHSqSubYW2%2FRWvqeXcmwcJPCLnvmaZpSJEbfB4flbHI%2FZJNeiAUlys1WX8gRUG7qPXbYwn%2B1weWE

[170] FOCOS. PNC emite protocolo para vigilar y registrar a manifestantes en protestas contra el Gobierno (FOCOS. PNC gibt Protokoll zur Überwachung und Registrierung von Demonstranten bei Anti-Regierungs-Protesten heraus). 17. Oktober 2021. Siehe: https://focostv.com/pnc-emite-protocolo-para-vigilar-y-registrar-a-manifestantes-en-protestas-contra-el-gobierno/

In diesem Zusammenhang hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR festgestellt, dass die von den nationalen Behörden herausgegebenen Protokolle zur Regelung des polizeilichen Vorgehens im Rahmen von Protesten *„darauf abzielen müssen, dass die Polizeibeamten in der Gewissheit handeln, dass ihre Pflicht darin besteht, die Teilnehmenden einer öffentlichen Versammlung, Demonstration oder Kundgebung zu schützen, sofern sie ein Recht ausüben“.*[171]

Durch die Berichterstattung verschiedener Medien[172] und die Beschwerden der Bevölkerung in den sozialen Netzwerken konnten die von den Beamten der Nationalen Zivilpolizei im Rahmen dieses neuen repressiven Ansatzes begangenen Übergriffe überprüft werden. Einige der kritisierten Praktiken sind: Einschränkung der Bewegungsfreiheit, das Filmen und/oder Fotografieren von Demonstrierenden durch Polizeibeamte bei friedlichen Demonstrationen[173], Überwachung, Einschüchterung und willkürliche Verhaftungen.

Beschwerde einer sozialen Bewegung über Blockaden der Polizei, um die Teilnahme von Menschen an einer friedlichen Demonstration zu verhindern. Siehe: https://twitter.com/Bloque_RP/status/1449719935605870600

[171] CIDH. Informe de Seguridad Ciudadana y Derechos Humanos (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Bericht über Sicherheit der Bürger und Menschenrechte), 2009, Absatz 193. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/docs/pdfs/seguridad%20ciudadana%202009%20esp.pdf;
CIDH, Informe Anual 2015 (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Jahresbericht 2015), Kapitel IV A, Absatz 79. Ssiehe: https://www.oas.org/es/cidh/docs/anual/2015/indice.asp

[172] Diario de Hoy. Policías quitaron llaves a conductores y retienen a manifestantes que iban a marcha (Diario de Hoy. Polizei nimmt Autofahrern die Schlüssel ab und hält Demonstranten auf dem Weg zur Demonstration fest). 1. Mai 2023. Siehe: https://www.elsalvador.com/noticias/nacional/policias-quitan-llaves-conductores-retienen-manifestantesmarcha/1057953/2023/
Diario de Hoy. Agentes de la Policía instalan retenes en diferentes puntos de San Salvador (Diario de Hoy. Polizeibeamte richten an verschiedenen Stellen in San Salvador Kontrollpunkte ein). 15. Januar 2023. Siehe: https://www.elsalvador.com/fotogalerias/noticias-fotogalerias/policia-nacional-nayib-bukele-marcha/1032122/2023/
YSUCA. Pese a bloqueos de la PNC, salvadoreños marcharon (YSUCA. Trotz Polizei-Straßensperren marschierten die Salvadorianer). 17. Oktober 2021. Siehe: https://ysuca.org.sv/2021/10/pese-a-bloqueos-de-la-pnc-salvadorenos-marcharon/

[173] Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR hat ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass diese Praktiken zur Sammlung von Daten über Personen und Organisationen führen könnten. Diese Daten könnten zur Erstellung von Dokumenten und Datenbanken in Geheimdienst-, Sicherheits- und Justizeinrichtungen verwendet werden. Ohne angemessene Kontrollen besteht die Gefahr, dass politische Parteien, Organisationen und soziale Bewegungen stigmatisiert werden könnten. CIDH/RELE. Protesta y Derechos Humanos. Estándares sobre los derechos involucrados en la protesta social y las obligaciones que deben guiar la respuesta estatal (IACHR/RELE. Protest und Menschenrechte. Standards zu den Rechten, die mit sozialem Protest verbunden sind, und den Pflichten, die die staatliche Reaktion leiten sollten). September 2019. Absatz 236. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/expresion/publicaciones/ProtestayDerechosHumanos.pdf

"Wir haben das Medieninteresse an den Zentralamerikanischen Spielen genutzt und beschlossen, einen friedlichen Protest zu organisieren, um die durch das Notstandsregime verursachten Verstöße anzuprangern.

Schon vor der Ankunft am Kundgebungsort waren die Schikanen offensichtlich. Es gab Straßensperren, Verhaftungen vor dem Marsch und eine starke Präsenz von Polizei und UMO-Beamten [Stadtpolizei; Anm.d.Ü.] während der gesamten Demonstration. Ein Genosse beschrieb das Geschehen treffend mit den Worten: ‚Don Samuel, hier will die Polizei nicht, dass wir marschieren'.

Am Ende der Aktion nahmen zehn von uns einen privaten Minibus, um zum Hauptsitz der Bewegung zurückzukehren. Auf dem Weg dorthin bemerkten wir, dass uns ein Streifenwagen folgte, und ein paar Minuten später versperrten sie uns mit einem Pick-up mit Doppelkabine den Weg. Dann zwangen uns die Polizeibeamten in einer Mischung aus Verfolgung, Belästigung und Einschüchterung zum Aussteigen aus dem Bus und begannen, uns in bedrohlichem Ton Fragen zu stellen: ‚Ist jemand von Ihnen kürzlich aus dem Gefängnis entlassen worden?' und ‚Hat der Bus die Erlaubnis, Sie zu befördern?'

Ich hatte Angst, wir wurden eindeutig bedroht. Und als ich hörte, wie jemand sagte: ‚Wir haben sie', wurde ich in dem Gefühl bestärkt, dass sie nach einem Vorwand suchten, um uns festzunehmen. Sie fragten uns alle nach unseren Ausweisen und fingen an, Fotos davon zu machen. Ich sagte zu ihnen: ‚Wir sind keine Verbrecher, wir sind friedliche Demonstrierende. Oder ist das der Preis dafür, dass wir uns gegen die Ungerechtigkeiten des Regimes aussprechen?'

Der Druck der Medien hat uns gerettet. Das Auftauchen von Journalist*innen, die zu filmen begannen, änderte den Ton der Polizei von Anschuldigungen zu der Versicherung, dass es sich nur um eine ‚Routineprozedur' gehandelt habe. Diese Verfolgung zeigte, dass unsere Stimmen bei den Mächtigen Unbehagen ausgelöst hatten."

Samuel Ramírez und Alfredo Molina, Sprecher der Bewegung der Opfer des Notstandsregimes (MOVIR). Interview mit Amnesty International im September 2023.[174]

Im Zusammenhang mit friedlichen Protesten sollte die Polizeiarbeit in erster Linie auf die Erleichterung und nicht auf die Eindämmung oder Konfrontation mit Demonstrierenden abzielen. Sie sollte in der Regel darauf ausgerichtet sein, die Ausübung dieses Rechts und den Schutz der Demonstrierenden und der anwesenden Dritten zu gewährleisten.[175]

In einem Umfeld, das durch Repression und eine anhaltende Aussetzung von Rechten gekennzeichnet ist, kann die Missachtung internationaler Menschenrechtsstandards bei der polizeilichen Bekämpfung friedlicher Proteste zu weiteren schweren Menschenrechtsverletzungen führen.

[174] LPG. Miembros del MOVIR denuncian persecución y acoso por miembros de la Policía Nacional Civil (La Prensa Gráfica LPG. MOVIR-Mitglieder klagen über Verfolgung und Schikanen durch Angehörige der nationalen Zivilpolizei). 21. Juli 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Miembros-del-Movir-denuncian-persecucion-y-acoso-por-miembros-de-la—Policia-Nacional-Civil-20230721-0030.html

[175] CIDH, Informe Anual 2015 (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Jahresbericht 2015), Kapitel IV A, Absatz 68. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/docs/anual/2015/indice.asp

b) Willkürliche Verhaftungen von Gewerkschafter*innen im Zusammenhang mit friedlichen Protesten

Im Laufe des letzten Jahres war eine besorgniserregende Zunahme von Straf- oder Verwaltungsverfahren gegen Personen zu verzeichnen, die sich an friedlichen Protesten beteiligten, insbesondere an solchen, die von Gewerkschaftsorganisationen zur Verteidigung der Arbeitsrechte ihrer Mitglieder durchgeführt wurden.

Dieser Trend ist Teil eines umfassenderen Phänomens, bei dem zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften mehr als 20.000 Entlassungen im öffentlichen Sektor, die Auflösung von neun Gewerkschaften aufgrund der Abschaffung der gleichen Anzahl von Regierungsbehörden sowie zahlreiche Verstöße gegen die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen dokumentiert haben, darunter: Schwierigkeiten bei der Eintragung und Aushändigung von Beglaubigungsschreiben für Gewerkschaftsvorsitzende[176], Nichteinhaltung von Gewerkschaftsprivilegien, Verletzung von Tarifverträgen und Maßnahmen, die die Beschäftigungsstabilität von öffentlichen und kommunalen Angestellten gefährden.[177]

Angesichts dieser Situationen haben die Gewerkschaften in einem Akt des Widerstands und der Verteidigung der Arbeitnehmerrechte beschlossen, sich zu mobilisieren und friedliche Proteste und Arbeitsniederlegungen durchzuführen.

> ***"Arbeitsniederlegungen und friedliche Proteste sind seit jeher öffentliche Aktionen, mit denen die Gewerkschaften die Achtung der Arbeitnehmerrechte einfordern. In den meisten Fällen geht es dabei um die Achtung und Einhaltung von Tarifverträgen und der gesetzlich festgelegten Grundleistungen, wie z.B. die pünktliche Auszahlung der Löhne."***
>
> Vorstand eines Gewerkschaftsbundes. Interview mit Amnesty International im September 2023.

Die Ausübung legitimer gewerkschaftlicher Tätigkeiten und der Schutz vor gewerkschaftsfeindlicher Diskriminierung sind Rechte, die in den von El Salvador ratifizierten internationalen Verträgen anerkannt werden.[178] Niemand darf wegen seiner Gewerkschaftszugehörigkeit oder seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten Repressalien ausgesetzt werden. Der Staat hat die Pflicht, diese Verhaltensweisen zu verhindern und die Beschäftigten wirksam zu schützen, indem er diejenigen bestraft, die Schikanen und Einschüchterungsversuche begehen.

Die Antwort des Staates - vor allem auf kommunaler Ebene - auf diese legitimen Formen der Verteidigung von Rechten war jedoch nicht der Dialog oder die Schlichtung, sondern die Unterdrückung des friedlichen Protests, was zu Verwaltungssanktionen wie Versetzungen, Suspendierungen und Entlassungen führte.

In den extremsten Fällen haben die Behörden den Arbeitskonflikt durch die willkürliche Verhaftung von Vorständen und Demonstrierenden gelöst. Nach Angaben des Movimiento de Trabajadores Despedidos (MTD) [Bewegung entlassener Arbeiter] und der Organisation Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho (FESPAD) [Studienstiftung für die Anwendung von Rechten] wurden im letzten Jahr mindestens 16 Gewerkschafter*innen im Zusammenhang mit friedlichen Protestaktionen strafrechtlich verfolgt und wegen Störung der öffentlichen Ordnung und Widerstand gegen die Festnahme

---

[176] Informe de la Misión Tripartita de Alto Nivel de la OIT a El Salvador–Convenio Núm. 144 (Bericht der hochrangigen dreigliedrigen Mission der Internationalen Arbeitsorganisation OIT in El Salvador - Übereinkommen Nr. 144). San Salvador. 2.-5. Mai 2022. Siehe: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_846491.pdf

[177] Voces. Denuncian presunta "justicia selectiva" para otorgar credenciales a sindicatos (Voces. Angeblich "selektives Recht" bei der Vergabe von Zulassungen an Gewerkschaften angeprangert). 25. September 2023. Siehe: https://voces.org.sv/denuncian-presunta-justicia-selectiva-para-otorgar-credenciales-a-sindicatos/

[178] C098–Convenio sobre el derecho de sindicación y de negociación colectiva (C098 - Übereinkommen über das Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen), 1949. Siehe: https://www.ilo.org/dyn/normlex/es/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO::P12100_ILO_CODE:C098; CADH (Amerikanische Menschenrechtskonvention), Artikel 21, 11. Februar 1978. Siehe: https://www.oas.org/dil/esp/1969_Convenci%C3%B3n_Americana_sobre_Derechos_Humanos.pdf; PIDCP (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte), Artikel 22. 16. Dezember 1966. Siehe: https://www.ohchr.org/es/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rights

verhaftet.[179]

Darüber hinaus haben lokale Organisationen mindestens drei willkürliche Verhaftungen von Gewerkschaftsvorsitzenden im Rahmen des Ausnahmezustands registriert, die einer illegalen Zusammenkunft bezichtigt wurden. Einer von ihnen starb in staatlichem Gewahrsam an dem Tag, an dem die Behörden ihm alternative Maßnahmen zur Untersuchungshaft gewährten.[180]

> ***"Nach einem etwas größeren Protestmarsch, bei dem wir bereits alles zusammengetragen hatten und einige der Medien Erklärungen von anderen Genoss*innen aufnahmen, wurde die Polizei aus dem Nichts heraus immer aggressiver. Mitten im Geschehen rief ich: 'Und was wollen wir, Genossen und Genossinnen, wir wollen unsere Löhne bezahlt bekommen!'***
>
> ***Das schien sie zu verärgern. Und plötzlich packte mich ein Polizist am Arm und legte mir Handschellen an. ‚Was habe ich getan? Wir fordern nur, was gerecht ist!' Sie verhafteten mich und brachten mich auf die Polizeiwache, wo ich wegen Störung der öffentlichen Ordnung und Widerstand angeklagt wurde. Ich wurde für 16 Tage inhaftiert."***
>
> Interview von Amnesty International mit einem kriminalisierten Gewerkschafter. Juli 2023

Eine Inhaftierung, die allein auf der Teilnahme an einem friedlichen Protest beruht, erfüllt nicht die in internationalen Standards festgelegten Anforderungen an die Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit und wird als willkürlich bezeichnet. Eine willkürliche Inhaftierung verstößt gegen das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person.[181]

Der Freiheitsentzug während einer friedlichen Demonstration hat zum einen die unmittelbare Folge, dass die inhaftierte Person von der Ausübung des Rechts auf friedliche Versammlung abgehalten wird, und wirkt zum anderen abschreckend auf die Teilnahme an friedlichen öffentlichen Demonstrationen.

> ***"Die Verschärfung der Beschränkungen für friedliche Proteste hat sich in repressiveren Maßnahmen der Behörden wie faktischen Entlassungen und willkürlichen Verhaftungen niedergeschlagen.***
>
> ***Die Menschen haben jetzt nicht nur Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, sondern auch ins Gefängnis geworfen zu werden, nur weil sie protestiert haben. Deshalb ziehen sich die Genoss*innen zurück, verstecken sich, wollen nicht auf die Straße gehen oder an Aktionen teilnehmen und lassen die Gewerkschaftsführung allein."***
>
> Vorsitzender eines Gewerkschaftsbundes. Interview mit Amnesty International im September 2023.

Zeitweilige Inhaftierungen und willkürliche Verhaftungen, die lediglich auf dem Vorwurf beruhen, öffentlich und friedlich zu demonstrieren oder sich der Regierungspolitik zu widersetzen, können als eine Form der Bestrafung, Repressalie oder Diskriminierung angesehen werden.

Im Falle von Gewerkschaften stellt die willkürliche Verhaftung auch eine ernsthafte Gefahr für die freie Arbeit und Artikulation der Gewerkschaftsorganisation dar und schränkt die freie Verteidigung der kollektiven Interessen der Arbeitnehmer*innen ein.

---

[179] Comunicado del Movimiento de Trabajadores Despedidos (MTD) (Erklärung der Bewegung entlassener Arbeiter). 12. September 2023. Siehe: https://twitter.com/mtd_oficialsv/status/1701623893910343765?s=12&t=MsX97OvhNNW0VpbKJM3r4Q; Comunicado de FESPAD (Erklärung der Rechtshilfeorganisation FESPAD). 1. Mai 2023. Siehe: https://twitter.com/FESPAD_sv/status/1653022368795598848?s=20

[180] Citado anteriormente. Nota 176 [sic!]

[181] Relatoría Especial para la Libertad de Expresión RELE, "Protesta y Derechos Humanos,: Estándares sobre los derechos involucrados en la protesta social y las obligaciones que deben guiar la respuesta estatal" (Sonderberichterstatter für das Recht auf freie Meinungsäußerung RELE, "Protest und Menschenrechte": Standards zu den Rechten, die mit sozialem Protest verbunden sind, und zu den Pflichten, die die Reaktion des Staates leiten sollten), Abs. 228. 2019. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/expresion/publicaciones/ProtestayDerechosHumanos.pdf

In El Salvador hat sich diese Risikosituation aufgrund des Ausnahmeregimes und des Missbrauchs des Straftatbestands der rechtswidrigen Vereinigung, wie in den vorangegangenen Kapiteln erwähnt, durch die Polizei, die Streitkräfte und andere Sicherheitskräfte noch verschärft.

> ***"Wir befanden uns bereits in einer angespannten Situation und waren mit Massenentlassungen von bis zu 300 Personen konfrontiert. Und dann begannen die Verzögerungen bei der Auszahlung der Löhne. Als Gewerkschaft begannen wir, kleine Aktionen durchzuführen: Wir hängten Plakate auf und veranstalteten Sitzstreiks, immer friedlich. Einmal stellte uns die Polizei zur Rede und sagte: ‚Wir werden Sie wegen Bildung illegaler Vereinigungen verhaften'. Ich erwiderte: ‚Eine Gewerkschaft ist keine illegale Vereinigung. Wir sind völlig legal, wir sind keine illegale Organisation'."***
>
> Gewerkschafter im Interview mit Amnesty International. Juli 2023.

Artikel 21 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte legt fest, dass das Recht, sich friedlich zu versammeln, zu gewährleisten ist, während Artikel 22 das Recht auf Vereinigungsfreiheit mit anderen garantiert, einschließlich des Rechts, zum Schutz der eigenen Interessen Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten.

In diesem Zusammenhang ist die Abhaltung friedlicher Versammlungen, Demonstrationen und Proteste eine zentrale Aktivität vieler Verbände und Organisationen. In Anbetracht dessen haben die Staaten die Pflicht, ihnen die notwendigen Mittel für die freie Ausübung ihrer Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, sie vor Angriffen auf ihr Leben und ihre Unversehrtheit zu schützen, wenn sie Bedrohungen ausgesetzt sind, keine Hindernisse zu errichten, die ihnen die Ausübung ihrer Arbeit erschweren, und die gegen sie begangenen Verstöße ernsthaft und wirksam zu untersuchen und die Straflosigkeit zu bekämpfen.

Die salvadorianischen Behörden - auf allen Ebenen - sind verpflichtet, bei der Bewältigung jeglicher Form von Protest den Dialog und die Verhandlung zu fördern und zu gewährleisten, dass keine Person kriminalisiert oder schikaniert wird, nur weil sie ihre Rechte im Rahmen öffentlicher und friedlicher Demonstrationen wahrnimmt.

4.3. EINSCHRÄNKUNGEN DER INFORMATIONSFREIHEIT

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Zugang zu offiziellen Informationen (LAIP) im Jahr 2012 hat El Salvador Anstrengungen unternommen, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der die Möglichkeit garantiert, dieses Recht auch tatsächlich auszuüben. Dies schließt - basirend auf Inhalt und Geltungsbereich dieses Gesetzes - die Herausgabe von Entscheidungskriterien und Leitlinien ein, und zwar durch die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs und das Institut für den Zugang zu offiziellen Informationen (Instituto de Acceso a la Información Pública - IAIP).[182]

Seit 2019 berichten zivilgesellschaftliche Organisationen und Journalist*innen, dass die Regierungsbehörden Beschlüsse gefasst haben, die Vorschriften, die den Zugangs zu offiziellen Informationen garantieren, zu untergraben und die Kapazitäten der für die Einhaltung der Vorschriften zuständigen Institutionen einzuschränken, was zu ernsthaften Bedenken hinsichtlich der Transparenz und Rechenschaftspflicht im Land geführt hat.

Ein Beleg dafür ist die jüngste Bewertung von El Salvador durch Transparency International. Die Organisation berichtet, dass das Land nur 33 von 100 Punkten im Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) erreicht hat, welcher Länder nach dem wahrgenommenen Grad der Korruption im öffentlichen Sektor klassifiziert.[183] Damit liegt El Salvador auf Platz 115 von 180 untersuchten Ländern, zwei Punkte unter 2020 und 10 Punkte unter dem aktuellen regionalen Durchschnitt (43).[184]

Ebenso wurde das Land im März 2023 aus der Open Government Partnership (Alianza para el Gobierno Abierto) ausgeschlossen, der es seit 2011 angehörte[185], weil es die Teilnahmevoraus-setzungen drei Jahre in Folge nicht erfüllt hatte.[186] Zivilgesellschaftliche Organisationen waren der Ansicht, dass die Nichtbeachtung der bereits im Jahr 2022 ausgesprochenen Empfehlungen den mangelnden politischen Willen der derzeitigen Regierung zu Transparenz, Rechenschaftspflicht und Bürgerbeteiligung beweist.[187]

In diesem Zusammenhang hat Amnesty International zwei spezifische staatliche Strategien dokumentiert, die das Recht auf Zugang zu öffentlichen Informationen untergraben:

- die Schwächung der IAIP und ihrer Unabhängigkeit;
- die Institutionalisierung von Praktiken, die im Widerspruch zu den Grundsätzen der größtmöglichen Offenlegung, Öffentlichkeit und Transparenz stehen, als Garantie für das Recht auf Zugang zu den im Besitz des Staates befindlichen Informationen.[188]

Die Umsetzung dieser Praktiken begünstigt die Möglichkeit, dass rechtswidriges Verhalten und Menschenrechtsverletzungen ungestraft bleiben. Der fehlende Zugang zu offiziellen Informationen schränkt die Kontrolle durch die Zivilgesellschaft ein.[189]

---

[182] CIDH/RELE (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR / Sonderberichterstatter für das Recht auf freie Meinungsäußerung RELE) Informe Anual 2018 (Jahresbericht 2018), Absätze 508, 531. Informe Anual 2014 (Jahresbericht 2014), Absatz 471. Informe Anual 2013 (Jahresbericht 2013), Absatz 376. Informe Anual 2012 (Jahresbericht 2012), Absatz 248. Informe Anual 2011 (Jahresbericht 2011), Absatz 228. Alle verfügbar in: https://www.oas.org/es/cidh/expresion/informes/anuales.asp

[183] Transparencia Internacional. Índice de Percepción de la Corrupción (IPC) 2022 (Transparency International. Korruptionswahrnehmungsindex (CPI)). Siehe: https://www.transparency.org/en/cpi/2022

[184] Transparency Internacional. 9 Countries to watch on the 2021 Corruption Perceptions Index (Transparency Internacional. 9 Länder, die auf dem Korruptionswahrnehmungsindex 2021 zu beobachten sind). 3. Februar 2022. Siehe: https://www.transparency.org/en/blog/cpi-2021-corruption-watch-list-australia-austria-el-salvador-kazakhstan

[185] Die Allianz besteht aus 76 Ländern und 106 lokalen Regierungen, die mit Tausenden von zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Privatsektor zusammenarbeiten, um offenere, integrativere und rechenschaftspflichtigere Regierungen aufzubauen.

[186] Open Government Partnership. El Salvador sale de la Alianza Internacional sobre Gobierno Abierto (Open Government Partnership. El Salvador verlässt die Internationale Partnerschaft für offene Verwaltung). 28. März 2023. Siehe: https://www.opengovpartnership.org/es/news/el-salvador-exits-international-partnership-on-open-government/

[187] Colectivo de organizaciones de sociedad civil (Kollektiv von Organisationen der Zivilgesellschaft). Pressemitteilung vom 28. März 2023. Siehe: https://repo.funde.org/1932/1/OGP%20SV_VF.pdf

[188] Beschränkungen der Ausübung des Rechts auf Zugang zu Informationen müssen im Einklang mit den Verpflichtungen aus der Amerikanischen Menschenrechtskonvention a) gesetzlich festgelegt sein, b) ein legitimes Ziel verfolgen, c) in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sein, d) schriftlich niedergelegt und ordnungsgemäß begründet sein und e) vorübergehend und/oder an Bedingungen geknüpft sein. CIDH, Caso Claude Reyes y otros (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte. Fall Claude Reyes und andere). Absatz 88. 19. September 2006. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_151_esp.pdf

[189] LPG. Con la reserva de información ha sido imposible mantener la contraloría social (La Prensa Gráfica LPG. Durch die Zurückhaltung von Informationen war es unmöglich, die soziale Kontrolle aufrechtzuerhalten). 11. September 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Con-la-reserva-de-informacion-ha-sido-imposible-mantener-la-contraloria-social-20230910-0055.html

Post von Präsident Nayib Bukele im Sozialen Netzwerk "X". Siehe: https://twitter.com/nayibbukele/status/1235967425742540802?s=20

a) Schwächung des Instituts für den Zugang zu offiziellen Informationen IAIP

Die Maßnahmen der Präsidentschaft der Republik unter Mitwirkung des Parlaments gegen die Unabhängigkeit des IAIP sind seit Beginn der gegenwärtigen Regierungszeit bekannt.

Zu den wichtigsten Maßnahmen gehörten Beschwerden über die Ernennung von Kommissionsmitgliedern, die als irregulär eingestuft wurden[190]. So wurden diese Positionen mit Personen besetzt, die der Regierungpartei nahestehen, wodurch die Regierung die vollständige Kontrolle über die Einrichtung erlangte (Tabelle 1).

Die Exekutive schlug auch eine Reihe von Reformen zu den Verordnungen des Gesetzes über den Zugang zu offiziellen Informationen (Ley de Acceso a la Información Pública)[191] vor, die die Aufsichtsfunktion der Institution schwächen und eine stärkere Einmischung der Exekutive sowie eine Verringerung der Transparenz- und Rechen-schaftspflichten des Staates begünstigen.[192]

Die Verabschiedung dieser Maßnahmen steht im Zusammenhang mit einer Reihe von Beschlüssen, die das Plenum des IAIP zwischen 2019 und 2021 aufgrund der ihm durch das LAIP übertragenen Befugnisse gefasst hat und mit denen es das Recht auf Zugang zu Informationen fördern und gewährleisten wollte, die aber direkt die Regierung betrafen.[193]

Eine der Beamt*innen, die diese Beschlüsse innerhalb des Instituts förderten, war die ehemalige Kommissarin Liduvina Escobar, die auch eine starke Rolle als Sprecherin und öffentliche Anklägerin in Bezug auf die Rückschläge war, die die Institution erlitt.[194]

Aufgrund ihrer Stellung wurde sie zum Opfer verschiedener Einschüchterungsmaßnahmen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Institution.[195] Im April 2021 beschloss das IAIP-Plenum unter der Kontrolle der Regierungspartei, Escobar zu suspendieren und das Verwaltungsverfahren zur

---

[190] El Diario de Hoy. Organizaciones alertan a relator de la OEA sobre intento del Ejecutivo de controlar Instituto de Acceso a la Información (El Diario de Hoy. Organisationen warnen OAS-Berichterstatter vor dem Versuch der Exekutive, das Institut für den Zugang zu Informationen zu kontrollieren). 24. Juli 2020. Siehe: https://historico.elsalvador.com/historico/735915/iaip-oea-ejecutivo.html

[191] Decreto Ejecutivo 34 vom 26. August 2020, veröffentlicht im Diario Oficial número 175, Band 428, 31. August 2020. Das vorgeschlagene Dekret zentralisiert die Macht beim IAIP-Präsidenten, wodurch die Bedeutung kollegialer Entscheidungen innerhalb der Institution verringert wird. Darüber hinaus wird den Bürgern die Möglichkeit genommen, die Nominierung der Kommissare anzufechten. Außerdem wird das Verfahren zur Beantragung der Aufhebung des Geheimhaltungsgrades von Verschlusssachen verkompliziert. Siehe: https://imprentanacional.gob.sv/servicios/archivo-digital-del-diario-oficial/

[192] El Faro. Bukele confecciona un IAIP menos transparente vía decretos ejecutivos (El Faro. Bukele macht IAIP durch Exekutivdekrete weniger transparent). 11. September 2020. Siehe: https://elfaro.net/es/202009/el_salvador/24803/Bukele-confecciona-un-IAIP-menos-transparente-v%C3%ADa-decretos-ejecutivos.htm
Gato Encerrado. Bukele excedió su potestad reglamentaria y aprobó una reforma disfrazada a la LAIP (Gato Encerrado. Bukele hat seine Regelungsbefugnisse überschritten und eine verkappte Reform des LAIP genehmigt). 9. September 2020. Siehe: https://gatoencerrado.news/2020/09/09/bukele-excedio-su-potestad-reglamentaria-y-aprobo-una-reforma-disfrazada-a-la-laip/

[193] Siehe Zeitleiste der Aktionen und Entscheidungen in der IAIP, die zu Konflikten mit der Exekutive führten.

[194] LPG/El Economista. El Salvador: Instituto de Acceso a la Información dividido respecto a reformas hechas al Reglamento (La Prensa Gráfica LPG/El Economista. El Salvador: Institut für den Zugang zu Informationen ist uneins über die Reformen der Vorschriften). 11. September 2020. Siehe: https://www.eleconomista.net/actualidad/El-Salvador-Instituto-Acceso-a-la-Informacion-dividido-respecto-a-reformas-hechas-al-Reglamento-20200911-0013.html
LPG. "La tensión nos lleva a ser un instituto ineficiente." (La Prensa Gráfica LPG. "Spannungen führen dazu, dass wir ein ineffizientes Institut sind"). 19. Februar 2021. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Entrevista—La-tension-nos-lleva-a-ser-un-instituto-ineficiente-Claudia-Liduvina-Escobar-comisionada-del-IAIP-20210218-0110.html
Factum. El Instituto de Acceso a la Información está hundido en la opacidad (Factum. Das Institut für den Zugang zu Informationen ist ein undurchsichtiges Gebilde). 22. April 2022. Siehe: https://www.revistafactum.com/el-instituto-de-acceso-a-la-informacion-esta-hundido-en-la-opacidad/

[195] Beschwerde von Liduvina Escobar von ihrem Social-Media-Account X. 17. April 2021. Siehe: https://x.com/Claudialiduvina/status/1383409668911812620?s=20

Amtsenthebung einzuleiten.[196] Escobar beschloss, die Tat nicht nur öffentlich anzuprangern, sondern auch eine Reihe von Rechtsmitteln einzulegen, um die Entscheidung aufzuheben[197]. Dies führte ihrer Aussage nach zu einer Intensivierung der Verfolgungs- und Überwachungsmaßnahmen, die vermutlich von staatlichen Agenten ausgingen. Angesichts dessen beschloss sie, vorsichtshalber das Land zu verlassen.

> ***"Nach den Unregelmäßigkeiten, die bei der Wahl der neuen Kommissionsmitglieder aufgetreten sind, kam es ab Juli 2020 zu schwerwiegenden Rückschlägen bei den Auslegungskriterien für die Anwendung des Gesetzes in sehr wichtigen Bereichen wie: Zusätze zu den Rechenschaftsberichten; Verweigerung der Genehmigung und Veröffentlichung des für die Abteilungen verpflichtenden Auswertungsberichts über Transparenz, Dokumentenmanagement und Archivierung, und die Entscheidung, die Vereinbarung zur Aufzeichnung von Plenarsitzungen rückgängig zu machen, und weitere.***
>
> ***Die Spannungen innerhalb des Kollegiums nahmen zu und die Atmosphäre wurde immer feindseliger gegenüber denjenigen von uns, die ihre Funktion in voller Übereinstimmung mit dem Gesetz ausüben wollten [...] In diesem Zusammenhang habe ich an einer Reihe von Aktionen und Entscheidungen teilgenommen und diese gefördert, um die Mission und das Wesen der IAIP zu verteidigen.***
>
> ***Dies und meine Äußerungen gegenüber verschiedenen Medien, in denen ich auf die mangelnde Unabhängigkeit des Instituts hinwies, machten mich zum Objekt von Überwachung, Beobachtung und Schikanen innerhalb des Instituts [...] Mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten [des IAIP] und der von mir eingereichten Verfassungsklage gegen die Reformen der Vorschriften folgte meine Suspendierung und anschließende Entlassung."***
>
> Die ehemalige IAIP-Kommissarin Claudia Liduvina Escobar.[198] Interview mit Amnesty International im September 2023

Seit der neuen Zusammensetzung der IAIP, mit der sich die Regierungspartei die Kontrolle über die Institution gesichert hat, haben zivilgesellschaftliche Organisationen und Journalisten die Annahme einer Reihe von institutionellen Praktiken und Richtlinien dokumentiert, die sich nachteilig auf das Recht auf Zugang zu Informationen ausgewirkt haben. Dazu gehören:

- Änderungen der Auslegungskriterien für die Anwendung des Gesetzes, die gegen die Normen des internationalen Rechts verstoßen;[199]
- Rückgang der Zahl der bearbeiteten Fälle;

---

[196] Gato Encerrado. Remoción de comisionada del IAIP carece de fundamento (Gato Encerrado. Abberufung des IAIP-Kommissars ist nicht gerechtfertigt). 24. April 2021. Siehe: https://gatoencerrado.news/2021/04/24/remocion-de-comisionada-del-iaip-carece-de-fundamento-legal-segun-abogados/
Focos TV. Presidente Bukele ordena la suspensión de la comisionada Liduvina Escobar del IAIP (Focos TV. Präsident Bukele ordnet die Suspendierung der IAIP-Kommissarin Liduvina Escobar an). 23. April 2021. Siehe: https://focostv.com/bukele-ordena-la-suspension-de-la-comisionada-liduvina-escobar-del-iaip/
LPG. Presidencia sanciona a comisionada del Instituto de Acceso a la Información Pública (La Prensa Gráfica LPG. Präsidentschaft sanktioniert Beauftragte des Instituts für den Zugang zu öffentlichen Informationen). 24. April 2021. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Presidencia-sanciona-a-comisionada-del-Instituto-de-Acceso-a-la-Informacion-Publica-20210423-0106.html

[197] Die ehemalige Kommissarin reichte am 29. April 2021 bei der Verfassungskammer eine Amparo-Klage ein. Außerdem beantragte sie am 7. Mai 2021 vor dem Plenum der IAIP die Nichtigkeit des Beschlusses. Beide Einsprüche wurden abgewiesen und am 3. Februar 2022 erging der endgültige Beschluss, mit dem die sofortige Absetzung von Claudia Liduvina Escobar angeordnet wurde.
Alharaca. Bukele ordena destituir a Liduvina Escobar del IAIP (Alharaca. Bukele ordnet Entlassung von Liduvina Escobar aus dem IAIP an). 8. Februar 2022. Siehe: https://www.alharaca.sv/actualidad/bukele-ordena-destituir-a-liduvina-escobar-del-iaip/

[198] Die ehemalige Beamtin lebt derzeit außerhalb von El Salvador und hat einen Asylstatus erhalten, um sich und ihre Familie vor der Gefahr der Kriminalisierung zu schützen.

[199] Die Gesetze über öffentliche Informationen sollten einen möglichst umfassenden und effektiven Zugang zu öffentlichen Informationen gewährleisten, und wenn Ausnahmen vorgesehen sind, sollten diese in der Praxis nicht zur Regel werden. Außerdem sollten die Ausnahmeregelungen restriktiv ausgelegt werden, und alle Zweifel sollten zugunsten von Transparenz und Zugang ausgeräumt werden. CIDH. Relatoría Especial para la Libertad de Expresión. El derecho de acceso a la información en el marco jurídico interamericano (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Büro des Sonderberichterstatters für das Recht auf freie Meinungsäußerung. Das Recht auf Zugang zu Informationen im interamerikanischen Rechtsrahmen). OEA/Ser. L/V/ II CIDH/RELE/INF. 1/09. 30. Dezember 2009. Absatz 48. Siehe: http://www.oas.org/es/cidh/expresion/docs/publicaciones/ACCESO%20A%20LA%20INFORMACION%20FINAL%20CON%20PORTADA.pdf

- Zahl der Entscheidungen zugunsten der Bürger*innen (die von 44% im Jahr 2020 auf 21% im Jahr 2022 gefallen ist);
- die Verlängerung der Fristen für die Erledigung von Rechtssachen.[200]

All dies hat dazu geführt, dass der Zugang der Menschen in El Salvador zu staatlich kontrollierten Informationen eingeschränkt ist, ein Recht, das durch Artikel 13 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention geschützt ist.[201]

Tabelle 1: Chronologie einiger wichtiger Maßnahmen und Entscheidungen, die zur Kooptation der IAIP durch die Exekutive geführt haben	
• **13. Dezember 2019:** Die IAIP weist die Präsidentschaft an, Informationen über den OIE [Geheimdienst; Anm.d.Ü.] freizugeben.[202] • **8. Januar 2020:** Die IAIP ordnet ein Sanktionsverfahren gegen den Präsidenten an, weil er es versäumt hat, Informationen über den OIE zur Verfügung zu stellen.[203] • **23. und 31. Januar 2020:** Die IAIP verlangt die Offenlegung von Informationen über die Reisen des Direktors der Gefängnisse, Osiris Luna, und leitet daraufhin ein Disziplinarverfahren gegen den Beamten ein.[204] • **27. Februar 2020:** Die IAIP will die Einhaltung von Reiseinformationen für Beamte durchsetzen und verhängt Geldstrafen gegen Wohnungsbauministerin Michelle Sol.[205] • **6. März 2020:** Die IAIP stößt bei der Überprüfung von Militarakten über ein Massaker an Studierenden von 1975 auf Hindernisse.[206]	• **11. September 2020:** Die IAIP legt vor dem Obersten Gerichtshof Verfassungsbeschwerde gegen die Reformen ein, die zu ihren Gunsten entschieden wird.[207] • **24. September 2020:** Präsident Bukele berichtet über die Vernichtung von Militärarchiven ohne Überprüfung durch die IAIP. • **6. Oktober 2020:** Die IAIP fordert Aufklärung über die Vernichtung von Militärarchiven.[208] • **26. Oktober 2020:** Interne Debatte bei der IAIP über die Offenlegung von Rechenschaftsberichten von Amtsträger*innen.[209] • **1. Dezember 2020:** IAIP gewährt Bukele eine Frist für die Übermittlung von Informationen über den juristischen Sekretär der Präsidentschaft.

[200] Acción Ciudadana. August 2022. ¿El IAIP a favor de los ciudadanos? (IAIP zugunsten der Bürger?) Aktualisierung 2022. Siehe: https://accion-ciudadana.org/informes/El-IAIP-en-favor-de-los-ciudadanos.-Actualizacion-2022.-Accion-Ciudadana.-2022.pdf

[201] Corte IDH: Caso Herrera Ulloa Vs. Costa Rica. Excepciones preliminares, Fondo, Reparaciones y Costas (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte, Fall Herrera Ulloa gegen Costa Rica. Vorläufige Beschwerdepunkte, Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten). Urteil vom 2. Juli 2004. Serie C N°107, Absatz 108. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_107_esp.pdf;
Caso Claude Reyes y otros vs. Chile. Fondo, Reparaciones y Costas (Rechtssache Claude Reyes et al. gegen Chile. Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten). Urteil vom 19. September 2006, Serie C, N°151 Absätze 76 und 78, siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_151_esp.pdf

[202] Contrapunto. "IAIP ordena a presidencia desclasificar información relacionada con la OIE" (Contrapunto. " IAIP fordert die Präsidentschaft auf, auf den Geheimdienst OIE-bezogene Informationen freizugeben"). 13. Dezember 2019. Siehe: https://www.contrapunto.com.sv/iaip-ordena-a-presidencia-desclasificar-informacion-relacionada-con-la-oie/

[203] Diario el Mundo, "IAIP ordena proceso sancionatorio contra Presidente por no dar información de OIE" (Diario El Mundo, "IAIP ordnet Sanktionsverfahren gegen den Präsidenten an, weil er keine Informationen über den Geheimdienst OIE geliefert hat"). 8. Januar 2020. Siehe: https://diario.elmundo.sv/Pol%C3%ADtica/iaip-ordena-proceso-sancionatorio-contra-presidente-por-no-dar-informacion-de-oie

[204] Diario de Hoy, "IAIP abre proceso sancionatorio contra funcionario" (Diario de Hoy, „IAIP eröffnet Sanktionsverfahren gegen Beamten"). 31. Januar 2020. Siehe: https://amp.elsalvador.com/amp/noticias/682238/osiris-luna-viajes-iaip-sanciones.html

[205] Derecho y Negocios, "IAIP impone multa máxima a Ministra de Vivienda por revelar datos confidenciales" (Derecho y Negocios, „IAIP verhängt Höchststrafe gegen Wohnungsbauminister wegen Weitergabe vertraulicher Daten"). 27. Februar 2020. Siehe: https://derechoynegocios.net/iaip-impone-multa-maxima-ministra-vivienda-revelar-datos-confidenciales/

[206] Siehe: https://twitter.com/iaip_elsalvador/status/1235958841189298176?s=20, 6. März 2020

[207] Siehe: https://m.facebook.com/itvelsalvador/videos/interponen-demanda-de-inconstitucionalidad-contra-reformas-al-reglamento-del-iai/700563167213514/?__so__=permalink&__rv__=related_videos&locale=hi_IN%20, 12. September 2020

[208] LPG, "IAIP pide aclarar destrucción de archivos militares" (La Prensa Gráfica LPG, "IAIP bittet um Klärung der Vernichtung von Militärarchiven"). 6. Oktober 2020. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/IAIP-pide-aclarar-destruccion-de-archivos-militares-20201005-0089.html

[209] Diario El Mundo, "El debate donde el IAIP cambió criterio sobre información de Probidad en El Salvador" (Diario El Mundo, „Die Debatte, bei der die IAIP ihre Kriterien für die Wahrheitsfindung in El Salvador änderte"). 18. November 2020. Siehe: https://diario.elmundo.sv/Pol%C3%ADtica/el-debate-donde-el-iaip-cambio-criterio-sobre-informacion-de-probidad-en-el-salvador

• **3. Dezember 2020:** Bukele ernennt einen neuen Kommissar bei der IAIP und sichert sich damit die Mehrheit der Stimmen.[210] • **11. März 2020:** Die Regierung setzt die Freigabe von öffentlichen Informationen aufgrund der COVID-19-Quarantäne bis zum 12. Juni 2020 aus.[211] • **8. September 2020:** Die Regierung reformiert die Vorschriften und schränkt den Zugang zu offiziellen Informationen ein[212].	• **23. April 2021:** Präsident Bukele suspendiert IAIP-Kommissarin.[213] • **Februar 2022:** Endgültige Amtsenthebung der im April 2021 suspendierten Kommissarin[214].

b) Institutionelle Praktiken, die das Recht auf Zugang zu Informationen verletzen

Laut dem Open Budget Survey der International Budget Partnership (IBP) sank der Transparenzwert von El Salvador von 46 im Jahr 2019 auf 41 im Jahr 2021. Das bedeutet, dass die Menschen jetzt weniger Zugang zu den zeitnahen und/oder umfassenden Informationen haben, die sie benötigen, um sich an der Entscheidungsfindung zu beteiligen und die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen.[215]

Lokale Organisationen, die Experten für das Thema Transparenz sind,[216] erklärten gegenüber Amnesty International, dass der Zugang zu offiziellen Informationen durch die Einführung einer Reihe von Regierungspraktiken ausgehöhlt wird, wie zum Beispiel:

- Besondere Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Daten und Informationen in Institutionen, die zuvor über zuverlässige Systeme verfügten, die die Erstellung und Konsolidierung von Aufzeichnungen in zeitnaher Weise ermöglichten;
- Überzogene Anforderungen an die Abfrage von Informationen, die bisher sogar über offizielle Portale leicht zugänglich waren;
- missbräuchliche Praxis, Informationen vorzuenthalten, ohne dass dies gerechtfertigt ist;
- Versäumnis, Informationen auf offizielle oder gesetzlich vorgeschriebene Art zu aktualisieren.

Journalistische Recherchen haben ergeben, dass mehrere Ministerien und das Parlament systematisch und nach eigenem Ermessen Informationen zu Themen wie dem Erwerb von Waren und Dienstleistungen, Protokollen von Ministerräten, strategischen Plänen in den Bereichen Gesundheit und Bildung sowie Reise- und Personalinformationen zurückgehalten haben.[217]

Im Bereich der Sicherheit hatte Amnesty International Zugang zu der Analyse, die die zivilgesellschaftliche Organisation SSPAS im Jahr 2022 in Bezug auf Informationsanfragen an die Abteilungen für den Zugang zu offiziellen Informationen (Unidad de Acceso a la Información Pública - UAIP) der Generalstaatsanwaltschaft FGR, der Nationalen Zivilpolizei PNC, des Ombudsbüros für Menschenrechte PDDH (Produraduría para la Defensa de los Derechos Humanos), des

[210] Gato Encerrado, "Bukele nombra comisionada del IAIP a ex precandidata de Nuevas Ideas" (Gato Encerrado, „Bukele ernennt ehemalige Vorkandidatin der Partei Nuevas Ideas zur IAIP-Kommissarin"). 3. Dezember 2020. Siehe: https://gatoencerrado.news/2020/12/03/bukele-nombra-comisionada-del-iaip-a-ex-precandidata-de-nuevas-ideas3/

[211] El Faro, "El Gobierno también puso en cuarentena el acceso a la información pública" (El Faro, "Die Regierung hat auch den Zugang zu öffentlichen Informationen gesperrt"). 9. April 2020. Siehe: https://elfaro.net/es/202004/el_salvador/0000024237-el-gobierno-tambien-puso-en-cuarentena-el-acceso-a-la-informacion-publica

[212] Focos, "División entre comisionados del IAIP por reformas al reglamento de la Ley de Acceso a la Información Pública" (Focos, "Uneinigkeit unter den IAIP-Kommissaren über die Reformen der Vorschriften des Gesetzes über den Zugang zu öffentlichen Informationen"). 10. September 2020. Siehe: https://focostv.com/division-entre-comisionados-del-iaip-por-reformas-al-reglamento-de-la-ley-de-acceso-a-la-informacion-publica/

[213] Diario El Mundo, "Presidente ordena suspender a comisionada de acceso a información" (Diario El Mundo, „Präsident ordnet Suspendierung der Kommissarin für den Zugang zu Informationen an"). 21. April 2021. Siehe: https://diario.elmundo.sv/Pol%C3%ADtica/presidente-ordena-suspender-a-comisionada-de-acceso-a-informacion

[214] Gato Encerrado, Bukele remueve del cargo a comisionada de transparencia que denunció ataques a su trabajo (Gato Encerrado, Bukele entlässt die Transparenzbeauftragte, die Angriffe auf ihren Posten angeprangert hatte). 23. April 2022. Siehe: https://gatoencerrado.news/2021/04/23/bukele-remueve-del-cargo-a-comisionada-de-transparencia-que-denuncio-ataques-a-su-trabajo/

[215] FUNDE, "Encuesta de presupuesto abierto 2021: Resultados para El Salvador" (FUNDE, „Open Budget Survey 2021: Ergebnisse für El Salvador"). 31. Mai 2022. Siehe: https://repo.funde.org/1866/

[216] Interviews von Amnesty International mit drei zivilgesellschaftlichen Organisationen, die zwischen Juni und September 2023 geführt wurden.

[217] Gato Encerrado. Gobierno de Bukele esconde sus gastos, contratos, estadísticas y planes (Gato Encerrado. Die Regierung von Bukele verbirgt ihre Ausgaben, Verträge, Statistiken und Pläne). 14. März 2023. Siehe: https://gatoencerrado.news/2023/03/14/gobierno-de-bukele-esconde-sus-movimientos-en-los-indices-de-informacion-reservada/

gerichtsmedizinischen Institutes (Instituto de Medicina Legal - IML), des Verteidigungsministeriums (MDN), der Generaldirektion der Strafvollzugsanstalten (Dirección General de Centros Penales – DGCP) und der Generalinspektion für öffentliche Sicherheit (Inspectoría General de Seguridad Pública - IGSP) durchgeführt hat. Nachstehend die wichtigsten Schlussfolgerungen dieser Analyse:

- Es ist nicht mehr möglich, Auskünfte von der Gefängnisdirektion DGCP, der Generalstaatsanwaltschaft FGR und des gerichtsmedizinischen Institutes IML zu erhalten. Nur noch in geringerem Umfang sind Auskünfte von der Nationalen Zivilpolizei PNC zu erhalten.
- Im Jahr 2022 begann der Verteidigungsminister damit, verschiedene angeforderte Informationen wie die Anzahl der Soldaten, die an Aufgaben der öffentlichen Sicherheit beteiligt sind und mit der PNC gemeinsame Aufgaben wahrnehmen, sowie die Beschlagnahmung von Drogen zur Verschlusssache zu erklären.
- Es ist nicht möglich, statistische Informationen über offizielle Daten zu erhalten, wie z. B. die Anzahl der Gefangenen, die Überbelegungsrate in den Haftanstalten, die Todesfälle von Personen in Haft; die Anzahl der Straftaten und ob der Missbrauch von Gewalt durch Sicherheitsbeamte erfasst und geahndet wird, neben anderen Sicherheitsaspekten für die Bürger*innen, die zur Überwachung und Bewertung der Sicherheitslage und des Ausnahmezustands herangezogen werden.
- Das Zurückhalten von Informationen wird begründet mit Sicherheitsgründen; die angeforderten Informationen sind jedoch statistischer Natur, ohne dass sensible Informationen wie Namen, eindeutige Ausweisdokumente usw. erforderlich sind.

Darüberhinaus ist festzustellen, dass das Parlament den exzessiven Gebrauch des "Verfahrensverzichts" – eines Express-Mechanismus –[218] im Prozess der Gesetzesbildung eingeführt hat. Dies geschah in einigen Fällen auf überraschende und unkonsultierte Weise, was andere gesetzgebende Gruppen oder Organisationen an einer realen und freien Möglichkeit hindert, ihre Ansichten, Ideen oder Vorschläge über einen bestimmten Vorschlag darzulegen.[219]

> ***"[…] Ich erinnere mich, dass das Parlament damals einige Zahlen zu Tötungsdelikten und Gewalt analysiert hat. Ich möchte fragen, ob das Parlament bei den Verlängerungen des Ausnahmezustands die verfügbaren offiziellen Informationen über die Bedingungen, die zum Ausnahmezustand geführt haben, erörtert und analysiert hat?***
>
> ***Ich frage auch nach dem Stand der gerichtlichen Informationen, seien es Urteile oder laufende Verfahren; gibt es dazu gerichtliche Informationen? Z. B. Misshandlungsvorwürfe und insbesondere Beschwerden von Menschen, die angeblich in staatlichem Gewahrsam gestorben sind […] Informationen über das Strafvollzugssystem, welches sind die Informationsquellen?"***
>
> Der Kommissar für Meinungsfreiheit, Pedro Vaca, während seiner Rede bei der Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission für Menschenrechte und der Ausnahmezustände in El Salvador. 14. Juli 2022.[220]

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat festgestellt, dass *"die Offenlegung von Informationen, die sich im Besitz des Staates befinden, in einer demokratischen Gesellschaft eine sehr wichtige Rolle spielen muss, da sie es der Zivilgesellschaft ermöglicht, die Handlungen der Regierung zu kontrollieren, der sie den Schutz ihrer Interessen anvertraut hat"*. Er hat ferner festgestellt, dass Art.

[218] Die Regelung des Verfahrensverzichts bei der Ausarbeitung eines Gesetzes ist in der Geschäftsordnung des Parlamentes (Reglamento Interior de la Asamblea Legislativa - RIAL) in Artikel 76 enthalten: „In dringenden Fällen und wenn das Plenum dies auf Antrag eines Mitglieds genehmigt, kann von den in dieser Geschäftsordnung vorgesehenen Formalitäten abgesehen und die Angelegenheit in derselben Sitzung, in der der Schriftverkehr behandelt wird, auch ohne Stellungnahme des zuständigen Ausschusses behandelt werden." 25. Oktober 2005. Siehe: https://www.asamblea.gob.sv/leyes-y-decretos/view/244

[219] LPG. Asamblea Legislativa supera las 300 dispensas de trámite (La Prensa Gráfica LPG. Parlament überschreitet die Zahl von 300 Verfahrensverzichten). 1. Mai 2023. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Asamblea-Legislativa-supera-las-300-dispensas-de-tramite-20230430-0076.html

[220] Audiencia ante la CIDH: Derechos humanos y estados de excepción en El Salvador (Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR: Menschenrechte und Ausnahmezustände in El Salvador). 14. Juli 2023. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/sesiones/?S=187

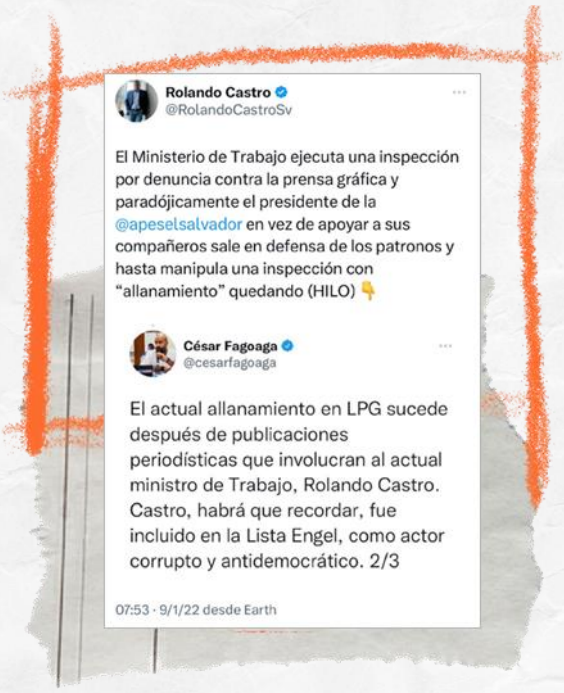
13 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention ACHR eine positive Verpflichtung des Staates enthalten muss, Zugang zu den in seinem Besitz befindlichen Informationen zu gewähren. Die ist erforderlich, um Missbrauch durch Regierungsbeamte zu verhindern, Rechenschaftspflicht und Transparenz innerhalb des Staates zu fördern und eine solide und informierte öffentliche Debatte zu ermöglichen, um die Gewährleistung wirksamer Rechtsmittel gegen solche Missbräuche zu garantieren.[221]

[221] Corte IDH. Caso Claude Reyes y otros Vs. Chile. Fondo, Reparaciones y Costas (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte, Fall Claude Reyes et al. gegen Chile. Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten). 19. September 2006, Absatz 58. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_151_esp.pdf

4.4. EINSCHRÄNKUNGEN DES RECHTS AUF VEREINIGUNG UND VERTEIDIGUNG VON RECHTEN

Im November 2021 legte das Ministerium für Inneres und territoriale Entwicklung (Ministerio de Gobernación y Desarrollo Territorial) dem Parlament den Entwurf eines Gesetzes über ausländische Agenten (Ley de Agentes Extranjeros) vor. Dieser sieht die Pflicht zur Registrierung als *„ausländischer Agent"* für alle natürlichen oder juristischen Personen vor, die Tätigkeiten ausüben, die *„Interessen eines ausländischen Auftraggebers entsprechen, von diesem direkt oder indirekt kontrolliert oder finanziert werden"*. Er enthält außerdem das Verbot der Durchführung von Aktivitäten, die *„politische oder andere Zwecke verfolgen, die darauf abzielen, die öffentliche Ordnung zu stören oder die nationale Sicherheit, die soziale und politische Stabilität des Landes gefährden oder bedrohen"*. Darüber hinaus sieht das Gesetz ausdrücklich die Anwendung einer Steuer von 40% auf alle Finanztransaktionen oder Spenden aus dem Ausland vor - mit Ausnahmen.[222]

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR und ihr Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit (Relatoría Especial para la Libertad de Expresión – RELE) äußerten ihre Besorgnis über die Möglichkeit, dass Verstöße gegen diese Bestimmungen straf- und verwaltungsrechtliche Folgen haben könnten. Neben der Einstellung von Aktivitäten und der Aufhebung des Rechtsstatus als juristische Personen werden die legitime Funktionsweise und die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeschränkt, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und des unabhängigen Journalismus einsetzen und die manchmal Mittel der internationalen Zusammenarbeit für ihre Entwicklung erhalten. Darüber hinaus stellten sie fest, dass das Gesetz in kurzer Zeit die Einhaltung potenziell willkürlicher oder unverhältnismäßiger administrativer und steuerlicher Anforderungen verlange. Außerdem ermöglicht es die Verhängung schwerer Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen, die diese Bestimmungen nicht beachten. Daher hätte sie auch Auswirkungen auf die Ausübung der Versammlungs- und der Meinungsfreiheit.[223]



Tweet des Arbeitsministers Rolando Castro im Sozialen Netzwerk "X". Siehe https://twitter.com/RolandoCastroSv/status/1480176012747063298?s=20

Obwohl das Gesetz über ausländische Agenten nicht verabschiedet wurde, besteht ein latentesRisiko seines künftigen Inkrafttretens. Vorläufig wird über Verwaltungspraktiken berichtet, die den Anschein erwecken, dass unabhängige Organisationen und Medien übermäßig kontrolliert werden, um ihre Kritik an der staatlichen Politik zum Schweigen zu bringen.

[222] [sic!]

[223] CIDH, RELE [Veröffentlicht am 17. November 2021] Comunicado de Prensa: La CIDH y RELE urgen al Estado de El Salvador no aprobar el anteproyecto de Ley de Agentes Extranjeros (Pressemitteilung: Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR und der Sonderberichterstatter für freie Meinungsäußerung RELE fordern den Staat El Salvador auf, den Entwurf des Gesetzes über ausländische Agenten nicht zu verabschieden). Siehe: https://www.oas.org/es/CIDH/jsForm/?File=/es/cidh/prensa/comunicados/2021/308.asp

Dazu gehört auch eine Instrumentalisierung der institutionellen Befugnisse einiger Ministerien wie des Arbeits-[224], Finanz- und Innenministeriums, um die Arbeit sowohl der Medien als auch der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu behindern.

Laut vier zivilgesellschaftlichen Organisationen, die mit Amnesty International gesprochen haben, handelt es sich bei diesen Aktionen im aktuellen Kontext nicht um isolierte oder spontane Ereignisse.

> ***"Das alles ist Teil einer bewussten Strategie, um kritische Stimmen, die Ausübung journalistischer Arbeit und die Verteidigung von Rechten zu verhindern.***
>
> ***Ich denke, das ist der Grund, warum sie das Gesetz über ausländische Agenten letztendlich nicht verabschiedet haben: Weil sie es nicht nötig haben. Sie haben die Kontrolle über den gesamten Staatsapparat. Zumindest zum jetzigen Zeitpunkt glaube ich, dass die Taktik darin bestehen wird, mit scheinbar legalen Mitteln Verwaltungssanktionen zu rechtfertigen, um die Schikanen und die Einschüchterung von Menschen, die sich zu Wort melden, fortzusetzen. Es gibt bereits Fälle, in denen Bürgerrechtler*innen durch die Instrumentalisierung der Übergangsjustiz kriminalisiert wurden [...]***
>
> ***Und es gibt bereits Fälle von Exzessen seitens des Finanzministeriums und des Innenministeriums; es ist ein offenes Geheimnis, über das niemand spricht, weshalb diese Exzesse noch nicht sichtbar gemacht und angemessen benannt worden sind. Es ist jedoch zu befürchten, dass die Konsequenzen, wenn man diese Exzesse anprangert, noch größer sein werden - Entzug des Rechtsstatus, Kriminalisierung der Wortführer*innen, und wenn dieser Moment kommt, an wen wenden sie sich dann? Es gibt hier nicht mehr Gerechtigkeit als die, die sie diktieren."***
>
> Mitglied einer Organisation der Zivilgesellschaft in einem Interview mit Amnesty International. Juli 2023

a) Cristosal: Widerruf von Ausnahmegenehmigungen und die Androhung, die Betriebserlaubnis für die Arbeit in El Salvador zu entziehen

Ende Dezember 2022 wurde Cristosal - eine Menschenrechtsorganisation -[225] von der Generaldirektion für Steuern des Finanzministeriums über die Aufhebung der Steuerbefreiung informiert, die ihr aufgrund ihres Status als gemeinnützige Organisation gewährt worden war.

Diese Entscheidung folgte auf eine mehrmonatige Steuerprüfung, an der die Organisation umfassend mitwirkte und die nach Angaben von Vertreter*innen der Organisation 13 spezifische Beurteilungen umfasste, wie Amnesty International mitgeteilt wurde.[226]

Im abschließenden Prüfbericht erklärte die Organisation, dass es keine Feststellungen oder rechtlichen Gründe für einen Widerruf auf der Grundlage der geprüften Aspekte gab. Der einzige angebliche Grund - die Durchführung von Tätigkeiten außerhalb der satzungsgemäßen Zwecke - war nach Angaben der Organisation nie Teil der Analyseelemente des Verwaltungsverfahrens.

Bis September 2023 sind Cristosal durch diesen Widerruf sowie durch die Durchführung von Verwaltungsänderungen erhebliche Kosten entstanden.

Andererseits meldete das Innenministerium derselben Organisation angebliche Verstöße im Zusammenhang mit der Vorlage ihrer Jahresabschlüsse für den Zeitraum 2014 - 2020.

---

[224] Im Januar 2022 ordnete das Arbeitsministerium eine Arbeitsinspektion des schriftlichen Medienunternehmens La Prensa Grafica an, einen Tag nachdem es einen Untersuchungsbericht veröffentlicht hatte, in dem der Leiter dieses Unternehmens an einer Operation zur Koordinierung der Wirtschaftshilfe für Bandenmitglieder beteiligt war. LPG. La vendedora que hablaba de Rolando Castro (La Prensa Gráfica LPG. Die Verkäuferin, die über Rolando Castro sprach). 6. Januar 2022. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/La-vendedora-que-hablaba-de-Rolando-Castro-conpandilleros-20220105-0093.html. Siehe außerdem dem Tweet des Arbeitsministers Rolando Castro in seinem X-Account in bezug darauf: https://x.com/RolandoCastroSv/status/1480176012747063298?s=20 [Tweet zwischenzeitlich vermutlich gelöscht. 10.02.2024. Anm.d.Ü.]

[225] Siehe: https://cristosal.org/ES/about-us/

[226] Interviews von Amnesty International mit Noah Bullock, Direktor von Cristosal, zwischen Juli und September 2023.

Die Organisation hat auf diese Bescheide reagiert und Rechtsmittel eingelegt, um die angeblichen Verstöße zu beheben und ihre Tätigkeit fortsetzen zu können.

> ***"Ich beobachte diese Aneinanderreihung systematischer und ausgeklügelter Handlungen, die darauf abzielen, die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen wie Cristosal zu behindern und schließlich [in El Salvador] abzuschaffen, mit großer Sorge.***
>
> ***Diese Strategie scheint akribisch inszeniert zu sein, um willkürlich wirtschaftliche und betriebliche Kosten zu verursachen [...] Die Behörden scheinen wild entschlossen zu sein, eine ‚Bilanz der Nichteinhaltung' zu erzeugen, die auf willkürlichen Anschuldigungen und Verfügungen beruht und den Weg für eine letztendlich erzwungene Schließung unserer Organisation ebnet.***
>
> ***Wir wissen, dass es andere Organisationen im Land gibt, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, aber sie haben Angst, ihre Stimme zu erheben und Missstände anzuprangern, vor allem die kleinen Organisationen. Und während wir uns bemühen, alle uns verfügbaren Rechtsmittel auszuschöpfen, erkennen wir, dass es dem derzeitigen System an Unparteilichkeit mangelt [...] Wir haben versucht, die Integrität unserer Mission zu wahren, ohne unser Handeln zu politisieren, aber es ist an der Zeit, den zivilgesellschaftlichen Raum als letzte verbliebene Bastion der Demokratie in diesem Land sichtbar zu machen und zu verteidigen."***
>
> Noah Bullock, Direktor von Cristosal, im Interview mit Amnesty International. September 2023.

Der salvadorianische Staat hat die Pflicht, das Vereinigungsrecht, das sich im Recht gemeinnütziger ziviler Einrichtungen manifestiert, ihre Aufgaben zu erfüllen, uneingeschränkt zu respektieren und zu schützen. Das schließt ihr Recht auf Werbung, Beantragung, Beschaffung und Verwendung von Finanzmitteln zur Erreichung ihrer Ziele ohne illegitime oder willkürliche Eingriffe ein und darauf, ohne Diskriminierung Zugang zu Steuervorteilen zu erhalten.[227]

b) El Faro: Vorwürfe des Steuerbetrugs

Nach Informationen der Zeitung El Faro war sie mit einer Reihe von Prüfungen durch das Finanzministerium von El Salvador konfrontiert, die sie als missbräuchlich bezeichnet und als eine Form von Schikane aufgrund ihrer journalistischen Tätigkeit betrachtet. Im Juli 2020, so die Zeitung, wurden vier Steuerprüfungsverfahren für die Geschäftsjahre 2014, 2016, 2017 und 2018 eingeleitet.[228]

[227] Declaración de Principios Interamericanos sobre Creación, Funcionamiento, Financiamiento y Disolución de Entidades Civiles sin Fines de Lucro (Erklärung über die interamerikanischen Grundsätze für die Gründung, Tätigkeit, Finanzierung und Auflösung ziviler gemeinnütziger Organisationen). 9. März 2023. Siehe: https://www.oas.org/es/sla/cji/docs/CJI-RES_282_CII-O-23_corr1_ESP.pdf

[228] Interview von Amnesty International mit Carlos Salamanca, Geschäftsführer von El Faro, September 2023

> ***"Bei den Prüfungen, mit denen wir konfrontiert waren, waren die Anforderungen an Informationen außergewöhnlich hoch und unverhältnismäßig, einschließlich Anfragen, die über das hinausgingen, was normalerweise in steuerlicher Hinsicht erforderlich ist, wie z. B. die Protokolle des Verwaltungsrats oder die Vor- und Nachnamen und E-Mails von Leser*innen, die Teil des Mitgliedschaftsprogramms sind. Darüber hinaus wurden wir um Informationen gebeten, die Zeiträumen entsprachen, die nach dem Gesetz nicht mehr prüfungsfähig waren.***
>
> ***Diese Schikanen verschärften sich, nachdem wir eine aufschlussreiche Untersuchung veröffentlicht hatten, in der wir einen Pakt zwischen der salvadorianischen Regierung und der MS-13 [kriminelle Bande; Anm.d.Ü.] aufdeckten. Im Anschluss an diese Veröffentlichung beschuldigte uns Präsident Nayib Bukele öffentlich, dass unsere Zeitung in Geldwäscheaktivitäten verwickelt sei, und kündigte an, dass gegen uns aus diesem Grund ermittelt werde."[229]***
>
> Carlos Salamanca, Geschäftsführer des digitalen Mediums El Faro. Interview mit Amnesty International. September 2023.

Das Medienunternehmen teilte Amnesty International mit, dass es im November 2020 beim Obersten Gerichtshof einen Antrag auf Schutz wegen einer seiner Meinung nach exzessiven und missbräuchlichen Prüfungspraxis des Finanzministeriums gestellt habe. Dem Antrag wurde stattgegeben und am 5. März 2021 erließ das Gericht Schutzmaßnahmen, die es dem Finanzministerium untersagten, die überzogenen Auskunftsersuchen aus den vier laufenden Prüfungen fortzusetzen.

Der Geschäftsführer sagte gegenüber Amnesty International, dass die Ergebnisse der Prüfungen zu mehreren rechtlichen Vorwürfen der Steuerhinterziehung geführt haben, die hauptsächlich auf Unterstellungen und Fehlinterpretationen der Einnahmequellen der Zeitung beruhen.

Im April 2023 kündigte El Faro öffentlich an, dass aufgrund fehlender institutioneller Garantien und der Schikanen gegen die Presse seine administrativen und rechtlichen Tätigkeiten nach Costa Rica verlagert werden.[230] Andere Organisationen und Medien teilten Amnesty International mit, dass sie erwägen, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen, um administrative Schikanen zu verhindern, die darauf abzielen, ihre Aktivitäten in El Salvador zu blockieren, und sich davor zu schützen.

Die detaillierten Maßnahmen könnten als direkter staatlicher Druck gewertet werden, um die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen und unabhängigen Medien zum Schweigen zu bringen, und sind mit internationalen staatlichen Verpflichtungen nicht vereinbar.

Insbesondere hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission hervorgehoben, dass *"durch die Ausübung von direktem oder indirektem Druck, der darauf abzielt, die imformative Arbeit der sozialen Kommunikatoren zum Schweigen zu bringen, das volle Funktionieren der Demokratie behindert wird, da ihre Konsolidierung eng mit dem freien Austausch von Ideen, Informationen und Meinungen zwischen den Menschen verbunden ist".*[231]

Die Staaten hätten zwar die Verantwortung, die Geldwäsche zu bekämpfen, doch dürfe diese Verpflichtung niemals als Rechtfertigung dafür herangezogen werden, die Glaubwürdigkeit einer Organisation zu untergraben oder ihre legitimen Aktivitäten willkürlich zu behindern.[232]

---

[229] El Faro. Bukele anuncia en cadena nacional que Hacienda investiga a El Faro por lavado de dinero (El Faro. Bukele kündigt im nationalen Fernsehen an, dass das Finanzministerium gegen El Faro wegen Geldwäsche ermittelt). 25. September 2020. Siehe: https://elfaro.net/es/202009/el_salvador/24855/Bukele-anuncia-en-cadena-nacional-que-Haciendainvestiga-a-El-Faro-por-lavado-de-dinero.htm

[230] El Faro. El Faro se cambia de casa (El Faro. El Faro zieht um). 13. April 2023. Siehe: https://elfaro.net/es/202304/columnas/26804/el-faro-se-cambia-de-casa

[231] CIDH. Antecedentes e Interpretación de la Declaración de Principios sobre Libertad de Expresión (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Hintergrund und Auslegung der Grundsatzerklärung zum Recht auf freie Meinungsäußerung). Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/expresion/showarticle.asp?artID=132&lID=2

[232] Consejo de Derechos Humanos. Informe del Relator Especial sobre los derechos a la libertad de reunión pacífica y de asociación, Maina Kiai (Menschenrechtsrat. Bericht des Sonderberichterstatters für das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit, Maina Kiai). 21. Mai 2012. A/HRC/20/27. Absatz 70. Siehe: https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/HRBodies/HRCouncil/RegularSession/Session20/A-HRC-20-27_sp.pdf

4.5. GESETZE UND PRAKTIKEN; DIE DIE PRESSEFREIHEIT EINSCHRÄNKEN UND EIN FEINDLICHES UMFELD FÜR DEREN AUSÜBUNG SCHAFFEN

Das Recht auf freie Meinungsäußerung umfasst die Suche nach, den Empfang und die Verbreitung von Informationen jeglicher Art, und zwar in jeder von den Personen frei gewählten Form. Die wirksame Ausübung dieses Rechts ist besonders wichtig, um die Verbreitung von Ideen und Meinungen auf individueller Basis sowie die öffentliche, pluralistische, friedliche und offene Erörterung von Angelegenheiten, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen, zu gewährleisten.[233]

Seit dem Amtsantritt von Nayib Bukele im Jahr 2019 wird El Salvador zunehmend als ein Land bezeichnet, das der Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung feindselig gegenübersteht. Dies betrifft insbesondere diejenigen, die journalistisch tätig sind.

Die Sonderverfahren der Vereinten Nationen haben aufgezeigt, dass insbesondere die publizistische Arbeit und der investigative Journalismus das Recht der Gesellschaft auf Wissen garantieren und die gesellschaftliche Bedeutung freier, unabhängiger, pluralistischer und vielfältiger Medien als öffentliches Gut und als Instrumente im Dienste der Rechenschaftspflicht, der Transparenz, der Debatte und des Gedankenaustauschs hervorheben. Folglich dürfen die Staaten die Arbeit von Journalist*innen nicht willkürlich einschränken und sind verpflichtet, die Bedingungen der Freiheit und Unabhängigkeit zu gewährleisten, die erforderlich sind, damit sie ihre kritische Rolle sowohl innerhalb als auch außerhalb des digitalen Umfelds in vollem Umfang wahrnehmen können.[234]

Zwischen 2020 und 2023 ist El Salvador im Weltindex für Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen um 41 Plätze gefallen und liegt nun auf Platz 115 von 180 Ländern.[235] In ihrem Bericht weisen Reporter ohne Grenzen auf die weit verbreitete Gewalt gegen die Medien, Angriffe und Drohungen gegen Journalist*innen, die die Regierung nicht unterstützen, und die Kriminalisierung der Berichterstattung über öffentliche Sicherheit und Banden hin.[236]

Der Index 2023 von Freedom House, der den Grad der Demokratie und Freiheit in der Welt misst, stufte El Salvador als "teilweise freies" Land ein, da es 56 von 100 möglichen Punkten erreichte, 11 Punkte weniger als vor dem Amtsantritt von Präsident Bukele im Jahr 2019.[237] In beiden globalen Indizes verzeichnete das Land zusammen mit Nicaragua in den letzten Jahren einen der stärksten Rückgänge in Lateinamerika.

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR hat festgestellt, dass in dem Land schwierige Bedingungen für die Ausübung des Journalismus herrschen, die sich vor allem in Schikanen, Aggressionen, Einschränkungen und Einschüchterungsversuchen sowie in der Behinderung der Presseberichterstattung über öffentliche Ereignisse, der Verweigerung von Interviews und des Zugangs zu offiziellen Quellen und einem drastischen Rückgang der Wirksamkeit der Rechtsvorschriften und Institutionen im Zusammenhang mit dem Zugang zu öffentlichen Informationen äußern.[238]

---

[233] CIDH, Relatoría Especial para la Libertad de Expresión. Marco Jurídico Interamericano sobre el Derecho a la Libertad de Expresión (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR, Büro des Sonderberichterstatters für das Recht auf freie Meinungsäußerung. Interamerikanischer Rechtsrahmen für das Recht auf freie Meinungsäußerung). 30. Dezember 2009. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/expresion/docs/publicaciones/MARCO%20JURIDICO%20INTERAMERICANO%20DEL%20DERECHO%20A%20LA%20LIBERTAD%20DE%20EXPRESION%20ESP%20FINAL%20portada.doc.pdf

[234] Informe de la Relatora Especial sobre la promoción y protección del derecho a la libertad de opinión y de expresión sobre el fortalecimiento de la libertad de los medios de comunicación y de la seguridad de los periodistas en la era digital (Bericht des Sonderberichterstatters über die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung zur Stärkung der Medienfreiheit und der Sicherheit von Journalisten im digitalen Zeitalter). 2022. Siehe: https://www.ohchr.org/es/documents/thematic-reports/ahrc5029-reinforcing-media-freedom-and-safety-journalists-digital-age

[235] Reporteros sin Fronteras. Clasificación Mundial de la Libertad de Prensa (Reporter ohne Grenzen. Welt-Pressefreiheits-Index). 2023. Siehe: https://rsf.org/es/clasificacion

[236] Reporteros sin Fronteras. Análisis de país. El Salvador (Reporter ohne Grenzen. Länderanalyse. El Salvador). 2023. Siehe: https://rsf.org/es/pais/el-salvador

[237] Freedom House "Informe sobre Libertad en el Mundo 2023" (Freedom House. „Bericht Freiheit in der Welt 2023"). Siehe: https://freedomhouse.org/country/el-salvador/freedom-world/2023

[238] CIDH. Informe Anual 2022 (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Jahresbericht 2022). Kapitel El Salvador. April 2023. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/docs/anual/2022/capitulos/12-IA2022_Cap_5_El_Salvador_ES.pdf

Auch die Organisation "Artikel 19" hob die Positionierung des offiziellen Narrativs als das einzig legitime und wahrheitsgemäße hervor, sowie die Privilegierung der Regierungspropaganda durch eine permanente Desinformationskampagne, insbesondere durch die Instrumentalisierung staatlicher Medien und die Einbeziehung von Youtubern und Social-Media-Influencer*innen, die der Regierungspartei nahe stehen, als neue Informant*innen und Sprecher*innen für die Maßnahmen der Regierung.[239]

> ***"Heute wird die @AsambleaSV [das Parlament; Anm.d.Ü.] alle Youtuber, Social Media Content Creator und Journalisten willkommen heißen. Von nun an werden kleine Gruppen nicht mehr Herren der Informationen sein."***
>
> Ernesto Castro. Präsident des Parlamentes.[240]

Amnesty International hat neben den Stigmatisierungsmaßnahmen in sozialen Netzwerken auch auf andere Situationen hingewiesen, die die Ausübung der Pressefreiheit einschränken, wie die missbräuchliche digitale Überwachung von Journalist*innen und unabhängigen Medien und die Verabschiedung verschiedener Arten von Vorschriften, die die journalistische Arbeit einschränken und deren Anwendung den Missbrauch und die Kriminalisierung von Aktivitäten bei der legitimen Ausübung von Rechten fördern könnte.

Die APES-Monitoringstelle [Asociación de Periodistas de El Salvador, Journalistenverband. Anm.d.Ü.] meldete für das Jahr 2022 elf Fälle, in denen Journalist*innen aus Angst vor Bedrohungen, Einschüchterungen, Angriffen und der Gefahr der Kriminalisierung das Land verlassen haben. In acht dieser Fälle handelte es sich um vorübergehende und präventive Ausreisen, während in drei Fällen eine dauerhafte Umsiedlung stattfand. In einem Interview mit Amnesty International berichtete die APES, dass in der ersten Hälfte des Jahres 2023 sechs solcher Fälle registriert wurden, darunter zwei Fälle von dauerhafter Umsiedlung.[241]

> **"Mit der parlamentarischen Mehrheit der Regierung wurde im Jahr 2021 damit begonnen, durch ständige Angriffe verschiedener Funktionäre ein Narrativ des Hasses gegen Journalist*innen zu etablieren. Solange dies andauert, werden die Menschen diese Ideen weiter bestärken und weiterhin entsprechend handeln. Das ist die Schuld derjenigen, die das fördern."**
>
> Angélica Cárcamo. Präsidentin von APES. Juli 2023.

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen beschreiben diese Vorfälle als eine institutionalisierte Dynamik, die sich im Kontext des Ausnahmezustands noch verschärft hat. Die APES hat einen Bericht über Verletzungen der Pressefreiheit in diesem Zusammenhang vorgelegt. Ihren Aufzeichnungen zufolge gab es zwischen März 2022 und Juli 2023 222 Fälle von Verletzungen der Meinungsfreiheit und 385 Angriffe auf Journalist*innen und Kommunikationseinrichtungen, die nach den oben genannten Verfahrensmustern erfolgten.[242]

Hochrangige Behörden wie der Minister für Justiz und öffentliche Sicherheit[243] und der Direktor der Nationalen Zivilpolizei[244] haben Journalist*innen mit der Einleitung von Ermittlungen oder Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung gedroht. Das Argument dieser

---

[239] Artículo 19: "El estado de la libertad de expresión en Centroamérica y el Caribe: análisis trimestral abril-junio 2023." (Artikel 19: "Der Stand der Meinungsfreiheit in Zentralamerika und der Karibik: Vierteljährliche Analyse April-Juni 2023"). Siehe: https://articulo19.org/el-estado-de-la-libertad-de-expresion-en-centroamerica-y-cuba-analisis-trimestral-abril-junio-2023/

[240] Siehe: https://twitter.com/ecastroes/status/1648345497504030720?s=48, 18. April 2023

[241] APES: Régimen de excepción y afectación a la libertad de prensa y libertad de expresión (APES: Notstandsregelung und Auswirkungen auf die Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung). Juni 2023. Siehe: https://apes.org.sv/wp-content/uploads/2023/07/Regimen-de-excepcion-y-afectacion-a-la-libertad-de-prensa-y-libertad-de-expresion-en-El-Salvador.-1.pdf

[242] APES. Siehe: https://twitter.com/apeselsalvador/status/1683601760101752837, 25. Juli 2023

[243] LPG. El ministro de Seguridad Villatoro acusó a los periodistas de cometer dicho delito (La Prensa Gráfica LPG. Sicherheitsminister Villatoro beschuldigte die Journalisten, das Verbrechen begangen zu haben). 9. Juni 2021. Siehe: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Que-es-la-apologia-del-delito-20210608-0101.html

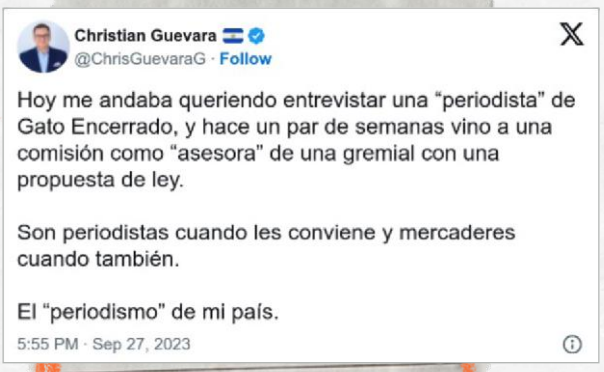
[244] El Diario de Hoy. "Director de PNC asegura que políticos y periodistas serán procesados por la tregua de 2012." (El Diario de Hoy. "Polizei-Direktor sagt, dass Politiker und Journalisten für den Waffenstillstand 2012 belangt werden"). Meldung vom 6. Juni 2023. Siehe: https://www.elsalvador.com/noticias/nacional/director-pnc-tregua-pandillas-periodistas/1066298/2023/

Behörden ist, dass Journalist*innen durch die Berichterstattung über kriminelle Handlungen, insbesondere im Zusammenhang mit Bandenaktivitäten, zur Begehung solcher Verbrechen einladen.

> **“Man soll ihnen Asyl gewähren, damit sie von hier verschwinden können! Sie nützen hier nichts. Wenn sie gehen wollen, lasst sie gehen, sie denken, wir würden sagen 'oh nein, bitte geht nicht'. Wir brauchen sie nicht, geht weg!”**
>
> Ernesto Castro, Präsident des Parlamentes. Plenarsitzung vom Dienstag, 19. April 2022

Nach den internationalen Menschenrechtsnormen sind öffentliche Bedienstete Garanten für die Rechte des Einzelnen und daher dürfen ihre Äußerungen nicht gegen diese Verpflichtung verstoßen oder eine Form der Einmischung oder des schädigenden Drucks auf diejenigen darstellen, die durch die Äußerung ihrer Ideen zur Debatte über öffentliche Angelegenheiten beitragen.[245]

Im August 2023 verwies Präsident Bukele auf drei salvadorianische Journalisten und unterstellte ihnen, sie hätten Straftaten begangen, weil sie angeblich geheime Informationen von einem nationalen Sicherheitsberater über einen vermeintlichen Antikorruptionsplan erhalten hätten.[246]



Kommentar des Abgeordneten Christian Guecvara über Journalisten. Siehe: https://twitter.com/ChrisGuevaraG/status/1707091574239248741?s=20%20

Die Praktiken der Regierung wirken sich auch auf das öffentliche Vertrauen gegenüber Journalist*innen und auf die Bedeutung aus, die die Bevölkerung der Existenz einer freien und unabhängigen Presse beimisst. Diesbezüglich ergab eine nationale Umfrage, dass 49,2% der Befragten ein gewisses oder hohes Maß an Korruption in den Medien wahrnahmen.[247]

In der gegenwärtigen feindseligen Situation verfügt El Salvador nicht über die notwendigen Voraussetzungen, um eine öffentliche und kooperative Diskussion über die Schaffung eines angemessenen Rechtsrahmens für den Schutz von Journalist*innen zu führen. Im Jahr 2021 hat das Parlament einen Gesetzesvorschlag zur Ausarbeitung, Formulierung und Umsetzung von staatlichen Maßnahmen in diesem Bereich zurückgestellt.

---

[245] Corte IDH. Caso Ríos y otros Vs. Venezuela. Excepciones Preliminares, Fondo, Reparaciones y Costas (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte, Fall Ríos et al. gegen Venezuela. Vorläufige Beschwerdepunkte, Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten). Urteil vom 28. Januar 2009. Serie C No. 194, Absatz 139. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_194_esp.pdf;
Corte IDH. Caso Perozo y otros Vs. Venezuela. Excepciones Preliminares, Fondo, Reparaciones y Costas (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte, Fall Perozo et al. gegen Venezuela. Vorläufige Beschwerdepunkte, Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten). Urteil vom 28. Januar 2009. Serie C No. 195, Absatz 151. Siehe: https://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/seriec_195_esp.pdf

[246] Siehe: https://twitter.com/nayibbukele/status/1689392355239948288, 9. August 2023

[247] IUDOP (Instituto Universitario de Opinión Pública): “La población salvadoreña evalúa la situación del país al final del año 2022.” (IUDOP – Universitätsinstitut für öffentliche Meinung: "Die salvadorianische Bevölkerung schätzt die Situation des Landes Ende 2022 ein"). (Pressemitteilung. S. 8. Siehe: https://uca.edu.sv/iudop/wp-content/uploads/2023/01/Bol.-Eva-de-anio-2022-Instituciones-Publicas.pdf

a) Digitale Überwachung und ihre Auswirkungen auf die Freiheit der Meinungsäußerung

Anfang 2022 bestätigte eine gemeinsame Untersuchung[248] von Access Now und Citizen Lab 35 Fälle von Journalist*innen verschiedener Medien und Mitgliedern der Zivilgesellschaft, deren Telefone zwischen Juli 2020 und November 2021 mit der Spionagesoftware Pegasus der NSO Group infiziert worden waren.

Das Sicherheitslabor von Amnesty International führte ein technisches Gutachten durch, das den anhaltenden und missbräuchlichen Einsatz von Pegasus bestätigte.[249]

> ***"Ich fing an, seltsame Dinge auf meinem Telefon zu bemerken, z.B. dass ich das neue Update nicht installieren konnte und dass es manchmal nachts neu startete. Nachdem ich es ein paar Mal versucht hatte, erzählte ich einem Freund davon und er schlug mir vor, das Gerät analysieren zu lassen.***
>
> ***Wir aktivierten das Access Now Emergency Network und führten den ersten Test durch, der positiv ausfiel, was später vom Amnesty-Labor bestätigt wurde. Unter Schock erzählte ich dies einer Freundin und Kollegin von einem anderen Medienunternehmen, die ihr Handy testete und ebenfalls eine Infektion feststellte.***
>
> ***Nach diesen Bestätigungen und unter der Anleitung von Access Now sprachen wir getrennt mit unseren Herausgebern, um einen Telefonscan aller Kollegen in jedem Medienunternehmen vorzuschlagen, da es ein Angriff auf den Berufsstand sein könnte, wenn schon wir beide positiv abschnitten.***
>
> ***Die meisten meiner Kolleg*innen hatten Android-Telefone und uns wurde gesagt, dass diese Art von Test nur auf iPhones durchgeführt werden könne, so dass wir nur vier Geräte testen konnten, darunter das meines Herausgebers und das der Redaktionskoordinatorin. Alle wurden positiv auf Infizierung getestet."***
>
> Xenia Oliva, ehemalige Journalistin von Gato Encerrado. Interview mit Amnesty International. Juli 2023

Eine beträchtliche Anzahl dieser Infektionen fand während des Zeitraums statt, in dem die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der El Faro-Journalist*innen erlassen hatte, von denen einige ebenfalls bestätigten, dass ihre Telefone durch das Programm infiziert worden waren.[250] Es ist wichtig zu erwähnen, dass die gemeinsame Untersuchung von Citizen Lab und Access Now ergab, dass die gezielten Infektionen mit Zeitpunkten übereinstimmten, in denen die betroffenen Personen an sensiblen Themen von öffentlichem Interesse arbeiteten.[251]

Während es bisher nicht möglich war, mit Sicherheit zu bestätigen, wer für diese Überwachung verantwortlich war, hat die NSO Group wiederholt behauptet, dass die Pegasus-Technologie nur an Regierungen verkauft wird. Andererseits konnte die gemeinsame Untersuchung von Citizen Lab und Access Now einen Benutzer/Kunden identifizieren, der fast ausschließlich in El Salvador tätig ist.[252]

---

[248] Project Torogoz. Extensive Hacking of Media & Civil Society in El Salvador with Pegasus Spyware. (Projekt Torogoz. Umfassendes Hacking von Medien und Zivilgesellschaft in El Salvador mit Pegasus Spionagesoftware). Von John Scott-Railton, Bill Marczak, Paolo Nigro Herrero, Bahr Abdul Razzak, Noura Al-Jizawi, Salvatore Solimano und Ron Deibert. 12. Januar 2022. Siehe: https://tspace.library.utoronto.ca/bitstream/1807/123609/1/Report%23148--project-torogoz.pdf

[249] Amnistía Internacional. El Salvador: Amnistía Internacional verifica el uso del programa espía Pegasus para la vigilancia de periodistas (El Salvador: Amnesty International bestätigt Einsatz von Pegasus-Spionagesoftware zur Überwachung von Journalisten). Siehe: https://www.amnesty.org/es/latest/news/2022/01/el-salvador-pegasus-spyware-surveillance-journalists/, 13. Januar 2022

[250] CIDH: Informe anual 2022 de la Relatoría Especial para la Libertad de Expresión (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR: Jahresbericht 2022 des Büros des Sonderberichterstatters für das Recht auf freie Meinungsäußerung). 6. März 2023. Absatz 569. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/expresion/informes/IA2022ESP.pdf

[251] Citizen Lab, "Proyecto Torogoz: Hackeo extensivo de los medios de comunicación y la sociedad civil en El Salvador con el programa espía Pegasus." (Citizen Lab, "Projekt Torogoz: Umfassendes Hacken von Medien und Zivilgesellschaft in El Salvador mit Pegasus-Spionagesoftware"). Januar 2022. Siehe: https://citizenlab.ca/2022/01/project-torogoz-extensive-hacking-media-civil-society-el-salvador-pegasus-spyware/

[252] Citizen Lab, "Proyecto Torogoz: Hackeo extensivo de los medios de comunicación y la sociedad civil en El Salvador con el programa espía Pegasus." (Citizen Lab, "Projekt Torogoz: Umfassendes Hacken von Medien und Zivilgesellschaft in El Salvador mit Pegasus-Spionagesoftware".). Januar 2022. Siehe: https://citizenlab.ca/2022/01/project-torogoz-extensive-hacking-media-civil-society-el-salvador-pegasus-spyware/ (wie bereits zitiert)

Verschiedene internationale Menschenrechtsorganisationen äußerten sich besorgt über den Einsatz solcher Software zur unrechtmäßigen Überwachung und forderten den Staat auf, die gemeldeten Vorfälle gründlich und unparteiisch zu untersuchen und sicherzustellen, dass die Integrität der Opfer geschützt wird.[253]

Im Januar 2022 reichte APES zwei Anzeigen bei der Generalstaatsanwaltschaft FGR ein, damit diese sowohl den Berichten über die Verwendung der Pegasus-Software zur unrechtmäßigen Überwachung als auch dem Hacken von WhatsApp-Konten und Telefonnummern von Journaliste*innen zur Verbreitung von Desinformationen, Angriffen und pornografischem Material nachgehe.[254]

In einer öffentlichen Anhörung vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR im März 2022 bestritten die Vertreter des salvadorianischen Staates die Verfolgung, Schikanierung oder Stigmatisierung von regierungskritischen Personen und bestätigten, dass die Generalstaatsanwaltschaft FGR entsprechende Untersuchungen anstrengen werde.[255]

21 Monate nach der Anzeige des Journalistenverbandes APES sind jedoch keine konkreten Ergebnisse bekannt, die ein unmittelbares und gezieltes Vorgehen der mit der Untersuchung beauftragten Behörden belegen.

Es ist auch nicht bekannt, ob es ein spezialisiertes und multidisziplinäres Team gibt, das sich mit der Komplexität des Falles und dem besonderen Kontext, in dem er sich ereignet hat, befasst. Denn trotz der Tatsache, dass es sich um Computerkriminalität handelt, war bisher die Abteilung für Privatvermögen der FGR die Behörde, die Befragungen einiger Journalist*innen durchgeführt hat, was die einzige öffentlich bekannte Maßnahme zur Untersuchung des Falles war.[256]

Dieser Mangel an Sorgfalt führt zu einer allgemeinen Situation der Straflosigkeit, die von den Institutionen begünstigt und geduldet wird und ein tiefes Misstrauen gegenüber dem unabhängigen Journalismus bei den für die Untersuchung dieser Art von Taten zuständigen Behörden verstärkt.

> ***"Als die Staatsanwältin uns befragte, verlangte sie von uns, ihr alles zu erzählen, was in dem Fall von Anfang an passiert war, sie wusste nicht einmal von der Anhörung vor der IACHR, bei der ein Vertreter der FGR anwesend war.***
>
> ***Dann stellte uns der Referatsleiter Fragen, die suggerierten, dass es unser Ziel sei, die Regierung zu diffamieren: „Wie können Sie das beglaubigen, woher wissen Sie, dass diese Experten eine gute Arbeit geleistet haben?"***
>
> ***Ich hatte nie wirklich das Gefühl, dass sie Beweise sammeln wollten, um den Fall zu untersuchen. Das war im August 2022. Seit einem Jahr haben sie uns nicht mehr über den Fortgang des Falles informiert."***
>
> Ezequiel Barrera. Herausgeber des Gato Encerrado. Interview mit Amnesty International. Juli 2023

Ende November 2022 reichten 15 Mitarbeitende der Online-Zeitung El Faro, vertreten durch das Knight First Amendment Institute der Columbia University, vor einem US-Bundesgericht eine Klage gegen die NSO Group ein. Die Klage möchte erreichen, dass die Überwachungsmaßnahmen des Produkts Pegasus der NSO Group als eine Verletzung der Verpflichtungen nach US-Recht anerkannt

[253] Gemeinsame Erklärung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR), des Büros des Sonderberichterstatters für das Recht auf freie Meinungsäußerung (RELE) und des Regionalbüros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte für Zentralamerika (OHCHR), in der sie ihre Besorgnis über die Erkenntnisse über den Einsatz der Pegasus-Software zur Bespitzelung von Journalisten und zivilgesellschaftlichen Organisationen in El Salvador zum Ausdruck bringen,, veröffentlicht am 31. Januar 2022. Siehe: https://www.oas.org/pt/CIDH/jsForm/?File=/es/cidh/prensa/comunicados/2022/022.asp

[254] Gato Encerrado. APES presenta dos avisos a la Fiscalía para que investigue espionaje a periodistas (Gato Encerrado. APES reicht zwei Anzeigen bei der Generalstaatsanwaltschaft ein, um die Bespitzelung von Journalisten zu untersuchen). Artikel vom 15. Januar 2022. Siehe: https://gatoencerrado.news/2022/01/15/apes-presenta-dos-avisos-a-la-fiscalia-por-espionaje-y-hackeo-a-periodistas/

[255] CIDH. Audiencia Pública: La situación de los derechos humanos en el contexto de la vigilancia cibernética en El Salvador (Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR. Öffentliche Anhörung: Die Menschenrechtssituation im Kontext der Cyberüberwachung in El Salvador), 16. März 2022. Siehe: https://www.youtube.com/watch?v=E77H2_4SSPk

[256] Gato Encerrado. Fiscalía cita a periodistas de Gato Encerrado para iniciar investigación por caso Pegasus (Gato Encerrado. Die Staatsanwaltschaft lädt die Journalisten von Gato Encerrado vor, um die Ermittlungen im Fall Pegasus aufzunehmen). Artikel vom 10. August 2022. Siehe: https://gatoencerrado.news/2022/08/10/fiscalia-cita-a-periodistas-de-gatoencerrado-para-iniciar-investigacion-por-caso-pegasus/

werden, sowie dass der Kunde identifiziert wird, der die Überwachung der Journalist*innen angeordnet hat.[257]

Nach Ansicht von Amnesty International bedroht die gezielte Überwachung die Arbeit und die Sicherheit unabhängiger Journalist*innen in El Salvador, das Recht ihrer Quellen auf Vertraulichkeit und ganz allgemein das Recht auf Intimsphäre und Privatsphäre der Menschen, die ihnen nahe stehen. Zweifellos hat die Verwendung unrechtmäßig erlangter Informationen unter den derzeitigen Umständen im Lande differenzierte Auswirkungen und stellt ein besonderes Risiko für Frauen dar, die besonders aggressiver Gewalt gegen ihren Ruf und ihre Privatsphäre ausgesetzt sind.

> ***"Als mir klar wurde, dass die Infektion wirklich stattgefunden hatte und dass sie Zugang zu all meinen Bildern, Gesprächen und Kontakten hatten, fühlte ich mich vor allem für die Sicherheit der Quellen verantwortlich, und ich dachte daran, wie sehr sie davon betroffen sein könnten. Dann dachte ich auch daran, wie sich das auf meine Familie, meinen engen Kreis auswirken könnte, [...] Es war ein Schock. Ich wusste nicht, was ich tun sollte."***
>
> Xenia Oliva, ehemalige Journalistin des Gato Encerrado. Interview mit Amnesty International. Juli 2023

Zu den Auswirkungen, die von den von Amnesty International für diese Untersuchung befragten Opfern am häufigsten genannt wurden, gehören körperliche und seelische Schäden, die durch Angst, Erschöpfung und Entmutigung verursacht werden, oder auch solche, die durch die ständigen Bemühungen entstehen, Widerstand zu leisten und für ihre Arbeit belastbar zu sein.

Die bei der Organisation eingegangenen Zeugenaussagen zeigen insbesondere die Anwendung von Schutzmaßnahmen wie Selbstzensur auf, die sich in der Einschränkung der persönlichen Interaktion und der freien Äußerung von Ideen und Meinungen in sozialen Netzwerken äußern. Außerdem werden sensible oder öffentlich relevante Themen vermieden und weitere Sicherheitsmaßnahmen entwickelt und angepasst, die auch die Recherchearbeiten und die Veröffentlichung von journalistischen Notizen behindern.

Ein weiterer Aspekt, den sie hervorhoben, waren die Probleme im Zusammenhang mit der Kontinuität der freien und sicheren Zusammenarbeit mit verschiedenen Quellen, wobei sie auf die zunehmenden Hindernisse für den Aufbau, die Aufrechterhaltung und den Schutz von Zusammenarbeit, Vertrauen und Sicherheit in der Kommunikation hinwiesen.

Darüber hinaus erwähnten sie, dass die Medien und die Organisationen, die sie vertreten, Ressourcen und Anstrengungen für Rechtsberatung und -beistand, Schulung und Weiterbildung in Bezug auf digitale Sicherheitstools und -dienste sowie für die Erstellung eigener Protokolle und spezieller Präventions- und Schutzmaßnahmen bereitgestellt haben. Dies erfordert finanzielle und technische Anstrengungen, die in vielen Fällen begrenzt und auf Dauer nicht tragbar sind, insbesondere für Redaktionen mit geringen Ressourcen.[258]

---

[257] El Faro. Quince miembros de El Faro demandan a NSO Group en EE.UU por espionaje con Pegasus (El Faro. Fünfzehn Mitglieder von El Faro verklagen die NSO-Gruppe in den USA wegen Spionage mit Pegasus). 30. November 2022. Siehe: https://elfaro.net/es/202211/el_salvador/26557/Quince-miembros-de-El-Faro-demandan-a-NSO-Group-en-EEUU-por-espionaje-con-Pegasus.htm

[258] Zwischen Juni und September 2023 sprach Amnesty International mit 10 Journalisten aus verschiedenen Medienbereichen.

> ***"In psychischer Hinsicht bedeutet die Tatsache, dass man mehr Sorgen hat als nur die, die der Job mit sich bringt, dass man Zeit und Nerven investieren muss. Das ist ein zusätzliches Hindernis und eine psychische Beeinträchtigung, die das Stressniveau stark erhöht.***
>
> ***Informationsquellen, die in öffentlichen Einrichtungen arbeiten, haben Panik davor zu reden. Viele blockieren uns, nachdem sie uns eine Nachricht geschickt haben, andere wurden entlassen, weil sie herausgefunden haben, dass sie mit Journalist*innen gesprochen haben. Es herrscht ein allgemeines Gefühl der Angst, und das wirkt sich auf unsere journalistische Arbeit aus."***
>
> Bryan Avelar, freiberuflicher Journalist in Mexiko und Zentralamerika. Interview mit Amnesty International. September 2023.

b) Gesetze zur Einschränkung der Ausübung des Journalismus

Seit die Regierungspartei die absolute Mehrheit im salvadorianischen Parlament erlangt hat, werden die Garantien für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch die Verabschiedung restriktiver Gesetze und Gesetzesreformen ständig weiter zurückgenommen. Diese Situation hat sich auch im Rahmen des Ausnahmezustands, der seit März 2022 gilt, verschärft.

In diesem Sinne ist die Reform der Strafprozessordnung und des Sondergesetzes zur Bekämpfung von Computerkriminalität und damit zusammenhängenden Straftaten hervorzuheben, die nach Ansicht einiger Organisationen zweideutig, unpräzise und weit gefasst sind, was den Missbrauch und die Kriminalisierung von Aktivitäten im Rahmen der legitimen Ausübung von Rechten begünstigen könnte.[259]

Insbesondere die Absicht, die bloße Sammlung und Weitergabe von als vertraulich eingestuften Informationen mit einer Freiheitsstrafe zwischen fünf und acht Jahren zu bestrafen, sowie die Legalisierung des Einsatzes von Ermittlungstechniken und verdeckten Operationen, die die Privatsphäre und das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten verletzen, mit der Schaffung der Figur des "digitalen verdeckten Ermittlers" und der Genehmigung des Einsatzes von Instrumenten zur Informationsgewinnung ohne richterliche Anordnung, wurden als problematisch bezeichnet.

Andererseits wurde im Rahmen des Ausnahmezustands eine Reform des Strafgesetzbuchs verabschiedet, die Medien mit Strafen zwischen 10 und 15 Jahren belegt, die Nachrichten oder Mitteilungen wiedergeben und verbreiten, die "von kriminellen Gruppen stammen oder vermutlich stammen" und "Angst und Panik" in der Bevölkerung auslösen könnten. Das Gesetz war 18 Monate lang in Kraft und wurde am 1. November 2023 aufgehoben.[260]

Diese Reform wurde auch als spezifisches Risiko für eine schwerwiegende Kriminalisierung rechtmäßiger Tätigkeiten wie der Ausübung des Journalismus angesehen, da die Begriffe zur Beschreibung der verbotenen Handlungen weit gefasst und vage sind, während nach internationalen Standards jede Einschränkung der Meinungsfreiheit ausdrücklich, spezifisch und klar im Gesetz festgelegt sein muss.[261]

Zudem wird in diesem neuen Straftatbestand die Arbeit der Informant*innen mit der Arbeit von Personen gleichgesetzt, die in irgendeiner visuellen Ausdrucksform Nachrichten übermitteln, die auf die verschiedenen kriminellen Gruppen anspielen, wobei der Straftatbestand keinen Vorsatz oder die Absicht erfordert, den öffentlichen Frieden zu stören.[262]

Die Reform wurde umgesetzt zwei Wochen nachdem die digitale Zeitung El Faro eine Reihe von Zeitungsartikeln veröffentlicht hatte, in denen festgestellt wurde, dass es einen Pakt zwischen der

---

[259] Derechos Digitales. Las reformas legales en El Salvador: un gran retroceso en los derechos humanos y el Estado democrático (Derechos Digitales. Rechtsreformen in El Salvador: ein schwerer Rückschlag für die Menschenrechte und den demokratischen Staat). 11. Februar 2022. Siehe: https://www.derechosdigitales.org/17840/las-reformas-legales-en-el-salvador-un-gran-retroceso-en-los-derechos-humanos-y-el-estado-democratico/

[260] Die Reform von Art. 345-C des Strafgesetzbuches sowie der letzte Absatz von Art. 1 des Gesetzes zum Verbot von Banden, Gangs, Gruppen, Vereinigungen und Organisationen krimineller Natur wurden vom Parlament am 1. November 2023 aufgehoben. Mitteilung des Parlaments. Siehe: https://www.asamblea.gob.sv/sites/default/files/documents/correspondencia/48495CA2-676A-4B68-BDA8-C652F375F8F2.pdf

[261] RELE. Comunicado de prensa "La Relatoría Especial alerta sobre riesgos de criminalización a ejercicios legítimos de la libertad de expresión en El Salvador a partir de reformas legislativas." 13. April 2022. Siehe: https://www.oas.org/es/cidh/expresion/showarticle.asp?artID=1232&lID=2

[262] FUNDACIÓN PARA EL DEBIDO PROCESO: Análisis de las reformas que acompañan el régimen de excepción en El Salvador (Due Process of Law Foundation: Analyse der Reformen, die das Notstandsregime in El Salvador begleiten). August 2023. Siehe: https://www.dplf.org/es/indebido-proceso-analisis-reformas-regimen-excepcion-el-salvador

Regierung und der MS-13-Bande gibt. Dies wurde durch Tonaufnahmen gestützt, die von Bandenmitgliedern zur Verfügung gestellt worden waren. Entsprechend der Analyse von Organisationen der Zivilgesellschaft und Journalist*innen sollten diese Reformbestimmungen die Meinungs- und Informationsfreiheit absolut einschränken und zu einer Vorzensur führen.[263]

Die Entscheidung zur Aufhebung des Gesetzes haben viele Akteure der internationalen Gemeinschaft und Menschenrechtsmechanismen begrüßt. Sie haben jedoch die Regierung von El Salvador aufgefordert, diese Schritte durch weitere Maßnahmen zu ergänzen, die zur Stärkung des bürgerlichen Raums beitragen.[264] Der Journalistenverband von El Salvador (APES) erklärte seinerseits, dass die Streichung dieses Artikels aus dem salvadorianischen Recht nur bestätigt, dass der Staat das Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit in El Salvador verletzt hat.

> ***"Die 'Knebelreformen' hätten niemals genehmigt werden dürfen, da sie das Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit verletzen ... Zu den schwerwiegendsten Auswirkungen dieser Maßnahme gehört der Wegzug von mindestens 15 Journalist*innen (zwei von ihnen im ständigen Exil) zwischen 2022 und 2023, aus Angst vor juristischen Konsequenzen."***
>
> Öffentliche Erklärung von APES, 2. November 2023.[265]

Andererseits wurde auch die Reform des Telekommunikationsgesetzes von den lokalen Organisationen als problematisch bezeichnet, da sie Maßnahmen enthält, die den Schutz personenbezogener Daten verletzen und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung beeinträchtigen.[266] Lokale Organisationen haben darauf hingewiesen, dass das Gesetz weder die Anforderungen und Formalitäten einer informierten Zustimmung regelt, noch klar festlegt, welche Behörden rechtlich zuständig sind und wo die Grenzen für die Verarbeitung von Informationen liegen. Schließlich ermöglicht es den fiskalischen Zugriff auf personenbezogene Daten, ohne dass eine Genehmigung oder gerichtliche Kontrolle erforderlich ist, und schafft letztlich die Voraussetzungen für die missbräuchliche Überwachung der Kommunikation der Bürger in großem Umfang.[267]

---

[263] Cristosal. Informe: Un año bajo el régimen de excepción, una medida permanente de represión y de violaciones a los derechos humanos (Cristosal. Bericht: Ein Jahr Ausnahmezustand, eine permanente Maßnahme der Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen). Mai 2023. Siehe: https://cristosal.org/ES/informe-un-ano-bajo-el-regimen-de-excepcion-una-medida-permanente-de-represion-y-de-violaciones-a-los-derechos-humanos/

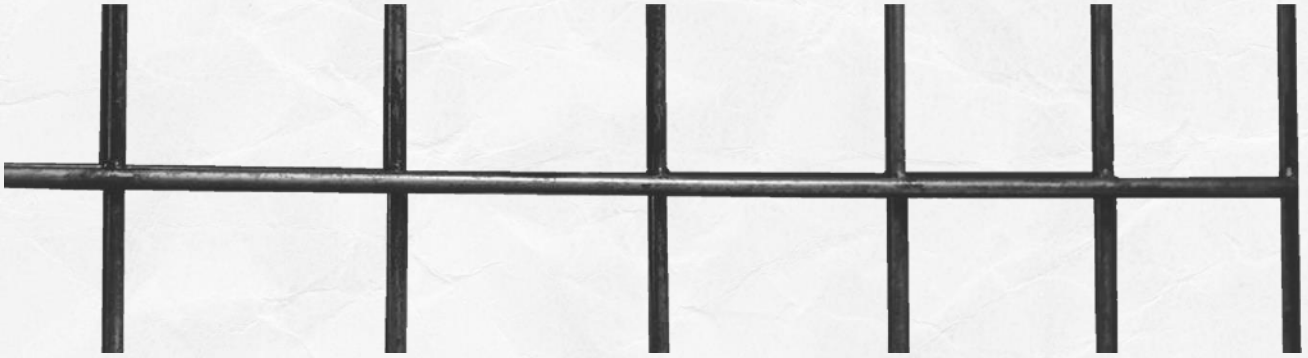
[264] Comunicado de la Oficina del Alto Comisionado de Derechos Humanos (Kommuniqué des Amtes des Hochkommissars für Menschenrechte), 3. November 2023, https://www.oacnudh.org/comunicado-de-prensa-el-salvador/

[265] Siehe: https://x.com/apeselsalvador/status/1720184510422069338?s=20

[266] Die informationelle Selbstbestimmung wird durch das „Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten" (Ley de Protección de Datos Personales - LPDP) abgedeckt, das durch das Gesetzesdekret Nr. 1263 erlassen und im Amtsblatt Nr. 239, Band 421, am 22. Dezember 2011 veröffentlicht wurde. Das Konzept bezieht sich auf das Recht des Einzelnen, seine eigenen persönlichen Daten zu kontrollieren, und basiert auf der Idee, dass der Einzelne die Kontrolle über die ihn betreffenden Informationen haben sollte, indem er entscheidet, welche persönlichen Daten gesammelt werden dürfen. Das LPDP zielt darauf ab, das Recht des Einzelnen auf seine persönlichen Daten zu garantieren und zu schützen, indem es Grundsätze und Verfahren festlegt, die die Achtung der Privatsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gewährleisten. Darüber hinaus werden im Gesetz die Rechte der betroffenen Personen, die Pflichten der für die Datenverarbeitung Verantwortlichen und die Sanktionen im Falle der Nichteinhaltung detailliert festgelegt.

[267] Cristosal. Análisis de las recientes reformas penales: "Un regreso al modelo inquisitivo y la desprotección de derechos de la población salvadoreña." (Cristosal. Analyse der jüngsten Strafrechtsreformen: "Die Rückkehr zum inquisitorischen Modell und der mangelnde Schutz der Rechte der salvadorianischen Bevölkerung".) September 2022. Siehe: https://cristosal.org/ES/analisis-de-las-recientes-reformas-penales-un-regreso-al-modelo-inquisitivo-y-la-desproteccion-de-derechos-de-la-poblacion-salvadorena

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN



Amnesty International kommt aufgrund der Ergebnisse seiner Untersuchungen zu dem Schluss, dass El Salvador seit Beginn der Amtszeit von Präsident Nayib Bukele im Juni 2019 einen deutlichen Rückschritt bei den Menschenrechten erlebt und damit den Grundstein für das gelegt hat, was eine der schwersten Krisen seit dem Ende des internen bewaffneten Konflikts darstellen könnte.

Unter dem Deckmantel von Regierungsentscheidungen wird ein Strafmodell der öffentlichen Sicherheit umgesetzt. In diesem Rahmen ist eine alarmierende Tendenz von Maßnahmen zu erkennen, die die Ausübung der Bürgerrechte einschränken, die Umsetzung einer Politik, die die Militarisierung vertieft, repressive Praktiken und ständige Rechtsreformen, die gegen internationale Menschenrechtsstandards - insbesondere im Hinblick auf ein faires Verfahren - verstoßen. Dies hat die Voraussetzungen für das Begehen von schweren Menschenrechtsverletzungen geschaffen.

Eine Untersuchung der verfügbaren Informationen und der dokumentierten Fälle im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand lässt den Schluss zu, dass die schweren Menschenrechtsverletzungen - massenhafte illegale und/oder willkürliche Verhaftungen, gewaltsames Verschwindenlassen, Folter und Todesfälle in staatlichem Gewahrsam - keine Einzelfälle sind. Sie sind das Ergebnis eines hohen Maßes an staatlicher Koordinierung und geschehen mit Wissen der höchsten Behörden, die sie häufig fördern und rechtfertigen.

Ebenso ist festzustellen, dass die in diesem Zusammenhang erfolgten willkürlichen Verhaftungen durch das Fehlen eines behördlichen oder gerichtlichen Haftbefehls, aktueller Verbrechen oder von Informationen über die Gründe der Verhaftung gekennzeichnet sind. Dies hat zu einer Praxis massiver und wahlloser Verhaftungen geführt, von der unverhältnismäßig viele Menschen betroffen sind, die sich in einer Situation der Ausgrenzung und Unsicherheit befinden, da das Profil der Opfer Personen mit niedrigem Bildungsniveau entspricht, die prekäre Arbeitsplätze haben und in Gebieten wohnen, die durch Armut oder Bandenkontrolle belastet sind.

Darüber hinaus wurde festgestellt, dass die Inhaftierten Bedingungen ausgesetzt sind, die in eklatanter Weise gegen das Recht auf ein faires Verfahren verstoßen, wie z. B. die Verlängerung der Dauer der Verwaltungshaft und die willkürliche Anwendung der Untersuchungshaft, die in der Regel ohne Begründung auf unbestimmte Zeit und ohne die Möglichkeit, sie durch andere, weniger schädliche Maßnahmen zu ersetzen, angewandt wird, was einen Verstoß gegen internationale Normen darstellt.

Amnesty International hat zwar Fälle von Personen festgestellt, denen nach mehrmonatigem Freiheitsentzug Alternativen zur Untersuchungshaft bewilligt wurden, aber die Kriterien für die Bewilligung und die Art und Weise, wie diese vollzogen werden, scheinen einem ebenso willkürlichen Muster zu folgen wie bei den Festnahmen. Ein nicht unbedeutender Punkt ist, dass die Art und Weise, in der die Behörden öffentliche Erklärungen über die rechtliche Situation dieser Personen abgeben, ungenau ist. Denn sie erwähnen nicht, dass die meisten von ihnen immer noch einem Gerichtsverfahren unterworfen sein werden, in dem sie außerdem nicht alle Garantien eines fairen Prozesses genießen werden, was bedeutet, dass sie in Massenverhandlungen angeklagt werden, die sie an einer wirksamen technischen Verteidigung hindern, was sie letztendlich einem größeren Risiko aussetzt, nicht endgültig freigesprochen zu werden.

Andererseits kann aus den öffentlichen Erklärungen der höchsten staatlichen Behörden sowie aus den gesammelten Zeugenaussagen zur Situation der Inhaftierten und zu den Bedingungen in den Haftanstalten geschlossen werden, dass der salvadorianische Staat eine Politik der systematischen Folter gegenüber allen Personen verfolgt, die im Rahmen des Ausnahmezustands inhaftiert sind, weil sie verdächtigt werden, Bandenmitglieder zu sein. Zu den schwerwiegendsten Folgen der Anwendung dieser Politik gehören die Todesfälle in staatlichem Gewahrsam, von denen einige offensichtliche Anzeichen von Gewalt aufweisen, während viele andere die Folge unmenschlicher Haftbedingungen oder der Verweigerung von medizinischer Versorgung und der Vorenthaltung von Medikamenten sind.

Die vorherrschende Straflosigkeit, die das Handeln der salvadorianischen Behörden im Rahmen der Umsetzung des Ausnahmezustands kennzeichnete, wurde als Begünstigung der wiederholten Verstöße identifiziert und trug zu einem Klima des Misstrauens und der Skepsis gegenüber dem Willen des Staates bei, den Opfern von Menschenrechtsverletzungen Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung zu garantieren.

Andererseits verdeutlichen die Ergebnisse des Berichts auch eine besorgniserregende Tendenz seitens der staatlichen Behörden zur Umsetzung einer Politik, die die Einschränkung des bürgerlichen Raums und die Aushöhlung der wesentlichen Elemente eines Rechtsstaates fördert.

Infolgedessen wurden Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung verzeichnet, die vor allem in Form von Verunglimpfung, Angriffen und Schikanen gegen Andersdenkende erfolgten, hauptsächlich durch die Nutzung sozialer Medien und anderer digitaler Plattformen. Amnesty International hat festgestellt, dass der Einsatz dieser repressiven Taktik Folgen und Auswirkungen hat, die über den digitalen Bereich hinausgehen und zu einer Zunahme der Selbstzensur bei Medien, Journalist*innen und Organisationen der Zivilgesellschaft führen.

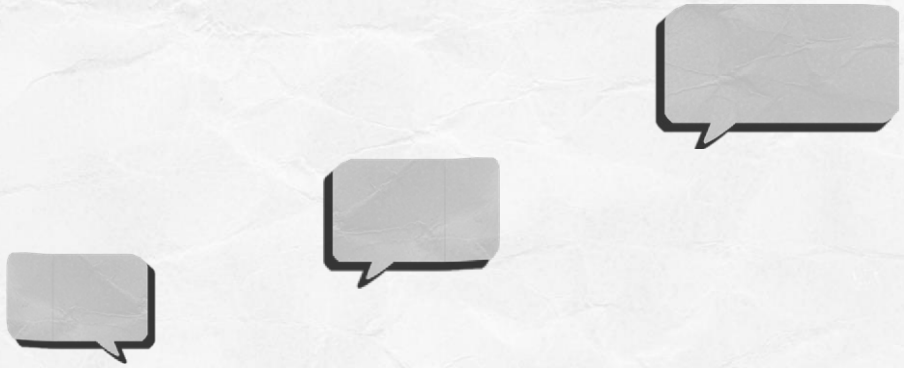
Ebenfalls eine deutliche Beeinträchtigung hat das Recht erlitten, sich friedlich zu versammeln, da Institutionen wie die Nationale Zivilpolizei ihr Vorgehen geändert und Einschüchterungs- und Überwachungspraktiken eingeführt haben, die an die Stelle ihrer Schutz- und Vermittlungsfunktion im Zusammenhang mit friedlichen Protesten getreten sind. Darüber hinaus haben die Behörden den Dialog und die Schlichtung als Mechanismus zur Konfliktbewältigung generell aufgegeben und bevorzugen Einschüchterungs- und Repressionsmaßnahmen wie Sanktionen, Entlassungen und sogar willkürliche Verhaftungen und Kriminalisierung, um auf legitime Äußerungen zur Verteidigung von Rechten zu reagieren, von denen insbesondere Gewerkschafter*innen im öffentlichen Sektor betroffen sind.

In diesem Zusammenhang besteht ein besorgniserregender Mangel an Unabhängigkeit und Autonomie der Justizorgane und anderer staatlicher Einrichtungen, der ihre Fähigkeit einschränkt, im Einklang mit den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit und der Achtung der Menschenrechte zu handeln und ihre verfassungsmäßigen Mandate und internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.

Dies hat dazu geführt, dass sich Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und ehemalige Justizbeamte vermehrt ins Exil begeben. Zusammen mit den zunehmenden Hindernissen für das Recht auf Zugang zu Informationen und einem institutionellen Diskurs, der Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt gegenüber diesen Akteur*innen fördert, hat dies zu einem zunehmend restriktiven Klima für den zivilgesellschaftlichen Raum geführt.

Schließlich gibt es Anzeichen für einen zunehmenden Widerstand El Salvadors gegen die internationale Kontrolle im Bereich der Menschenrechte, insbesondere gegenüber der systematischen Prüfung durch die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR seit Beginn der Verabschiedung des Ausnahmezustands und des ausdrücklichen Ersuchens um einen Besuch zur Überprüfung der Bedingungen, unter denen das Land den Ausnahmezustand umsetzt, dem der salvadorianische Staat bis heute nicht nachgekommen ist. Dieser Schritt in die internationale Isolation schränkt die Möglichkeiten für eine konstruktive internationale Zusammenarbeit sowie für die Erfüllung der Menschenrechtsverpflichtungen des Staates ein, was eine düstere Perspektive für die Zukunft des Landes vorhersagen lässt.

6. EMPFEHLUNGEN



Angesichts dieser alarmierenden Situation fordert Amnesty International den salvadorianischen Staat und die internationale Gemeinschaft dringend auf, sofortige und wirksame Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zu ergreifen. Die Empfehlungen umfassen:

a) An die Regierung El Salvadors:

Im Rahmen der Konzeption und Umsetzung von Sicherheitsstrategien und -maßnahmen:

- Beendigung der repressiven Sicherheitspolitik und der Rechtsreformen, die ein ordnungsgemäßes Verfahren untergraben und die rechtlichen Garantien außer Kraft setzen. Es ist von wesentlicher Bedeutung, eine umfassende Strategie für die öffentliche Sicherheit mit einer Menschenrechts-perspektive umzusetzen, einschließlich Maßnahmen zur Gewährleistung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der am stärksten marginalisierten Personen und Gemeinschaften sowie Maßnahmen, die sich auf die Bekämpfung der eigentlichen Ursachen von Gewalt, Prävention, Wiedereingliederung und Rehabilitation konzentrieren. Der Staat muss die Beteiligung der Zivilgesellschaft und von Menschenrechtsverteidiger*innen sowohl bei der Konzeption als auch bei der Überwachung solcher Maßnahmen und Strategien in Betracht ziehen.
- Sicherstellung eines geordneten Rückzugs der Streitkräfte aus den Aufgaben der öffentlichen Sicherheit und Stärkung der Kapazitäten der Nationalen Zivilpolizei PNC. Der Einsatz der Streitkräfte muss eine außerordentliche Maßnahme bleiben, und es muss sichergestellt werden, dass ihre Handlungen in vollem Umfang mit den internationalen Standards für den Einsatz von Gewalt und Schusswaffen übereinstimmen, wobei sie stets der ordentlichen zivilen Gerichtsbarkeit unterliegen und jede außergewöhnliche Zuständigkeit, insbesondere die militärische, ausgeschlossen ist.

Bezüglich des Ausnahmezustands:

- Der salvadorianische Staat wird dringend aufgefordert, auf die Bedenken des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und anderer Sondermechanismen der Vereinten Nationen hinsichtlich der Verlängerung des Ausnahmezustands einzugehen, da die Behörden keine Beweise für die derzeitige Notlage und die Notwendigkeit vorgelegt haben.
- Überprüfung und Aufhebung von Verordnungen, die zur Erleichterung der Umsetzung des Ausnahmezustands geschaffen wurden und die Garantien für ein ordnungsgemäßes Verfahren dauerhaft aussetzen, um sicherzustellen, dass die Garantien für ein faires Verfahren und die

Rechte auf ein ordnungsgemäßes Verfahren für alle im Rahmen des Ausnahmezustands verhafteten Personen geachtet und aufrechterhalten werden.

- Begrenzung der Untersuchungshaft als Ausnahmemaßnahme und Einsatz nur dann, wenn dies unbedingt erforderlich ist, wobei eine angemessene Begründung und eine regelmäßige gerichtliche Überprüfung sicherzustellen sind. Es ist zwingend erforderlich, die Grundrechte der inhaftierten Personen zu garantieren, einschließlich des Zugangs zu einem Anwalt und der Möglichkeit, die Inhaftierung anzufechten, die Haftbedingungen im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards aufrechtzuerhalten und die Umsetzung von Alternativen zur Inhaftierung, wie Kaution und Hausarrest, aktiv zu fördern.
- Durchsetzung des absoluten Verbots von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und unverzügliche, wirksame und unparteiische Untersuchung aller glaubwürdigen Anschuldigungen. Alle diejenigen, die verdächtigt werden, dafür verantwortlich zu sein, müssen ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren erhalten.
- Sicherstellen, dass alle Inhaftierten unter menschenwürdigen Bedingungen untergebracht werden, dass sie Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung haben und dass sie keinen Härten oder Beschränkungen ausgesetzt werden, die über das hinausgehen, was der Freiheitsentzug erfordert. Darüber hinaus wird als Maßnahme zur Verringerung der Überbelegung empfohlen, dass der Staat sich für Maßnahmen entscheidet, die auf eine Verringerung der Inhaftierungsrate abzielen, einschließlich der Beachtung des Ausnahmecharakters der Untersuchungshaft.
- Überprüfung, ob die Bedingungen für Frauen und Mädchen, Kinder und Jugendliche, die inhaftiert sind, den Anforderungen entsprechen, die internationale Standards für diese Bevölkerungsgruppen festgelegt haben.
- Aufhebung der von der Generaldirektion für Strafvollzugsanstalten DGCP auferlegten Beschränkungen, die die Ombudsstelle für Menschenrechte PDDH daran hindern, ihr Mandat in Bezug auf die Überprüfung der Situation von inhaftierten Personen zu erfüllen und Zugang zu allen Gefängnissen zu erhalten, insbesondere zum Haftzentrum La Esperanza (bekannt als Mariona) und allen Gefängnissen des Izalco-Komplexes, um die Haftbedingungen zu überprüfen und zu gewährleisten.
- Sicherstellen, dass das Ombudsbüro für Menschenrechte PDDH und der Präsidialbeauftragte für Menschenrechte und Meinungsfreiheit (Comisionado Presidencial para los Derechos Humanos y Libertad de Expresión) proaktiv, unabhängig und entschlossen auf Beschwerden und Forderungen der Bevölkerung und der Opferbewegungen nach Aufmerksamkeit und Informationen über die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand reagieren. Beide Gremien sollten eine wirksame Rolle bei der Förderung rascher, praktischer und angemessener Maßnahmen zur Beantwortung von Ersuchen um Informationen über die Lage der im Rahmen dieser Maßnahme verhafteten, strafrechtlich verfolgten und inhaftierten Personen übernehmen, damit diese Informationen so schnell wie möglich ihren Familien zur Verfügung gestellt werden.
- Durchführung wirksamer, unabhängiger und unparteiischer Untersuchungen durch alle zuständigen staatlichen Stellen im Hinblick auf das Verhalten von Mitgliedern der PNC, der FAES und des DGCP-Personals gegenüber Inhaftierten, insbesondere im Zusammenhang mit Vorwürfen willkürlicher Inhaftierung, übermäßiger Gewaltanwendung, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und Todesfällen in staatlichem Gewahrsam.
- Konzeption und Umsetzung staatlicher Maßnahmen zur Entschädigung derjenigen, deren Rechte in diesem Zusammenhang verletzt wurden, sowie Ergreifung aller erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass sich die Vorfälle nicht wiederholen.

Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz:

- Gewährleistung der vollen Unabhängigkeit und Autonomie der Justizorgane, damit sie im Einklang mit den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit und der Achtung der Menschenrechte handeln können.

Schutz von abweichenden Meinungen:

- Gewährleistung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung im Einklang mit der Amerikanischen Menschenrechtskonvention und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.
- Sofortige und bedingungslose Beendigung der willkürlichen Inhaftierung von Personen, die lediglich von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung oder friedliche Versammlung Gebrauch machen, Einstellung der gegen sie erhobenen Anklagen und Beendigung dieser Praktiken.
- Beendigung jeglicher Form von Einschränkung, Verunglimpfung oder Kriminalisierung kritischer und abweichender Stimmen. Es ist wichtig, ein Umfeld zu fördern, in dem Medien, Journalist*innen und die Zivilgesellschaft frei und ohne Angst agieren können.
- Gewährleistung der gebotenen Sorgfalt und gründlicher, transparenter und unabhängiger Untersuchungen aller Berichte über unrechtmäßige Überwachung und den Einsatz von Spähsoftware gegen Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen sowie Gewährleistung eines angemessenen Zugangs der Opfer zu wirksamen Rechtsbehelfen.
- Verabschiedung eines Verbots der Verwendung hochgradig invasiver Spähsoftware sowie eines sofortigen Moratoriums für den Verkauf, die Weitergabe und die Verwendung von Spähsoftware, bis Schutzmaßnahmen und Menschenrechtsgarantien vorhanden sind.
- Umsetzung nationaler Rechtsvorschriften, die Schutzmaßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen und -missbrauch durch digitale Überwachung vorsehen, und Einrichtung von Rechenschaftsmechanismen, die den Opfern von Überwachungsmissbrauch wirksame Rechtsmittel und angemessene Wiedergutmachung bieten.
- Offenlegung von Informationen über alle früheren, laufenden und künftigen Verträge mit privaten Sicherheitsunternehmen durch Beantwortung von Informationsanfragen oder proaktive Offenlegung.

Sicherstellung der internationalen Kontrolle:

- Effektive Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Rechenschaftsmechanismen und Gewährleistung, dass Einrichtungen wie die Interamerikanische Menschenrechtskommission und das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte sowie andere internationale Gremien Zugang zu den Bedingungen haben, die für eine optimale Durchführung ihrer Arbeit erforderlich sind.
- Erleichterung und Genehmigung des Zugangs für alle Einrichtungen oder Verfahren, die mit internationalen und regionalen Menschenrechtsmechanismen in Verbindung stehen und in das Land einreisen müssen, um die aktuelle Menschenrechtslage zu bewerten und zu dokumentieren, einschließlich Nichtregierungsorganisationen, um eine konstruktive Zusammenarbeit in Menschenrechtsfragen zu fördern und ein echtes Engagement für internationale und regionale Menschenrechtsverpflichtungen sicherzustellen. Insbesondere wird die Regierung nachdrücklich aufgefordert, den von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR mehrfach geforderten Besuch zu genehmigen, um das Land zu besuchen und die Bedingungen, unter denen der Ausnahmezustand umgesetzt wird, sowie die Auswirkungen auf die Menschenrechte der salvadorianischen Bevölkerung zu überprüfen.

Förderung des Zugangs zu Informationen:

- Gewährleistung und Erleichterung des Zugangs zu Informationen, Förderung der Transparenz und des offenen Dialogs sowie Beseitigung aller formalen Hindernisse oder institutionellen Praktiken, die den Zugang zu Informationen von öffentlichem Interesse im Besitz des Staates verhindern.

b) An die internationale Gemeinschaft:

- Beibehaltung einer entschiedenen und nachhaltigen Haltung gegenüber den in El Salvador zu verzeichnenden Menschenrechtsverletzungen und Aufforderung an die Behörden, sich an die Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR und anderer Sondermechanismen der Vereinten Nationen zu halten.
- Weiterhin proaktiv alle verfügbaren diplomatischen Maßnahmen zu fördern, um die Einreise internationaler Menschenrechtsorganisationen oder ihrer jeweiligen Verfahren zu erleichtern, die um Zugang zu dem Land bitten, um die Einhaltung und Gewährleistung der Menschenrechte zu überwachen und zu dokumentieren.
- Die wichtige Arbeit von Menschenrechtsorganisationen und der unabhängigen Presse in El Salvador öffentlich zu unterstützen.
- Weiterhin die Rechenschaftspflicht für die von den salvadorianischen Behörden begangenen Menschenrechtsverletzungen zu fordern und dafür zu sorgen, dass dies in die Diskussionen in den verschiedenen bestehenden multilateralen Gremien einbezogen wird.
- Die gravierende Situation der Menschenrechtsverletzungen in El Salvador öffentlich zu verurteilen und die Mechanismen der verschiedenen multilateralen Foren zu nutzen, um den salvadorianischen Staat zur Rechenschaft zu ziehen.
- Die Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte aufzufordern, die Menschenrechtslage in dem Land weiterhin zu überwachen, und insbesondere die IACHR aufzufordern, von den Befugnissen gemäß Artikel 59.6 ihrer Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

AMNESTY INTERNATIONAL IST EINE WELTWEITE MENSCHENRECHTSBEWEGUNG.

UNGERECHTIGKEIT GEGENÜBER EINER EINZELNEN PERSON BETRIFFT AUCH UNS ALLE.

KONTAKT

Amnesty International
El Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 7123
71317 Waiblingen
Deutschland

Amnesty International
Deutschland e.V.
Zinnowitzer Straße 8
10115 Berlin
Deutschland

info@ai-el-salvador.de

+49 (7151) 28289

https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador

https://twitter.com/AI_El_Salvador

https://www.instagram.com/elsal.menschenrechte/